KfW Research

KfW-Kommunalpanel 2016

Bank aus Verantwortung

Impressum

Herausgeber
KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de

Endredaktion
KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
Dr. Stephan Brand
E-Mail: research@kfw.de

Inhaltliche Bearbeitung
Deutsches Institut für Urbanistik
Autoren:
Dr. Henrik Scheller
Dr. Stefan Schneider

unter Mitarbeit von
Detlef Landua
Sylvana Lange

Copyright Titelbild
Quelle: Getty Images / Fotograf Westend61

Frankfurt am Main, Juni 2016

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung **1**

1. Zum KfW-Kommunalpanel 2016 **3**

2. Finanzielle Gesamtlage – Ambivalente Aussichten trotz Finanzierungsüberschuss **5**

2.1 Haushaltsausgleich: Nach wie vor keine Selbstverständlichkeit 6

2.2 Verschuldungsaufwuchs trotz Überschuss 7

2.3 Kassenkredite: Unentbehrliches Behelfsinstrument für viele Kommunen 9

2.4 Exkurs: Fiskalische Disparitäten im interregionalen Vergleich 12

3. Kommunale Infrastruktur – Investitionsrückstand weiterhin sehr hoch **15**

3.1 Wahrgenommener Investitionsrückstand verharrt auf hohem Niveau 15

3.2 Unzureichende laufende Unterhaltung führt langfristig zu höheren Kosten 18

3.3 Investitionen 2015 und Vorausschau 2016 19

3.4 Ausblick auf den Zustand der Infrastruktur 21

4. Finanzierung kommunaler Investitionen – am Geld sollte es nicht scheitern **23**

4.1 Finanzierungsstruktur kaum verändert 23

4.2 Finanzierungsbedingungen – leichte Verbesserung der Kreditkonditionen 23

5. Schwerpunktthema: Bildung, Schule und Inklusion **27**

5.1 Verschiebungen bei den Investitionsprioritäten im Bildungsbereich 28

5.2 Kommunale Planungen für den Bildungsbereich 30

5.3 Inklusion als Herausforderung für den Bildungsbereich 31

6. Fazit und Ausblick **35**

Literatur **37**

Anhang 1: Methoden **41**

Anhang 2: Tabellenband **45**

Anhang 3: Fragebogen **67**

Abbildungsverzeichnis

Grafik 1:	Durchschnittliche Steuereinnahmen der Kommunen pro Kopf in Euro 2014 / 2015	7
Grafik 2:	Konnex zwischen Haushaltsausgleich und Pro-Kopf-Investitionen der Kommunen	7
Grafik 3:	Kommunale Kreditmarktschulden pro Kopf je Bundesland in Euro 2014 / 2015	8
Grafik 4:	Entwicklung der Kassenkreditbestände 2015 / 2016	10
Grafik 5:	Kommunaler Kassenkreditbestand pro Kopf und Bundesland 2014 und 2015	11
Grafik 6:	Anteil der Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept	11
Grafik 7:	Gruppierung der Kommunen nach ihrer Einschätzung zur Gesamtfinanzsituation	13
Grafik 8:	Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen 2015	16
Grafik 9:	Entwicklung der Einschätzungen zum Investitionsrückstand	17
Grafik 10:	Gewährleistung der laufenden Unterhaltung in den letzten 5 Jahren	18
Grafik 11:	Geplante Investitionen in Kernhaushalten nach Infrastrukturbereichen 2015 / 2016	21
Grafik 12:	Erwartete Entwicklung des wahrgenommenen Investitionsrückstandes in den kommenden 5 Jahren für zentrale Bereiche	22
Grafik 13:	Bedeutung einzelner Instrumente bei der Finanzierung kommunaler Investitionen	24
Grafik 14:	Kommunale Inanspruchnahme von Krediten	25
Grafik 15:	Erwartungen zur Entwicklung der Kreditkonditionen	25
Grafik 16:	Prioritäten bei Bildungsinvestitionen in der Vergangenheit	29
Grafik 17:	Prioritäten bei Bildungsinvestitionen in der Zukunft	29
Grafik 18:	Kommunale Ausgabenentwicklung für Schulen und Bildung in der Vergangenheit	30
Grafik 19:	Beginn der verbindlichen Implementierung schulischer Inklusion	31
Grafik 20:	Allgemeine Einflussfaktoren einer erfolgreichen Implementation von Inklusion	32
Grafik 21:	Geschätzte Ausgabenentwicklung für schulische Inklusion	33
Grafik 22:	Entwicklung zentraler Fallzahlen des KfW-Kommunalpanels bis 2015	43

Kurzfassung

Das KfW-Kommunalpanel 2016 zeigt, dass sich die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen in Deutschland auch im Jahr 2015 ambivalent darstellt. Obwohl die Finanzierungsbedingungen der meisten Kommunen 2015 unverändert gut waren und im kommunalen Durchschnitt ein Finanzierungsüberschuss erwirtschaftet wurde, blieb die Investitionstätigkeit deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Der wahrgenommene Investitionsrückstand ist im Vergleich zum Vorjahr leicht von 132 auf 136 Mrd. EUR gestiegen. Die größten Investitionsbedarfe bestehen dabei weiterhin bei Straßen und Verkehrsinfrastruktur (35 Mrd. EUR) sowie im Schul- und Bildungsbereich (34 Mrd. EUR).

Zugleich sind die Disparitäten zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen hinsichtlich Haushaltsausgleich, Schuldenstand und Investitionstätigkeit weiter gewachsen. So schätzten beispielsweise mehr ostdeutsche (44 %) als westdeutsche (25 %) Gemeinden, dass sie den Haushaltsausgleich 2015 nicht schaffen. Kommunen ohne Haushaltsausgleich investieren jedoch ein Drittel weniger als Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden mit ausgeglichenem Haushalt oder Finanzierungsüberschuss. Zudem fällt es diesen Kommunen deutlich schwerer, den Unterhalt der bestehenden Infrastruktur zu gewährleisten.

Der wahrgenommene Rückstand beispielsweise im Verkehrsbereich ist auch deshalb so hoch, weil der laufende Unterhalt für viele Kommunen ein Problem darstellt. So kann lediglich jede zwanzigste Kommune diese vollständig gewährleisten. Zwei Drittel der Kommunen (64 %) schaffen dies – wenn überhaupt – nur teilweise. Auch mit Blick auf den Unterhalt der Infrastruktur zeigen sich wachsende Disparitäten zwischen den Kommunen. So konnten zwei von drei der finanzstarken Kommunen (65 %) die laufende Unterhaltung ihrer Infrastruktur in den letzten fünf Jahren weit gehend gewährleisten. Bei den finanzschwachen Kommunen konnte dies ein ähnlich hoher Anteil (64 %) im besten Fall nur teilweise.

Für alle Aufgabenbereiche rechnen die Kommunen 2016 mit Investitionsausgaben von insgesamt 26,7 Mrd. EUR und damit einer Zunahme der hierfür aufgewendeten Mittel um knapp 9 %.

Die Steigerungen der Investitionsaktivitäten, die die Kommunen für 2016 im Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur geplant haben, reichen jedoch nach ihrer Selbsteinschätzung in absehbarer Zeit nicht aus, um den kontinuierlichen Substanzverlust aufzuhalten. Insbesondere in Ostdeutschland erwartet mehr als die Hälfte der Kommunen (53 %), dass der Rückstand wieder wachsen wird.

Im Schul- und Bildungsbereich wächst der Investitionsdruck auf die Kommunen. Zu den zentralen Herausforderungen zählen hier die Inklusion von Kindern mit geistiger und körperlicher Beeinträchtigung und die Integration von Zuwanderern. Die große Mehrzahl (80 %) der befragten Kommunen messen diesen Maßnahmen in den nächsten Jahren eine große oder sehr große finanzielle Bedeutung bei. Dass kommunale Investitionen oft trotzdem nicht oder nur mit Verzögerungen getätigt werden, liegt auch an der zum Teil nach wie vor nicht geklärten Kostenteilung zwischen Ländern und Gemeinden. Zudem können zusätzliche Investitionsbedarfe zum Teil auch aufgrund von personellen Engpässen nicht zufrieden stellend gedeckt werden, weil die Verwaltungskapazität für Planung und Umsetzung von Investitionsvorhaben nach eigenen Angaben der Kommunen nicht ausreicht, um in allen Investitionsbereichen gleichermaßen tätig zu werden.

Neben den guten konjunkturellen Rahmenbedingungen, den finanziellen Entlastungen von Bund und Ländern helfen den Kommunen zudem die zurzeit günstigen Kreditkonditionen. Die große Mehrheit der Kommunen bewertet ihre Finanzierungsmöglichkeiten als gut. Das KfW-Kommunalpanel 2016 zeigt allerdings, dass nicht alle Kommunen die Niedrigzinsphase zur Restrukturierung ihres Schuldenportfolios nutzen können. Fast ein Drittel der befragten Kämmerer – vor allem in Großstädten – befürchtet künftig vor allem für langfristige Darlehen schlechtere Kreditkonditionen. Das dürfte auch ein Ausdruck der strukturellen Haushaltsschwäche sein.

Zudem ist der kumulierte Bestand an Kassenkrediten in den Kommunen 2015 erneut gestiegen. Für 2016 erwarten rund 60 % der befragten Kämmereien keine Veränderungen hinsichtlich des eigenen Kassenkreditbestandes. Der Anteil der Kommunen, der im Jahr 2015 Kassenkredite „etwas“ bzw. „deutlich“ abbauen konnte, hat sich mit 12 % der Befragten kaum verändert.

Damit sehen sich diese Kommunen langfristig einem Zinsänderungsrisiko und wachsenden Ausgaben für Zinsen und Tilgung gegenüber, wodurch die fiskali-

schen Handlungsspielräume weiter schrumpfen. Hier droht mithin die Gefahr einer dauerhaften Verfestigung oder fortgesetzten Steigerung des Schuldenstandes – insbesondere bei den bereits hoch verschuldeten Kommunen in Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Investitionen von Kommunen sind im hohen Maß demografie- und quartiersensitiv, das heißt entsprechende Bedarfe variieren regional und zum Teil sogar lokal sehr unterschiedlich in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung. Die Investitionsplanung kann sich deshalb in Zukunft noch weniger auf eine reine Fortschreibung der bisherigen Kapazitätsplanungen und Ausbaustandards beschränken, da sonst langfristig teure Remanenzkosten drohen. Selbst wenn – gerade in wachsenden Städten und Regionen – in den kommenden Jahren Kapazitäten zum Teil massiv ausgeweitet werden müssen, gilt es in Zukunft auch auf kommunaler Ebene viel stärker die technologische Dimension von Infrastrukturbedarfen mitzudenken. Es müssen Wege gefunden werden, infrastrukturelle Einrichtungen (z. B. Gebäude für den öffentlichen Bedarf) durch neue, modulare Technologien so zu konzipieren, dass sie flexibel über die Lebensdauer nutzbar und anpassbar sind.

1. Zum KfW-Kommunalpanel 2016

Im Auftrag der KfW Bankengruppe führt das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) seit 2010 das KfW-Kommunalpanel in Form einer jährlichen Wiederholungsbefragung der Kämmereien von Landkreisen, Städten und Gemeinden durch.[1] Der Fragebogen, der der Umfrage zu Grunde liegt, ist mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem wissenschaftlichen Beirat des KfW-Kommunalpanels abgestimmt. Ziel der Studie ist es, in periodischen Abständen die Finanzlage, die Investitionstätigkeit und die Finanzierungsbedingungen der Landkreise, Städte und Gemeinden abzubilden. Dies erfolgt explizit aus einer kommunalen Perspektive, da die Auswertung im Kern auf Selbstwahrnehmungen der gemeindlichen Akteure beruht. Die Erhebung knüpft an eine Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik zur Ermittlung kommunaler Investitionsbedarfe aus dem Jahr 2008 an.[2]

Ausgangspunkt der Untersuchung bildet eine kurze Analyse zur allgemeinen Haushaltslage der Kommunen im Jahr 2015 einschließlich der Finanzierungsbedingungen ihrer Investitionstätigkeit. So lässt sich zeigen, dass die Finanz- und Haushaltslage der Landkreise und Gemeinden nicht nur in den vergangenen zwölf Monaten durch Ambivalenzen gekennzeichnet war. Auch perspektivisch weist sie verschiedene Unwägbarkeiten auf – trotz eines insgesamt stabilen wirtschaftlichen Umfeldes und eines damit einhergehenden Anstiegs der kommunalen Einnahmen. Durch die derzeit noch kaum abschließend abschätzbaren Ausgaben, die vor allem die Kommunen bei der Unterbringung und Integration der Zuwanderer in den kommenden Monaten und Jahren zusätzlich tätigen müssen, bleibt die Unsicherheit über die Finanzlage der Landkreise, Städte und Gemeinden vorerst bestehen. Vor allem mit Blick auf die seit einigen Jahren ohnehin schon wachsenden Disparitäten zwischen den Kommunen dürften hier weitere Gefahren bestehen.[3] Deshalb wird diese Frage auch im KfW-Kommunalpanel 2016 erneut in einem kurzen Exkurs beleuchtet.

Im Mittelpunkt der aktuellen Analyse steht jedoch erneut die Darstellung der Investitionsrückstände und geplanten Investitionstätigkeiten der Kommunen, die durch die Befragung ermittelt und mithilfe statistischer Schätzverfahren für die Bundesrepublik Deutschland hochgerechnet wurden. Dabei wird insbesondere auf die Bedeutung der laufenden Unterhaltung eingegangen. Ungünstige finanzielle Rahmenbedingungen sowie bereits bestehende und weiter wachsende Defizite in der kommunalen Infrastruktur bergen insbesondere für die finanzschwachen Kommunen die Gefahr einer Abwärtsspirale bzw. einer „Vergeblichkeitsfalle“.[4]

Einen Schwerpunkt der Befragung im Rahmen des diesjährigen KfW-Kommunalpanels bildete das Thema „Bildung, Schule und Inklusion“. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention zur Verwirklichung einer möglichst umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit körperlicher und geistiger Beeinträchtigung verpflichtet. In diesem Zusammenhang spielt das Bildungssystem eine herausragende Rolle. Da Bildung in Deutschland in den Zuständigkeitsbereich von Ländern und Kommunen fällt, lag es nahe, im Rahmen des KfW-Kommunalpanels nach dem Stand der (investitionspolitischen) Umsetzung der Inklusion vor Ort zu fragen.

Mit dem Schwerpunkt „Bildung, Schule und Inklusion“ greift das KfW-Kommunalpanel 2016 ein Themenfeld von hoher gesellschaftlicher Bedeutung auf. Der Bildungsbereich entscheidet auch angesichts des Einflusses von Bildung auf das Wachstum der Volkswirtschaft und des Wohlstandes sowie aufgrund der Schlüsselrolle für eine nachhaltige Förderung und Integration von (vor allem jungen) Zuwanderern mit über die Zukunftsfähigkeit des Landes.

[1] Kommunen sind Gemeinden (kreisfreie Städte sowie kreisangehörige Städte und Gemeinden) und Landkreise. Im KfW-Kommunalpanel 2016 werden die Begriffe „Städte“ für kreisfreie Städte und „Gemeinden“ für kreisangehörige Städte und Gemeinden zur Abgrenzung des jeweiligen Bezugsobjekts verwendet.

[2] Reidenbach, M. 2008.

[3] Zu den fiskalischen Belastungen der Kommunen durch die Flüchtlingszuwanderung vgl. u. a. Hummel, C. A. und M. Thöne 2016; Sachverständigenrat 2015, S. 12–17; Deutscher Städtetag 2015 (a).

[4] Markert, H. und M. Junkernheinrich 2015, S. 461.

2. Finanzielle Gesamtlage – Ambivalente Aussichten trotz Finanzierungsüberschuss

Die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen in Deutschland stellt sich ambivalent dar. So wies der kumulierte Finanzierungssaldo der Gemeinden aller Flächenländer 2014 in den Kernhaushalten zwar einen leichten Überschuss in Höhe von 436,7 Mio. EUR auf, unter Einrechnung der Extrahaushalte war der Saldo jedoch negativ (-562,1 Mio. EUR). Im Jahr 2015 verbesserte sich der kommunale Finanzierungssaldo allerdings deutlich, sodass in den Kernhaushalten kumuliert ein Überschuss von 3,05 Mrd. EUR verbucht wurde. Unter Einbeziehung der Extrahaushalte betrug der Überschuss sogar 3,15 Mrd. EUR.[5]

Ein Grund dafür war der Anstieg der gesamtstaatlichen Einnahmen, von der 2015 auch die kommunalen Kernhaushalte mit einem Plus von 6,3 % im Vergleich zum Vorjahr profitierten. Gleichzeitig betrug der Ausgabenzuwachs der Landkreise, Städte und Gemeinden nur 5,0 %. Neben einer Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, haben auch Kompensationsmaßnahmen des Bundes, die 2014 und 2015 auf den Weg gebracht wurden, zu dieser positiven Einnahmenentwicklung der Kommunen beigetragen.[6]

Gleichzeitig wurden die Haushalte der Kommunen im Jahr 2015 vor neue, unvorhergesehene Herausforderungen gestellt, die mit erheblichen finanziellen Unsicherheiten auch für die kommenden Jahre verbunden sind:

- Der massive Anstieg der Zuwanderung und die damit verbundenen Kosten für die Unterbringung und Integration haben bereits 2015 deutliche Spuren in den Haushalten der Kommunen hinterlassen. Die Ausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz sind um 98,2 % auf 3,1 Mrd. EUR gestiegen.[7] Genauere Aussagen zu weiteren Ausgaben in diesem Aufgabenbereich – insbesondere zu investiven Maßnahmen – werden sich erst bei Vorlage der Rechnungsergebnisse machen lassen. Zudem dürften die Ausgaben 2016 und 2017 noch einmal zunehmen, da umfangreiche Integrationsmaßnahmen erst noch umgesetzt werden müssen.[8] Die im interkommunalen Vergleich schon seit längerem zunehmenden Finanzkraftdisparitäten könnten sich dadurch noch einmal verschärfen.

- In den vergangenen Jahren sind die Förderbedarfe in der Kinder- und Jugendhilfe sowie für Menschen mit körperlicher und geistiger Beeinträchtigung kontinuierlich gestiegen. Derzeit betragen die jährlichen Ausgaben für die Kinder- und Jugendhilfe (Einzel- und Gruppenhilfe plus Zuwendungen für öffentliche und private Träger) 37,7 Mrd. EUR (Stand 2014), die Kosten für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung 15,6 Mrd. EUR (Stand 2013).[9] Weitere Anstiege sind zu erwarten, weil die fortlaufende Umsetzung inklusions- und integrationspädagogischer Ansätze beispielsweise über das Bundesteilhabegesetz abzusehen sind.

- Zwar nutzen viele Landkreise und Gemeinden die derzeit günstigen Finanzierungsbedingungen für eine Umstrukturierung ihres Schuldenportfolios. Das Risiko einer möglichen Zinsänderung bleibt allerdings bestehen. Insbesondere mit Blick auf die zuletzt wieder deutlich angestiegene Kassenkreditverschuldung wächst somit in einigen kommunalen Haushalten ein Schuldenberg, der sich in einigen Jahren bei einem Zinsanstieg mit spürbar zunehmenden Kosten für den Kapitaldienst bemerkbar machen kann.

Vor diesem Hintergrund bewegen sich die haushaltspolitischen Herausforderungen der Kommunen in einem „magischen Dreieck“ zwischen Fortsetzung der Konsolidierungsbemühungen einerseits und steigenden konsumtiven Ausgabenanforderungen sowie einem Abbau wachsender Investitionsrückstände andererseits.

[5] Statistisches Bundesamt 2016 (c); Statistisches Bundesamt 2016 (a).

[6] BMF 2015, S. 16 ff.

[7] Statistisches Bundesamt 2016 (c).

[8] Bisher ist eine Erstattung der kommunalen Integrationskosten durch Bund und Länder noch nicht vereinbart worden. Zu entsprechenden Forderungen der Länder und Gemeinden vgl. u. a.: Deutscher Städtetag 2016: Pressemitteilung vom 23. März 2016. Aber auch: Junkernheinrich, M. u. a. 2016, Länderbericht.

[9] Statistisches Bundesamt 2013, S. 7; Statistisches Bundesamt 2015 (d): Pressemitteilung vom 23. Oktober 2015.

2.1 Haushaltsausgleich: Nach wie vor keine Selbstverständlichkeit

Regionale Konzentration von Defizit-Kommunen

- In der Gesamtschau werden Indizien für eine leichte Entspannung der kommunalen Haushaltslage erkennbar.
- Zwischen westdeutschen und ostdeutschen Kommunen entstehen neue Unterschiede beim Thema Haushaltsausgleich.
- Die Mehrzahl der befragten Kommunen, die den Haushaltsausgleich nicht schaffen, liegt neben dem Saarland auch in Ländern, in denen die kommunale Finanzkraft überdurchschnittlich ist, z. B. auch in Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Die Ambivalenzen in der kommunalen Haushaltsentwicklung spiegeln sich auch in den Einschätzungen der Kommunen zur Erreichung des Haushaltsausgleiches wider. Wie schon in den Vorjahren, gibt rund ein Drittel der befragten Kommunen an, den Haushaltsausgleich auch für 2015 voraussichtlich nicht zu erreichen. Gleichwohl ist ein leichter Anstieg von 4 % bei den Kommunen zu verzeichnen, die einen Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben erwarten. Wird dabei berücksichtigt, dass die Vorausschau der befragten Kommunen in den letzten drei Jahren stets pessimistischer als die tatsächlichen Ergebnisse war, so kann dies als Indiz für eine leichte Entspannung der kommunalen Haushaltslage gewertet werden.

Nachdem sich bei der letzten Befragung im Hinblick auf den Anteil der Kommunen mit Haushaltsausgleich keine Ost-West-Unterschiede zeigten, gaben diesmal erkennbar mehr westdeutsche als ostdeutsche Kommunen an, den Haushaltsausgleich im aktuellen bzw. im Folgejahr schaffen zu können. So werden voraussichtlich mehr ostdeutsche (44 gegenüber 31 % im Jahr 2014) als westdeutsche (25 gegenüber 33 % im Jahr 2014) Gemeinden den Haushaltsausgleich 2015 nicht schaffen. Diese Entwicklung wirft gleichzeitig Fragen auf, da der Finanzierungssaldo der kommunalen Kernhaushalte aller ostdeutschen Flächenländer im Jahr 2015 positiv war und einen kumulierten Überschuss in Höhe von 726,4 Mio. EUR aufwies (2014: 545,4 Mio. EUR).[10] Möglicherweise schwingen hier bereits Unsicherheiten bezüglich des Solidarpakts II mit, der Ende 2019 formal auslaufen wird und bis dahin in seinen Zuweisungen für die ostdeutschen Länder degressiv abgeschmolzen wird. Mögliche mittelbare Folgewirkungen gilt es also in den kommenden Jahren aufmerksam zu verfolgen. Bei den westdeutschen Flächenländern, deren Kommunen in den Kernhaushalten zusammengenommen 2014 ein Finanzierungsdefizit von 108,5 Mio. EUR und 2015 einen Überschuss in Höhe von 2,32 Mrd. EUR aufwiesen, liegt die Mehrzahl der befragten Kommunen, die den Haushaltsausgleich nicht erreichen – wie schon in den Vorjahren – im Saarland, in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

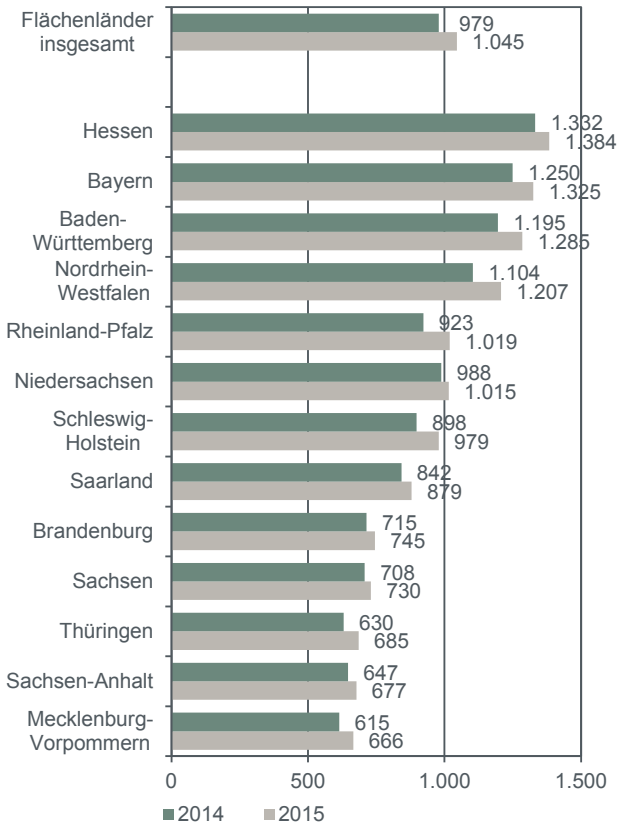
Diese regionale Konzentration verweist auf die sich aus den Zuweisungen und der eigenen Steuerkraft ergebene kommunale Finanzkraft, die neben dem Schuldenstand mindestens ebenso großen Einfluss auf die Erreichung des Haushaltsausgleiches und – darüber hinaus – die Investitionstätigkeit von Kommunen hat. In Abhängigkeit von der Wirtschaftskraft variiert auch die Steuerkraft zwischen den Kommunen beträchtlich (vgl. Grafik 1).

Nach wie vor ist die durchschnittliche Finanzkraft der Kommunen in den ostdeutschen Ländern um mehr als die Hälfte niedriger als in den Kommunen der finanzstärkeren Bundesländer – selbst wenn 2015 kumuliert für die gesamte Gemeindeebene ein Einnahmeplus verzeichnet werden konnte. Allerdings liegen auch die Kommunen in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Schleswig-Holstein bei der Finanzkraft nach wie vor deutlich unter dem Durchschnitt der Flächenländer. Mit Blick auf die ungleichen Rahmenbedingungen zwischen den Ländern stellt sich die Frage, ob die kommunalen Finanzausgleichssysteme der betroffenen Länder eine hinreichende Angleichung der Finanzausstattung zwischen den Gemeinden sicherstellen.

Die Erreichung des Haushaltsausgleichs hat offenbar auch unmittelbare Auswirkungen auf die Investitionstätigkeit der Kommunen. So zeigte sich unter den befragten Kämmereien des KfW-Kommunalpanels, dass Kommunen, die für 2015 eine Verfehlung des Haushaltsausgleichs erwarteten, auch deutlich weniger Investitionen getätigt und für 2016 geplant haben, als Kommunen, die den Haushaltsausgleich schaffen (siehe Grafik 2). In Kommunen ohne Haushaltsausgleich liegt das Investitionsniveau um rund ein Drittel niedriger als in Kommunen mit ausgeglichenem Haushalt.

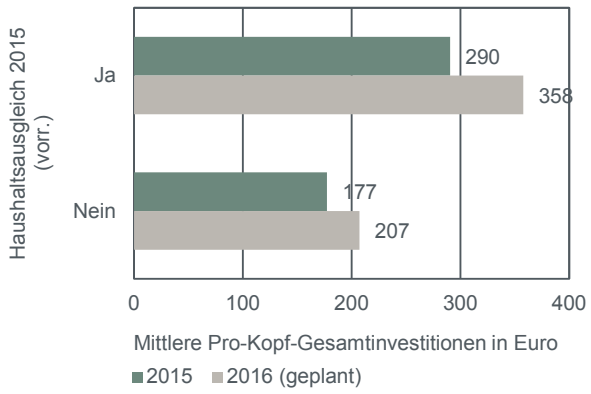
[10] Eigene Berechnungen auf der Basis von: Statistisches Bundesamt 2016 (a).

Grafik 1: Durchschnittliche Steuereinnahmen der Kommunen pro Kopf in Euro 2014/2015



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen des Difu

Grafik 2: Konnex zwischen Haushaltsausgleich und Pro-Kopf-Investitionen der Kommunen



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

Schon hier wird deutlich, wie die allgemeine Haushaltslage einer Kommune ihre Investitionstätigkeit und damit langfristig ihre Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität beeinflusst. Hoher Konsolidierungsdruck führt (notgedrungen) zu einem Verzicht auf Investitionen, da es sich hierbei um einen der wenigen frei disponiblen Ausgabenbereiche der Kommunalhaushalte handelt.

Viele Kommunen unterliegen zudem der Pflicht, erst ihre meist über Jahre aufsummierten Altdefizite abzubauen, bevor neue Verbindlichkeiten eingegangen werden dürfen. In einer solchen Situation bleibt ihnen oft nur der Rückgriff auf Kassen- bzw. Liquiditätssicherungskredite, die laut der Gemeindehaushaltsordnungen der Länder eigentlich nur zur Finanzierung der fälligen laufenden Verwaltungsausgaben verwendet werden dürfen und nicht zur dauerhaften Finanzierung beispielsweise von Investitionen. Die Zunahme des Kapitaldienstes verringert die investiven Mittel zusätzlich und es wird für die Kommunen schwieriger, aus eigener Kraft das Ruder herumzureißen.

2.2 Verschuldungsaufwuchs trotz Überschuss

Disparitäten in der kommunalen Verschuldungsentwicklung prägen den Gesamteindruck

- Während Investitionen meist durch Aufnahme längerfristiger Verbindlichkeiten finanziert werden, begründen konjunkturell bedingte Einnahmesteigerung und Kompensationen durch Bund und Länder einen insgesamt positiven Finanzierungssaldo in den Kernhaushalten.

- Der kumulierte Budgetüberschuss der kommunalen Ebene kann nicht über die sehr ungleiche Verteilung sowohl der Finanzkraft als auch der Verschuldung von Landkreisen, Städten und Gemeinden hinwegtäuschen.

- Die Zinsausgaben sinken in der Summe nur bei den Kommunen der ostdeutschen Bundesländer.

Trotz der allgemeinen finanz- und haushaltspolitischen Erholung waren die Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2015 die einzige gebietskörperschaftliche Ebene in Deutschland, die in den Kernhaushalten in der Summe einen Verschuldungsaufwuchs um 3,8 % zu verzeichnen hatte. Während Bund und Länder ihren jeweiligen Schuldenstand zum 31. Dezember 2015 um 1,8 % (23,7 Mrd. EUR) bzw. 0,7 % (4,3 Mrd. EUR) verringern konnten, wuchsen die Verbindlichkeiten der Gemeinden um 5,3 Mrd. EUR.

Der kumulierte Schuldenstand (ohne Extrahaushalte) erreichte damit insgesamt 129,5 Mrd. EUR.[11] Dieser Verschuldungsaufwuchs trotz eines insgesamt positiven Finanzierungssaldos lässt sich nicht allein auf

[11] Statistisches Bundesamt 2016 (d): Pressemitteilung vom 22. März 2016.

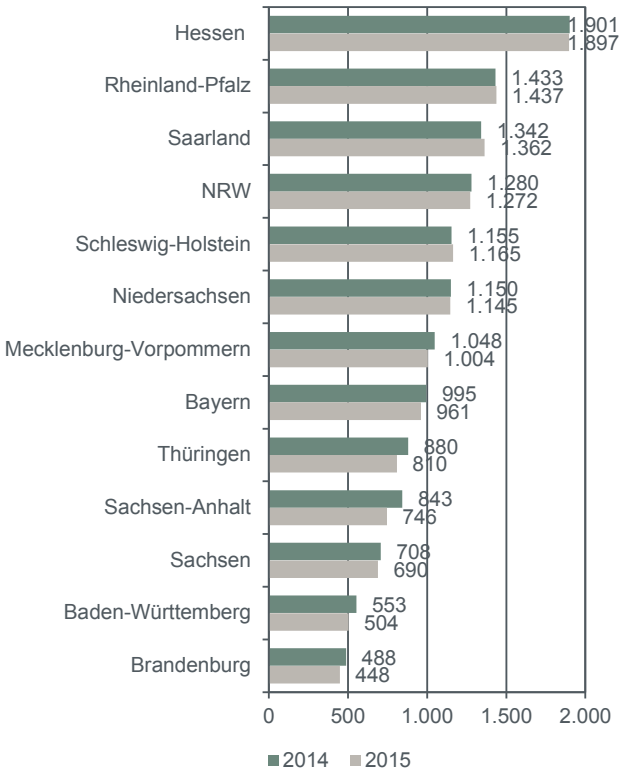
Änderungen in der Abgrenzung der Schuldenstatistik zurückführen.[12] Auch die Kreditfinanzierung von Investitionen erscheint wenig plausibel, weil sich die kommunale Investitionstätigkeit kaum ausgeweitet hat. Vielmehr dürften diese konträren Entwicklungen vor allem durch die beträchtlichen Disparitäten innerhalb der kommunalen Ebene begründet sein. Mehreinnahmen einerseits und Schuldenanstieg andererseits fallen selten gleichzeitig in ein und derselben Kommune an, sondern können sich sehr unterschiedlich auf Landkreise, Städte und Gemeinden innerhalb der Länder verteilen.[13] Die Entwicklungen bei den Kassenkrediten deuten darauf hin, dass einzelne Kommunen Liquiditätsschwierigkeiten hatten oder aber Kassenkredite nicht nur als Überbrückungskredit, sondern zweckentfremdet als Mittel der regulären Kreditfinanzierung nutzten.[14]

Kommunalisierungsgrad begründet variierende Betroffenheiten

Von der Verschuldungsentwicklung sind die Gemeinden in den einzelnen Bundesländern in unterschiedlicher Weise betroffen. In der Betrachtung der durchschnittlichen Pro-Kopf-Entwicklung verzeichneten 2015 nur die Kommunen im Saarland, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein einen jeweils leichten Zuwachs ihrer Kreditmarktverschuldung in den Kernhaushalten. Nach den Kommunen aus Hessen (1.896 EUR pro Kopf), führten die saarländischen und rheinland-pfälzischen Kommunen mit 1.436 bzw. 1.361 EUR pro Kopf die Liste der am höchsten verschuldeten Kommunen an.[15] Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein folgten mit 1.145 bzw. 1.164 EUR pro Kopf. In zehn Flächenländern konnten die Kommunen ihre Pro-Kopf-Verschuldung abbauen. Bemerkenswert fiel vor allem die kumulierte Verringerung der kommunalen Kreditmarktschulden in Sachsen-Anhalt (-11,8 %), Baden-Württemberg (-9,8 %), Brandenburg (-8,9 %) und Niedersachsen (-4,4 %) aus.[16]

In dieser auseinanderstrebenden Entwicklung der kommunalen Pro-Kopf-Verschuldung im Bundesländervergleich spiegeln sich auch unterschiedliche Konsolidierungserfolge der verschiedenen, von den Ländern seit 2009 aufgesetzten Entschuldungsprogramme für die Kommunen wider.[17] Während Niedersachen mit seinem „Zukunftsvertrag“ durchaus gewisse Erfolge zu verzeichnen hat, weil die kommunale Kassenkreditverschuldung zurückging, scheint die bisherige Bilanz des saarländischen „Entlastungsfonds“, des rheinland-pfälzischen „Entschuldungsfonds“ sowie des hessischen „Schutzschirms“ in Anbetracht der steigenden Kommunalverschuldung eher durchwachsen zu sein.[18] Allerdings ist die Wirkweise dieser Mechanismen von diversen Faktoren abhängig und die Zeit seit ihrem Inkrafttreten vergleichsweise kurz, sodass eine umfassende Bewertung bisher kaum möglich ist.

Grafik 3: Kommunale Kreditmarktschulden pro Kopf je Bundesland in Euro 2014/2015



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen des Difu

[12] Diese Änderungen in der Statistik haben 2010 zu einer Berücksichtigung der aus den Kernhaushalten in die Extrahaushalte der städtischen Beteiligungen ausgelagerten kommunalen Verbindlichkeiten bei den Gesamtverbindlichkeiten geführt.

[13] Ein Beispiel für die Heterogenität sind die Kommunen in Sachsen-Anhalt, die 2015 in den Kernhaushalten zusammengenommen einen positiven Finanzierungssaldo in Höhe von 130,7 Mio. EUR aufwiesen. Während in diesem Jahr die Kreditmarktschulden im Kernhaushalt um 11,7 % gegenüber dem Vorjahr verringert werden konnten, stiegen gleichzeitig die Kassenkreditverbindlichkeiten um 6,6 % deutlich an.

[14] Brand, S. 2016.

[15] Alle Pro-Kopf-Angaben wurden auf der Basis der Einwohnerzahlen der Bundesländern, Stand: 31.12.2014 berechnet. Vgl. hierzu: Statistisches Bundesamt 2015 (c).

[16] Eigene Berechnungen auf der Grundlage von: Statistisches Bundesamt 2016 (b).

[17] Für eine Übersicht: Bertelsmann Stiftung 2015, S. 124–136.

[18] Institut für den öffentlichen Sektor 2013; Keilmann, U. und M. Gnädinger 2014; Bertelsmann Stiftung 2015.

Eine wesentlich tiefer liegende Ursache für die Unterschiede in der kommunalen Verschuldungsentwicklung bildet zum anderen der variierende Kommunalisierungsgrad der Länder. Dieser gibt Aufschluss über Aufgaben- und entsprechende Finanzierungszuständigkeiten der Gemeinden.[19] Je nach Erhebungsmethode zeigt sich, dass es gerade die Kommunen in Hessen und Nordrhein-Westfalen sind, die beispielsweise hohe Aufwendungen aus Eigenmitteln für die Aufgabenbereiche „Soziale Sicherung“ und „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ aufbringen müssen.[20] Auch in Rheinland-Pfalz und dem Saarland ist der Bindungsgrad der kommunalen Einnahmen, die nicht aus zweckgebundenen Zuweisungen stammen – im Vergleich zu den Gemeinden der anderen Bundesländer – hoch.[21]

Entlastung bei Zinsausgaben wirkt regional sehr unterschiedlich

Die kumulierten Zinsausgaben in den Kernhaushalten der Kommunen sanken 2015 im Vergleich zum Vorjahr zum Teil erheblich. Hochgerechnet auf die einzelnen Bundesländer konnten so z. B. die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern (-19 %), Sachsen-Anhalt (-15,6 %), Sachsen (-15,0 %) sowie Brandenburg und Thüringen (jeweils -9,4 %) am stärksten ihre Zinsbelastungen zurückführen. Nur die Kommunen im Saarland (+7,4 %), Bayern (+5,0 %) und Hessen (+2,1 %) mussten Mehrausgaben für ihre Kredite hinnehmen, obwohl die durchschnittlichen kommunalen Kreditmarktschulden pro Kopf 2015 zumindest in Bayern und Hessen gesenkt wurden.

Dies macht deutlich, dass Landkreise, Städte und Gemeinden – in Abhängigkeit von ihrer jeweiligen Verschuldungssituation und den Finanzierungsangeboten der Banken vor Ort – sehr unterschiedlich von den derzeitigen Niedrigzinsen auf den Kapitalmärkten profitieren. Auch mit Blick auf die Restrukturierung der eigenen Schuldenportfolios zur langfristigen Sicherung der aktuell niedrigen Zinssätze ergeben sich zwischen den Kommunen – abhängig von den Finanzierungsangeboten der Banken – sehr unterschiedliche Möglichkeiten, die Zins- und Tilgungslasten zu reduzieren.

2.3 Kassenkredite: Unentbehrliches Behelfsinstrument für viele Kommunen

Liquiditätskredite als Notnagel zur Aufrechterhaltung der Haushaltsführung in Defizit-Kommunen

- Trotz einer Abflachung des Anstiegs, sind die kommunalen Kassenkredite 2015 erneut leicht gestiegen.
- In vielen Kommunen können seit längerem Kassenkredite unterjährig nicht mehr zurückgezahlt werden und begründen so einen aufwachsenden Sockelbestand der Verschuldung.
- Die Kassenkreditbestände bleiben im interregionalen Vergleich extrem ungleich verteilt.

Die Entwicklung der kommunalen Kassenkredite gilt inzwischen als ein wichtiger – wenn auch nicht alleiniger – Gradmesser für die Finanzsituation der Landkreise, Städte und Gemeinden. In den vergangenen Jahren ist das Gesamtvolumen der kommunalen Kassenkredite beständig gestiegen, auch wenn sich die Entwicklung in den vergangenen drei Jahren abgeflacht hat.[22] Gleichwohl haben die Kassenkredite der gemeindlichen Kernhaushalte am 31.12.2015 mit 49,6 Mrd. EUR einen neuen Höchststand erreicht (Vorjahr: 48 Mrd. EUR).[23] Bei den Landkreisen konnte hingegen auch 2015 ein weiterer Rückgang der Kassenkreditbestände auf rund 6,7 Mrd. EUR beobachtet werden – ein Trend, der sich seit 2012 fortsetzt.[24]

Erwartungen stets negativer als die tatsächliche Entwicklung

Für 2015 gaben 22 % der befragten Kommunen an, dass es zu einem Anstieg der Kassenkredite gekommen sei, während 66 % ein gleich bleibendes Niveau bzw. keine Veränderungen konstatierte. Nur 12 % gaben an, dass es in diesem Jahr zu einem Abbau der Liquiditätskredite gekommen sei. Allerdings waren die Erwartungen der Kämmerer bezüglich einer möglichen Ausweitung dieser Liquiditätssicherungskredite Ende 2014 höher, als die tatsächliche Zunahme am Ende des Jahres 2015. Die Erwartungen waren mithin negativer als die reale Entwicklung. Gleichzeitig zeigt sich, dass rund 60 % der befragten Kommunen – ähnlich wie auch schon in

[19] Ausführlicher dazu: Schäfer, S. und H. Zimmermann 2011; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2007.

[20] Bertelsmann Stiftung 2015, S. 21.

[21] Schäfer, S. und H. Zimmermann 2011, S. 256.

[22] BMF 2015: Monatsbericht Dezember 2015, S. 13.

[23] Statistisches Bundesamt 2016 (b).

[24] Deutscher Landkreistag 2015, S. 407.

den Vorjahren – keine Veränderungen hinsichtlich des eigenen Kassenkreditbestandes für 2016 erwarten. Auch der Anteil der Kommunen, der im Jahr 2015 Kassenkredite „etwas“ bzw. „deutlich“ abbauen konnte, hat sich mit insgesamt 12 % der Befragten kaum verändert (Vorjahr: 13 %).

Große Spannbreite bei den Pro-Kopf-Belastungen mit Kreditmarktschulden

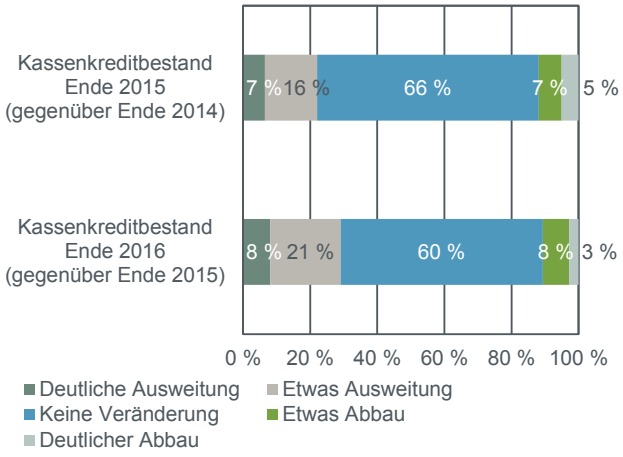
Die sehr ungleiche Verteilung der Kommunalverschuldung – also der Kreditmarktschulden plus der Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) – stellt einen Indikator für die fiskalischen Disparitäten im interregionalen Vergleich dar. Schon bei der Verteilung der Kreditmarktschulden pro Kopf in den Kernhaushalten zeigt sich im Ländervergleich eine beachtliche Spreizung. An der Spitze lagen dabei – wie schon in den Jahren zuvor – die Landkreise und Gemeinden in Hessen (1.896 EUR), Rheinland-Pfalz (1.436 EUR) und im Saarland (1.361 EUR), gefolgt von Nordrhein-Westfalen (1.272 EUR) und Niedersachsen (1.145 EUR). Die geringste Pro-Kopf-Verschuldung wiesen die Länder Brandenburg (448 EUR), Baden-Württemberg (503 EUR), Sachsen (689 EUR) und Sachsen-Anhalt (754 EUR) auf.[25] Allerdings hatten die Landkreise in Sachsen-Anhalt mit 198 EUR 2015 hinter Hessen (660 EUR) und Rheinland-Pfalz (474 EUR) die dritthöchste Pro-Kopf-Verschuldung in den Kernhaushalten.[26]

Kassenkredite: Bloße Momentaufnahme oder wachsender Sockelbestand?

Hohe Kreditmarktschulden korrespondieren nicht selten mit hohen Kassenkrediten. 2015 erreichten die kommunalen Kassenkredite in den Kernhaushalten (ohne Stadtstaaten) einen neuen Höchststand von 49,6 Mrd. EUR. Pro Einwohner waren dies durchschnittlich 659 EUR. Über 70 % des gesamten Kassenkreditvolumens entfielen dabei – wie schon in den Vorjahren – allein auf das Saarland (2.117 EUR pro Kopf), Rheinland-Pfalz (1.622 EUR pro Kopf) und Nordrhein-Westfalen (1.558 EUR pro Kopf) – Tendenz steigend.[27] Die geringsten Kassenkreditbelastungen der kommunalen Kernhaushalte pro Kopf wiesen Baden-Württemberg (9 EUR), Bayern (15 EUR) und Sachsen (23 EUR) auf.

Welche Virulenz die Problematik der fiskalischen Disparitäten im interregionalen Vergleich hat, offenbart die Entwicklung der aggregierten Liquiditätskreditbestände der kommunalen Kernhaushalte von 2014 und 2015. So sind die Liquiditätskredite in den Kommunen der Länder Sachsen-Anhalt (+6,85 %), Saarland (+4,25 %) und Nordrhein-Westfalen (+3,7 %) – gegenüber 2014 – erneut gestiegen. In den Gemeinden und Landkreisen von Hessen und Rheinland-Pfalz hat sich der Kassenkreditbestand gegenüber dem Vorjahr faktisch nicht verändert. Demgegenüber konnten die Kommunen aller anderen Bundesländer den Umfang ihrer Liquiditätskredite zum Teil deutlich verringern. Spitzenreiter waren hier die Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg, die ihren zuvor schon sehr niedrigen Pro-Kopf-Bestand an Kassenkrediten nochmals mehr als halbieren konnten. Aber auch die Gemeinden in Niedersachsen nahmen im Durchschnitt 14 % weniger Kassenkredite als im Vorjahr in Anspruch, was vermutlich auf das Konsolidierungs- bzw. Entschuldungsprogramm der „Zukunftsverträge“ zurückzuführen ist. Auf diese Weise verringerte sich der Bestand von 427 auf 374 EUR pro Kopf.[28]

Grafik 4: Entwicklung der Kassenkreditbestände 2015/2016



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von Oktober bis Dezember 2015

Dies verdeutlicht, dass es zu einem Aufwuchs von Kassenkrediten – nicht nur – aber schwerpunktmäßig bei den Kommunen kommt, die ohnehin schon hoch verschuldet sind und über eine vergleichsweise geringe Finanzkraft verfügen.[29] Bei den Gemeinden im Saarland, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz verfestigt sich auf diese Weise inzwischen ein Sockelbestand an Kassenkrediten, der

[25] Eigene Berechnungen auf der Basis von: Statistisches Bundesamt 2016 (b), S. 43–44; Deutscher Landkreistag 2015, S. 407.

[26] Deutscher Landkreistag 2016.

[27] Markert H. und M. Junkernheinrich: 2015, S. 463.

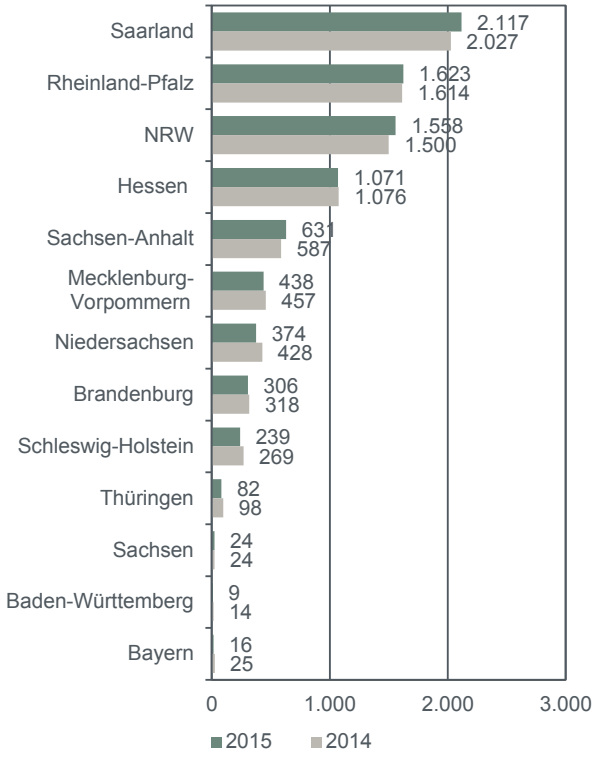
[28] Eigene Berechnungen auf der Grundlage von: Statistisches Bundesamt 2016 (b).

[29] Regionalverband Ruhr 2015, S. 9–11.

zwar nicht notwendigerweise wächst, sich allerdings aufgrund entsprechender Bedarfe auch nicht substanziell verringern lässt – im Gegensatz zu den Kommunen der eher finanzstärkeren Bundesländer, denen ein entsprechender Abbau erkennbar einfacher fällt. Allerdings bildet eine solche aggregierte Betrachtung die fiskalische Heterogenität, die selbst zwischen den Kommunen innerhalb der einzelnen Bundesländer besteht, nur bedingt ab.

Die These von einer Sockelbildung bei der Entwicklung der kommunalen Kassenkredite wird durch eine weitere Beobachtung gestützt: Obwohl das haushaltspolitische Instrument der Kassenkredite für gewöhnlich auf eine kurzfristige Überbrückung kommunaler Zahlungsengpässe angelegt ist, mehren sich inzwischen die Hinweise aus den Kommunen, dass Liquiditätskredite oft nicht mehr unterjährig abgebaut werden, sondern immer öfter Laufzeiten von mehr als einem Jahr haben.[30]

Grafik 5: Kommunaler Kassenkreditbestand pro Kopf und Bundesland 2014 und 2015



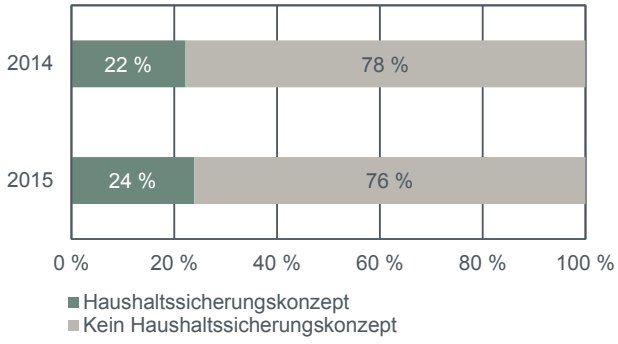
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen des Difu

Die Kassenkredite verteilen sich im Vergleich sowohl zwischen als auch innerhalb der Bundesländer in sehr unterschiedlicher Weise auf die befragten Kommunen. So sind es vor allem Mittel- und Großstädte mit einer Einwohnerzahl von über 50.000 Einwohnern, die im Durchschnitt den höchsten Kassenkreditbestand aufweisen (Ende 2014: 1.093 EUR pro Kopf). Während sich die Mittelwerte für die Gemeinden der Einwohnergrößenklassen 5.000 bis 19.999 sowie 20.000 bis 49.999 Einwohner von 2013 bis 2014 leicht verbesserten, stiegen die Kassenkreditbestände bei den Mittel- und Großstädten an. Dies trifft für die Gesamtheit der Bundesländer zu, macht sich aber in besonderer Weise bei den Ländern Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland bemerkbar, die insgesamt die höchsten Belastungen durch Kassenkredite aufweisen. Bei den Landkreisen sind es die hessischen, rheinland-pfälzischen und niedersächsischen Kreise, die durchschnittlich den höchsten Bestand an Kassenkrediten aufweisen.

Verfehlung des Haushaltsausgleichs geht mit steigenden Kassenkrediten einher

Es liegt auf der Hand, dass vor allem Kommunen mit einer ohnehin schwierigen Finanzlage in der Gefahr stehen, auch den Haushaltsausgleich nicht zu erreichen. Dies hat oft eine Ausweitung der Kassenkredite zur Folge. So antworteten insgesamt 50 % der befragten Kommunen, die für 2015 eine Verfehlung des Haushaltsausgleichs erwarteten, dass sie den Kassenkreditbestand Ende 2016 „deutlich“ oder zumindest „etwas“ ausgeweitet haben werden. Keine Veränderungen ihres Kassenkreditbestandes erwarten rund 33 % in dieser „pessimistischen Gruppe“. Dem standen 72 % in der „optimistischen Gruppe“ gegenüber, die eine Erreichung des Haushaltsausgleichs erwartet. Nur 16 % der Kommunen, die eine Verfehlung des Haushaltsausgleichs für 2015 erwarteten, gingen hingegen davon aus, dass sie ihren Kassenkreditbestand „etwas“ oder „deutlich“ abbauen werden.

Grafik 6: Anteil der Kommunen mit Haushaltssicherungskonzept



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von Oktober bis Dezember 2015

[30] Burth, A. 2016.

Die Befragungsergebnisse der Vorjahre zeigen, dass besonders Kommunen, die 2013 und 2014 einen Haushaltsausgleich nicht erreichten, in den jeweiligen Folgejahren ihre Kassenkredite ausweiteten. Dabei waren die Erwartungen stets etwas negativer als die reale Entwicklung. Dies trifft in besonderer Weise auf Städte mit einer Einwohnerzahl über 50.000 Menschen zu, da in dieser Untersuchungsgruppe auch am häufigsten Haushaltssicherungskonzepte Anwendung finden.

2.4 Exkurs: Fiskalische Disparitäten im interregionalen Vergleich

Fiskalische Disparitäten als Treiber wachsender Investitionsrückstände?

- Mit Blick auf Wirtschafts- und Finanzkraft und daraus abgeleiteter Investitionstätigkeit bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Landkreisen, Städten und Gemeinden.

- Bereits im KfW-Kommunalpanel 2015 konnten auf Grundlage der Eigeneinschätzung der befragten Kommunen deutliche Unterschiede zwischen den Kommunen festgestellt werden.

- Mehr als ein Drittel der befragten Kommunen können einer Gruppe zugeordnet werden, denen eine „Negativspirale“ droht.

Bereits die hier skizzierten Entwicklungen verweisen auf ein Phänomen, das seit vielen Jahren für die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen zu konstatieren ist: fiskalische Disparitäten. Die Vielfalt und Verschiedenheit der mehr als 11.000 Städte und Gemeinden und 295 Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland ist zunächst einmal Ausdruck der historischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der einzelnen Kommunen. Anders verhält es sich jedoch mit den hier problematisierten fiskalischen Disparitäten zwischen den Kommunen, die in den vergangenen Jahren erkennbar zugenommen haben.[31]

Eine Ursache dafür ist der über die letzten Jahre gewachsene Anteil kommunaler Aufgaben, meist verbunden mit der Anforderung einer bundeseinheitlichen Ausführung, die zum großen Teil aus kommunalen Finanzmitteln bestritten werden müssen.[32] Trotz zahlreicher Maßnahmen, die der Bund in den vergangenen Jahren zur Entlastung der Kommunen umgesetzt hat (vgl. Tabelle 1), sind vor allem die Belastungen, die aus der bundeseinheitlichen Sozialgesetzgebung (SGB) für die Landkreise, Städte und Gemeinden resultieren, weiterhin sehr ungleich verteilt. Gegenüber dem Vorjahr sind diese 2015 kumuliert erneut um 8,8 % gestiegen.[33] Dies betrifft insbesondere die Kosten für die Sozialhilfe, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung sowie die Kinder- und Jugendhilfe. Die Finanzierungszuständigkeit für diese Aufgabenbereiche liegt weitgehend in der alleinigen Verantwortung der Landkreise und kreisfreien Städte. Der durchschnittliche Anstieg für diese kommunalen Ausgaben variierte dabei 2015 zwischen 14,2 % in Bayern und 5,7 % in Mecklenburg-Vorpommern. Mit einer wachsenden Zahl an Sozialleistungsempfängern stiegen in den letzten Jahren nicht nur die entsprechenden Aufwendungen der Landkreise und kreisfreien Städte, sondern in der Folge schrumpften die Mittel für investive Zwecke.[34]

Die eigentlichen Gefahren, die von Finanzkraftdisparitäten zwischen Kommunen ausgehen, bestehen in einer möglichen Verfestigung und Verschärfung von Ungleichgewichten. Im Zeitverlauf können einzelne Kommunen oder ganze Regionen in eine Negativ- oder Abwärtsspirale geraten und dabei die letzten Gestaltungsspielräume verlieren. Der Druck zur Haushaltskonsolidierung kann dann zu einem Attraktivitätsverlust für Wirtschaftsunternehmen und Einwohner führen. Entsprechende Kommunen fallen im Standortwettbewerb zurück.[35]

Zur Erfassung von Disparitäten zwischen Landkreisen, Städten und Gemeinden gibt es verschiedene Ansätze.[36] Dabei lassen sich nicht nur einzelne Kommunen z. B. innerhalb der Bundesländer miteinander vergleichen. Genauso ist eine Gegenüberstellung verschiedener Kommunaltypen denkbar.

[31] Albrecht, J., Fink, P. und H. Tiemann 2016. Deutscher Landkreistag 2015.

[32] Kuban, M. 2013, S. 17 ff.; Markert, H. und M. Junkernheinrich 2015.

[33] Statistisches Bundesamt 2016 (a).

[34] Stellvertretend: DIW 2015, S. 1038; Albrecht, J., Fink, P. und H. Tiemann 2016.

[35] Zu große fiskalische Disparitäten im interkommunalen Vergleich sollen eigentlich durch institutionalisierte Ausgleichsmechanismen, wie z. B. die kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder abgefedert werden. Scheinbar gelingt dies vielerorts nicht in ausreichendem Maß. Es ist aber vor allem der Anteil frei verfügbarer Ressourcen in den kommunalen Haushalten, der Gestaltungsspielräume für nachhaltige Zukunftsinvestitionen und eine tragfähige Wirtschaftsentwicklung eröffnet.

[36] Vgl. stellvertretend: Bertelsmann Stiftung 2015, S. 64–123; Maretzke, S. 2006 mit weiteren Verweisen; aber auch: Deutscher Städtetag 2015 (b), S. 8–9 – mit Verweis auf das BBSR.

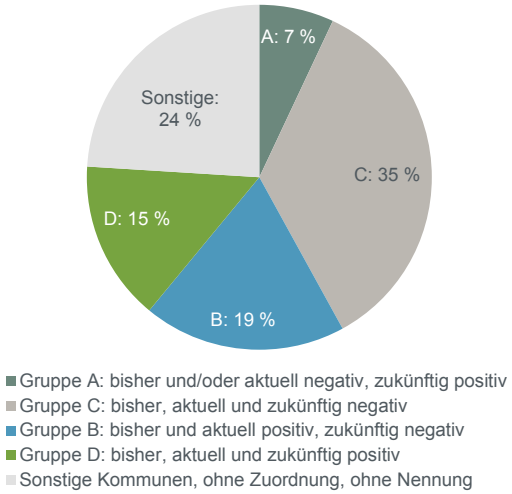
Tabelle 1: Maßnahmen des Bundes zur finanziellen Entlastung der Kommunen

Entlastungsmaßnahme	Volumen	
Kostenübernahme bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (seit 2003)	Gesamt: Pro Jahr:	30,5 Mrd. EUR 7,0 Mrd. EUR
U3-Kinderbetreuung: investive Baumaßnahmen und Betriebskosten (seit 2007 mehrfach aufgestockt und modifiziert)	2007–2013: Bis 2017 Gesamt: 2012: Seit 2015: 2016–2018: 2017 und 2018:	4,0 Mrd. EUR 8,5 Mrd. EUR 581 Mio. EUR 845 Mio. EUR / Jahr 550 Mio. EUR / Jahr 100 Mio. EUR / Jahr
Kosten der Unterkunft und Heizung (seit 2005) Kosten für Bildung und Teilhabe	Seit 2014: Insgesamt:	28,2 % der jährlichen Kosten 3,8 % der jährlichen Kosten 13,7 Mrd. EUR
Sonderentlastung 2015 bis 2017 (hälftig über KdU und Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer)	Jährlich:	1 Mrd. EUR
Teilhabepakt (ab 2018)	Insgesamt:	5 Mrd. EUR
Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen mit seinem Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ (2015–2018)	Insgesamt: Plus:	3,5 Mrd. EUR 1,5 Mrd. EUR
Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz (2015) über Erhöhung des USt-Anteils der Länder	2015: 2016:	2,0 Mrd. EUR 2,7 Mrd. EUR

Quelle: Eigene Zusammenstellung des Difu auf Basis von BMF 2015.

Die Frage nach einer Selbsteinschätzung der eigenen Gesamtfinanzlage im Rahmen des KfW-Kommunalpanels 2015 erlaubte die Bildung von vier Gemeindegruppen, die sich auf diese Angabe stützte. Neben einer Gruppe „Kommunen mit neuer Hoffnung“, die nach einer negativen Entwicklung in der Vergangenheit und trotz einer derzeit noch unzureichenden Finanzsituation optimistisch in die Zukunft schaut (7 % der Befragten, N=33), zählten 19 % der Gemeinden zur Gruppe der „pessimistischen Kommunen“ (N=85). Diese bewerten ihre finanzielle Entwicklung und derzeitige Lage zwar positiv, befürchten aber im Ausblick eine deutliche Verschlechterung ihrer Finanzlage. Über ein Drittel der Befragten wurde der Gruppe „Kommunen in der Negativspirale“ zugeordnet (35 %, N=159). Diese Landkreise, Städte und Gemeinden sahen sowohl ihre bisherige Entwicklung als auch ihre aktuelle und zukünftige Finanz- und Haushaltslage negativ. Hingegen lassen sich 15 % der befragten Kommunen aufgrund ihrer durchweg positiven haushälterischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft als „prosperierend“ bezeichnen (N=68).[37]

Grafik 7: Gruppierung der Kommunen nach ihrer Einschätzung zur Gesamtfinanzsituation



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2015, durchgeführt vom Difu von Oktober bis Dezember 2014

Die auf diese Weise erkennbar werdenden Disparitäten im interregionalen Vergleich decken sich mit den Ergebnissen ähnlicher Studien.[38] .

[37] KfW-Kommunalpanel 2015, S. 32 ff. In der Gruppe „restliche Kommunen“ (N=103) wurden verschiedene, zahlenmäßig kleine Gemeindegruppen zusammengefasst, da ihre Angaben zur Entwicklung der eigenen finanziellen Gesamtlage nicht hinreichend eindeutig waren.

[38] Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) 2012; Deutscher Städtetag 2015 (b), S. 8–9.

3. Kommunale Infrastruktur – Investitionsrückstand weiterhin sehr hoch

Der wahrgenommene Investitionsrückstand bei der kommunalen Infrastruktur und seine Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit von Landkreisen, Städten und Gemeinden bei der Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge sind seit Jahren ein fester Bestandteil der wissenschaftlichen und politischen Diskussion über die öffentlichen Finanzen in Deutschland.

Das immer wieder als Investitionsstau bemängelte Ausmaß der Investitionslücke war letztlich einer der wesentliche Gründe, die zur Initiierung des KfW-Kommunalpanels geführt haben. Mehr Transparenz über Investitionsbedarfe hilft dabei knappe Mittel durch gezielte Schwerpunktsetzung möglichst effizient und effektiv einzusetzen.

3.1 Wahrgenommener Investitionsrückstand verharrt auf hohem Niveau

Wachsende Disparitäten stehen dem Abbau des Investitionsrückstandes entgegen

- Der wahrgenommene Investitionsrückstand bleibt mit 136 Mrd. EUR auf hohem Niveau.

- Zusätzlicher Substanzverlust insbesondere bei der Bildungsinfrastruktur in ohnehin schon benachteiligten Kommunen.

Das KfW-Kommunalpanel und, mit etwas zeitlichem Nachlauf, auch die amtliche Statistik machen die Bemühungen der Kommunen um ihre Infrastruktur erkennbar. Die Investitionstätigkeit blieb in der Gesamtbetrachtung selbst in den Jahren direkt nach der Finanzkrise 2009 weit gehend stabil bzw. konnte in den letzten Jahren sogar wieder leicht anziehen. Das Konjunkturpaket II, die Förderung des Ausbaus der U3-Kinderbetreuung sowie die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund hatten einen erkennbaren Anteil daran, dass den Kommunen der Spielraum für Investitionen geblieben ist (vgl. Kapitel 2).

Der erhoffte Abbau bleibt aus – Investitionsrückstand aktuell bei 136 Mrd. EUR

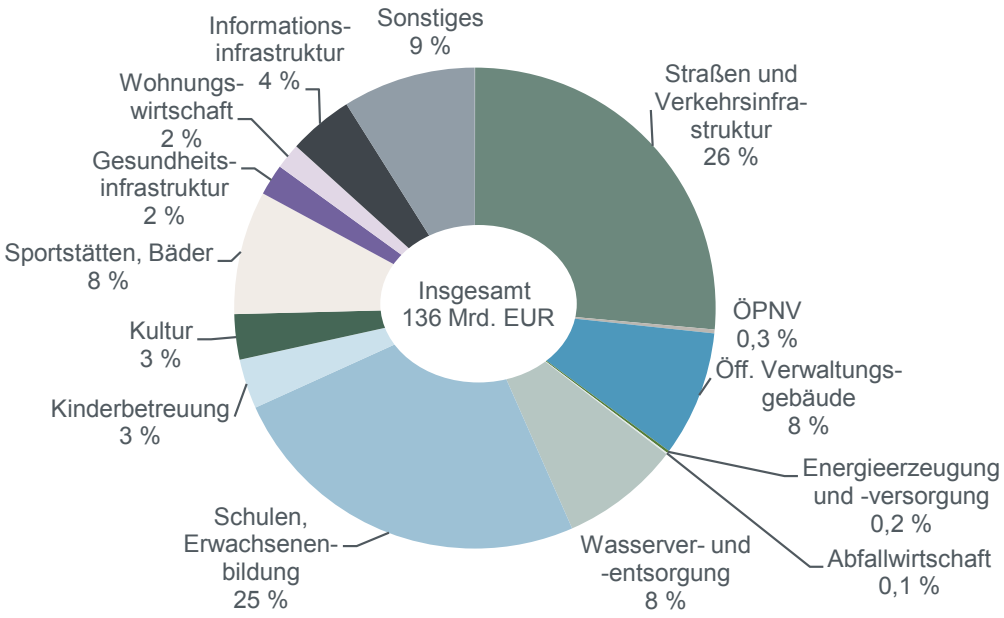
Trotzdem hat sich der Investitionsrückstand in der Hochrechnung für alle Kommunen mit mehr als 2.000 Einwohnern in Deutschland mit einer Gesamtsumme von 136 Mrd. EUR im Jahr 2015 nicht reduziert. Die leichte Erhöhung gegenüber dem Vorjahreswert liegt allerdings im Bereich der statistischen Unschärfe. Das Ergebnis zeigt aber ganz deutlich, dass der Investitionsrückstand in der Wahrnehmung der befragten Kämmerer auf dem bekannten hohen Niveau verharrt.

Es stellt sich die Frage, warum der Investitionsrückstand steigt, wenn die Städte, Gemeinden und Landkreise jedenfalls zum Teil wieder mehr investieren und sich gleichzeitig auch die finanzielle Lage der Kommunen in den letzten Jahren zumindest in der Gesamtbetrachtung erkennbar entspannt. Der Grund ist auch hier das Auseinanderdriften der Kommunen mit guter und eher schwieriger finanzieller Lage. Das KfW-Kommunalpanel belegt, dass Kommunen mit guter Gesamtfinanzsituation und vergleichsweise niedrigem Investitionsrückstand besonders viel investieren. Gemeinden und Landkreise, die ohnehin schon von der Substanz zehren, können aufgrund ihrer geringen finanziellen Spielräume nicht in die Zukunftsfähigkeit ihrer Infrastruktur investieren. Die zunehmenden Disparitäten sind insofern ein wichtiger Grund dafür, dass es bisher nicht gelungen ist, den Investitionsrückstand wieder abzubauen. Dies gilt – wenn auch nicht pauschal – beispielsweise für Kommunen in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, aber auch für einzelne Landkreise, Städte und Gemeinden in Schleswig-Holstein und Niedersachen, die über eine mittlere Finanzkraft verfügen und 2015 nur halb so viel pro Kopf investierten wie Kommunen in Bayern und Baden-Württemberg.

Rückstand betrifft wichtige Zukunftsbereiche und bremst damit die Entwicklung in ohnehin schon benachteiligten Kommunen

Die Hälfte des gesamten Rückstandes entfällt zu fast gleichen Teilen auf die beiden Bereiche „Straßen und Verkehrsinfrastruktur“ sowie „Schulen, Erwachsenenbildung“ (vgl. Grafik 8). Der Anteil der Straßen und Verkehrsinfrastruktur am gesamten Rückstand ist dabei seit 2012 in etwa gleich geblieben.

Grafik 8: Wahrgenommener Investitionsrückstand der Kommunen 2015



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

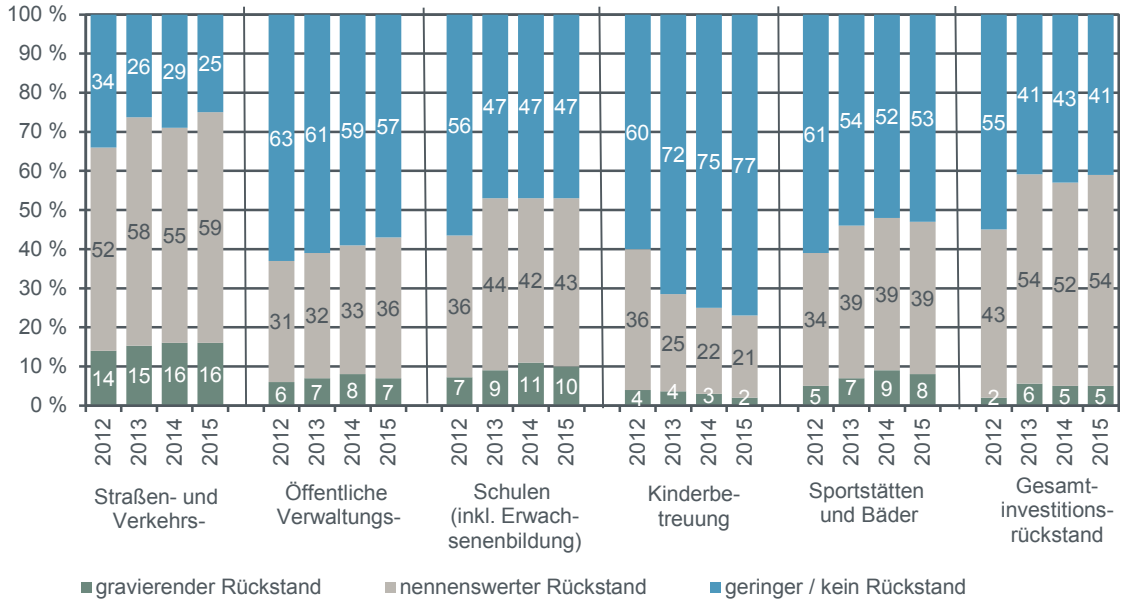
Der Rückstand bei der Bildungsinfrastruktur hat dagegen im gleichen Zeitraum kontinuierlich an Gewicht gewonnen. Deren Anteil am Gesamtrückstand liegt heute 8 Prozentpunkte über dem Wert von 2012.

Dabei hat sich der Anteil der Kommunen, die bei Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung einen nennenswerten oder gravierenden Rückstand ausmachen zumindest seit 2013 kaum verändert (vgl. Grafik 9). Dies weist darauf hin, dass der Investitionsstau in den betroffenen Kommunen als immer umfangreicher wahrgenommen wird – und das in einem Infrastrukturbereich, der einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Standortqualität einer Gemeinde und in der Inklusion und Integration leisten muss (vgl. Kapitel 5).

Politisch gesetzte Investitionsschwerpunkte können Rückstände reduzieren

Am Beispiel der Kinderbetreuung wird erkennbar, dass sich die Investitionstätigkeit der Kommunen mithilfe entsprechenden Finanzierungsprogramme durchaus beeinflussen lässt. Der Anteil der Kommunen, die in diesem Infrastrukturbereich einen mindestens nennenswerten Investitionsrückstand wahrnehmen ist von 2012 bis 2015 von 40 auf 23 % gesunken. In der absoluten Höhe konnte der Rückstand dabei um gut ein Fünftel reduziert werden. Hier greifen offenbar die vom Bund aufgelegten Investitionsprogramme – insbesondere zum Ausbau der U3-Betreuung (vgl. Grafik 9).

Grafik 9: Entwicklung der Einschätzungen zum Investitionsrückstand



Anmerkung: Angaben ohne „Weiß nicht“. Für die sonstigen Daten vgl. auch die Tabelle im Anhang.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015 sowie Daten der Vorjahre

Investitionsprioritäten führen zu einer Fokussierung auf bestimmte Aufgabenbereiche

Die Ergebnisse der Befragung werfen die Frage auf, ob der politisch priorisierte Ausbau von bestimmten Infrastrukturen wie z. B. von Kinderbetreuungseinrichtungen zulasten anderer Infrastrukturbereiche geht. Sowohl die finanziellen Ressourcen als auch organisatorische Kapazitäten von Landkreisen, Städten und Gemeinden werden verstärkt so eingesetzt, dass die von Bund und Ländern bereitgestellten Zuwendungen in Anspruch genommen werden können. Obwohl die Kommunen auf diesem Weg den geänderten gesellschaftlichen Bedürfnissen und Wünschen in ihrer Investitionspolitik Rechnung tragen, können sie nicht allen Anforderungen gleichermaßen gerecht werden. In Kommunen, deren Spielräume für Investitionen ohnehin eng sind, kann dies jedoch einen wachsenden Investitionsrückstand in anderen Infrastrukturbereichen zur Folge haben.

Ein Indiz dafür sind die im KfW-Kommunalpanel erhobenen Wahmehmungen zu den Investitionsbedarfen im Bereich Schule einschließlich Erwachsenenbildung. Denn in diesem Bereich konstatierten 2015 mehr Kommunen als in den Vorjahren einen nochmals zugenommenen Rückstand (vgl. Kapitel 5). Und dies, obwohl in den vergangenen Jahren eine kontinuierliche Aufstockung des gesamtstaatlichen Bildungsbudgets vorgenommen wurde. Im Gegensatz dazu hat sich beispielsweise der Anteil der Kommunen, der einen gravierenden Rückstand im Verkehrsbereich ausmacht, sowie das entsprechende investive Rückstauvolumen in den vergangenen Jahren „nur“ in etwa parallel entwickelt. Diese Aussage ist zudem vor dem Hintergrund des seit 2006 deutlich rückläufigen Personalbestandes in den kommunalen Bau- und Verkehrsverwaltungen zu betrachten.[39]

Die Verteilung von Zuwendungen im Bereich Kinderbetreuung geht – wie auch schon in früheren Jahren – im Wesentlichen vom Bedarf an Betreuungsplätzen aus, indem der Gesetzgeber einen verbindlichen Anspruch normiert.[40] Die finanzielle Lage der Kommunen bleibt dabei unberücksichtigt. Fördermittel fließen also auch in Kommunen, die einen Ausbau ihrer (Kinderbetreuungs-) Infrastruktur faktisch auch aus eigener Kraft bewerkstelligen könnten. Städte und Gemeinden in einer eher schwierigen finanziellen Situation können die Zuwendungen dagegen unter Umständen nur eingeschränkt in Anspruch nehmen, da ihnen die Mittel für notwendige Eigenanteile fehlen oder reduzierte Personalkapazitäten aufgrund von Konsolidierungsverpflichtungen zusätzliche Aktivitäten nicht zulassen.

[39] Statistisches Bundesamt 2015 (b), Abschnitt 5.

[40] Vgl. Gesetz zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 und zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagesbetreuung sowie zur Änderung des Lastenausgleichsgesetzes, Artikel 4 (2014, BGBl. I S. 2411 ff.).

Aus dieser Sicht könnten Investitionsprogramme von Bund und Ländern die Disparitäten zwischen den Kommunen zusätzlich verstärken. Es wird also deutlich, dass die spezielle Situation finanzschwacher Kommunen besonderer Berücksichtigung bedarf. Eine strukturelle Stärkung der kommunalen Haushalte oder eine gezielte Förderung finanzschwacher Kommunen bei der Bewältigung letzlich gesamtstaatlicher Aufgaben wären zwei Möglichkeiten, dem zu begegnen.

3.2 Unzureichende laufende Unterhaltung führt langfristig zu höheren Kosten

Vernachlässigung der Infrastruktur als Ursache finanzieller Schieflagen

- Im Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur bestehen nicht nur die größten Investitionsrückstände, sondern auch die größten Defizite bei der Gewährleistung der laufenden Unterhaltung.

- Kommunen mit finanziellen Problemen senken durch Verzicht auf Unterhaltungsmaßnahmen kurzfristig ihre Ausgaben zulasten der bestehenden Infrastruktur.

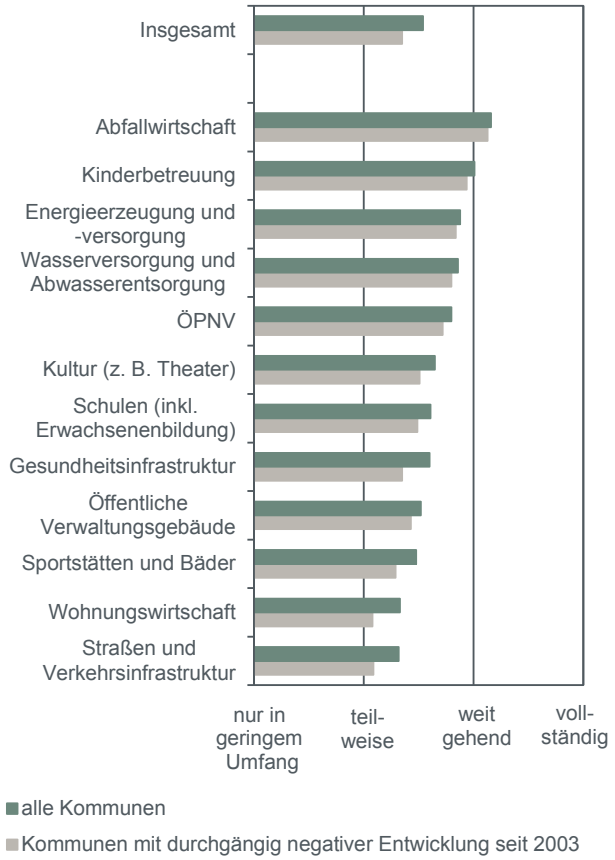
- Langfristig führt dies zu höheren Kosten mit negativem Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der Kommunalhaushalte.

Die Auswertungen des KfW-Kommunalpanels haben schon in den Vorjahren gezeigt, dass zwischen der Gewährleistung der laufenden Unterhaltung von Infrastruktureinrichtungen und dem wahrgenommenen Investitionsrückstand ein deutlicher Zusammenhang besteht. Auch die aktuelle Befragung bestätigt dies für alle Infrastrukturbereiche. Kommunen, die ihre Infrastruktur durch regelmäßige Unterhaltungsmaßnahmen in einem guten Zustand halten, schätzen ihren Investitionsrückstand im Vergleich zu anderen niedriger ein. Von den Kommunen, die in den letzten fünf Jahren die laufende Unterhaltung der Straßen und der Verkehrsinfrastruktur gewährleisten konnten, gehen 43 % davon aus, dass der Rückstand in den nächsten Jahren zum Teil abgebaut werden kann. Erfolgte die laufende Unterhaltung nur in geringem Umfang, geht nur jede fünfte Kommune von einem Abbau des Rückstandes aus, während fast zwei Drittel der Kommunen ein weiteres Anwachsen erwarten.

Laufende Unterhaltung kann oft nur teilweise gewährleistet werden

Der wahrgenommene Rückstand im Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur ist auch deshalb so hoch, weil die laufende Unterhaltung hier für besonders viele Kommunen ein Problem darstellt. Lediglich jede zwanzigste Kommune kann diese vollständig gewährleisten. Zwei Drittel der Kommunen (64 %) schaffen dies – wenn überhaupt – nur teilweise.

Grafik 10: Gewährleistung der laufenden Unterhaltung in den letzten 5 Jahren



Anmerkung: Die Balkenlänge entspricht dem Durchschnittswert der Kommunen bei den entsprechenden Fragebogenitems auf einer Skala von 1=nur in geringem Umfang bis 4=vollständig.

Diese Grafik basiert ausschließlich auf den Antworten der Kommunen (N=210), die sowohl 2014 als auch 2015 an der Befragung teilgenommen haben (und für welche somit echte Paneldaten vorliegen). Die Frage nach der finanziellen Entwicklung seit 2003 wurde 2014 erhoben (wir gehen davon aus, dass diese Einschätzung sich im Folgejahr nicht oder nur marginal verändert haben wird). Die Gewährleistung der laufenden Unterhaltung bezieht sich hier auf den Befragungszeitpunkt 2015.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

In anderen Aufgabenbereichen ist der Anteil von Kommunen mit Problemen bei der laufenden Unterhaltung ihrer Infrastruktur ebenfalls hoch. Allerdings ist die Situation nicht überall so dramatisch wie bei den Straßen.[41] Insbesondere in den durch Gebühren

[41] Eine ausführliche Analyse der Investitionstätigkeit bei Straßen und Verkehrsinfrastruktur war Schwerpunktthema im KfW-Kommunalpanel 2014.

und Entgelte finanzierten Bereichen (z. B. Abfallwirtschaft, Kinderbetreuung sowie Energieerzeugung und -versorgung) kann die laufende Unterhaltung besser gewährleistet werden, wobei sicherlich auch andere Gründe wie beispielsweise die Sichtbarkeit und politische Bedeutung einer Aufgabe hereinspielen (vgl. Grafik 10).

Dabei ist ein statistischer Zusammenhang zwischen der Finanzkraft der Kommunen und der Gewährleistung der laufenden Unterhaltung in den letzten fünf Jahren ganz allgemein nachweisbar. Zwei von drei der finanzstarken Kommunen (65 %) konnten die laufende Unterhaltung ihrer Infrastruktur insgesamt in den letzten fünf Jahren mindestens weit gehend gewährleisten. Bei den finanzschwachen Kommunen konnte es ein ähnlicher hoher Anteil (64 %) bestenfalls teilweise. Daraus und aus der Analyse der Ergebnisse für die einzelnen Infrastrukturbereiche wird jedoch die Bedeutung der finanziellen Ressourcen einer Kommune für die Erhaltung der Infrastruktur erkennbar. Vor allem in den Bereichen, in denen die Infrastruktur nicht für eigene Einnahmen sorgt und in Kommunen, deren finanzielle Spielräume besonders stark beschränkt sind, wird häufig bei der laufenden Unterhaltung gespart.

Sparen bei der laufenden Unterhaltung führt langfristig zu höheren Kosten

Wird jedoch die laufende Unterhaltung vernachlässigt, führt dies häufig dazu, dass Anlagen und Einrichtungen früher als geplant nicht mehr im gewohnten Maß genutzt werden können. Beispiele für entsprechende Einschränkungen sind Straßen, die aufgrund der Fahrbahnbeschaffenheit nur noch mit reduziertem Tempo befahren werden dürfen oder Brücken, deren verminderte Tragfähigkeit die Nutzung durch schwerere Fahrzeuge ausschließt.[42] Ab einem bestimmten Umfang unterlassener Unterhaltungsmaßnahmen lassen sich diese auch nicht mehr nachholen. Dauerhafte Nutzungseinschränkungen und eine verkürzte Gesamtnutzungsdauer sind die Folge und führen dazu, dass Ersatzinvestitionen früher als geplant notwendig werden und die Kosten der Leistungserbringung durch die Kommune ansteigen. Es liegt damit auf der Hand, dass sich kurzfristige Einsparungen bei der laufenden Unterhaltung am Ende negativ auf die finanzielle Lage einer Kommune auswirken können.

In Kommunen, die die laufende Unterhaltung nicht umfassend gewährleisten können, ist nicht nur der Investitionsrückstand tendenziell höher – gleichzeitig wird auch weniger investiert. Wenn von der eingeschränkten Investitionstätigkeit auch notwendige (vorzeitige) Ersatzmaßnahmen betroffen sind, dürfte sich dies unmittelbar auf die Aufgabenwahrnehmung durch die Kommune auswirken. Damit besteht die Gefahr, dass Gemeinden und Landkreise, die unter Konsolidierungsdruck stehen, zu kurzfristig wirksamen Lösungen greifen und die laufende Unterhaltung vernachlässigen, in einen Abwärtstrend geraten. Im Zusammenhang mit den vertieften Analysen zum Schwerpunktthema „Kommunale Disparitäten“ im KfW-Kommunalpanel 2015 konnte dieser Zusammenhang empirisch beobachtet werden.[43]

3.3 Investitionen 2015 und Vorausschau 2016

Für 2015 erwartete Investitionen erfolgen zum Teil erst später

- Im Jahr 2015 wurde deutlich weniger investiert, als von den Kommunen ursprünglich erwartet.
- Mit den Bereichen Straßen und Verkehrsinfrastruktur sowie Schulen, einschließlich Erwachsenenbildung konzentrieren sich die Investitionen zunehmend in den Handlungsfeldern mit den größten Rückständen.
- Für 2016 werden wieder höhere Investitionen erwartet. Der Ausblick erscheint jedoch nicht so optimistisch wie im Vorjahr.

In der Vorjahresbefragung waren die Kommunen für das Jahr 2015 sehr optimistisch. So erwarteten die Kämmereien, dass die Investitionen insgesamt bei weit gehend gleich bleibenden Investitionsschwerpunkten um gut ein Zehntel ansteigen würden. Dieser aus Sicht der Kommunen positive Ausblick wurde jedoch nicht Realität. In beinahe allen Infrastrukturbereichen blieben die tatsächlichen Investitionen hinter den Planungen zurück und lagen damit meist auch deutlich unter dem Niveau des Jahres 2014. Basierend auf den Angaben der Kommunen ergibt sich für 2015 ein hochgerechnetes Investitionsvolumen in Höhe von 24,5 Mrd. EUR (vgl. Grafik 11).

Rückgang der Investitionstätigkeit betrifft in besonderer Weise kleinere Investitionsbereiche

Im Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur fiel der Unterschied zwischen Erwartungen der Kämmereien und entsprechendem Investitionsvolumen mit 0,9 Mrd. EUR etwas geringer aus, als bei den Inves-

[42] Vgl. dazu beispielsweise Arndt, W.-H. u. a. 2013.

[43] Vgl. KfW-Kommunalpanel 2015, S. 25.

titionen in den meisten anderen Bereichen. Aus diesem Grund ist das relative Gewicht dieses Infrastrukturbereichs an der Gesamtinvestition mit 29 % um 4 Prozentpunkte höher als in der Erwartung für 2015.

Auch bei den Schulen einschließlich Erwachsenenbildung ist ein ähnlicher Effekt zu beobachten (Rückgang gegenüber den Erwartungen um 0,7 Mrd. EUR und damit ein Anstieg des Anteils um 3 Prozentpunkte). Damit konzentriert sich fast die Hälfte der gesamten Investitionstätigkeit der Kommunen auf diese beiden großen Investitionsschwerpunkte. Trotzdem ist das in diesen Bereichen realisierte Investitionsniveau offensichtlich nicht ausreichend.

Eine Ausnahme hinsichtlich dieser Negativentwicklung bildet der Bereich Kinderbetreuung. Hier rechneten die Kommunen nach dem erfolgten Ausbau in den Vorjahren mit einer deutlichen Reduzierung. Statt mehr als 31 EUR je Einwohner im Jahr 2014 wurde für 2015 von voraussichtlichen Investitionen in Höhe von 18 EUR pro Kopf ausgegangen. Tatsächlich wurden den Angaben der Kommunen zufolge fast 21 EUR pro Kopf investiert – weniger als im Vorjahr, aber mehr als erwartet.

Anstieg des wahrgenommenen Investitionsrückstandes bei der Wasserver- und -entsorgung führt dort zu mehr Investitionen

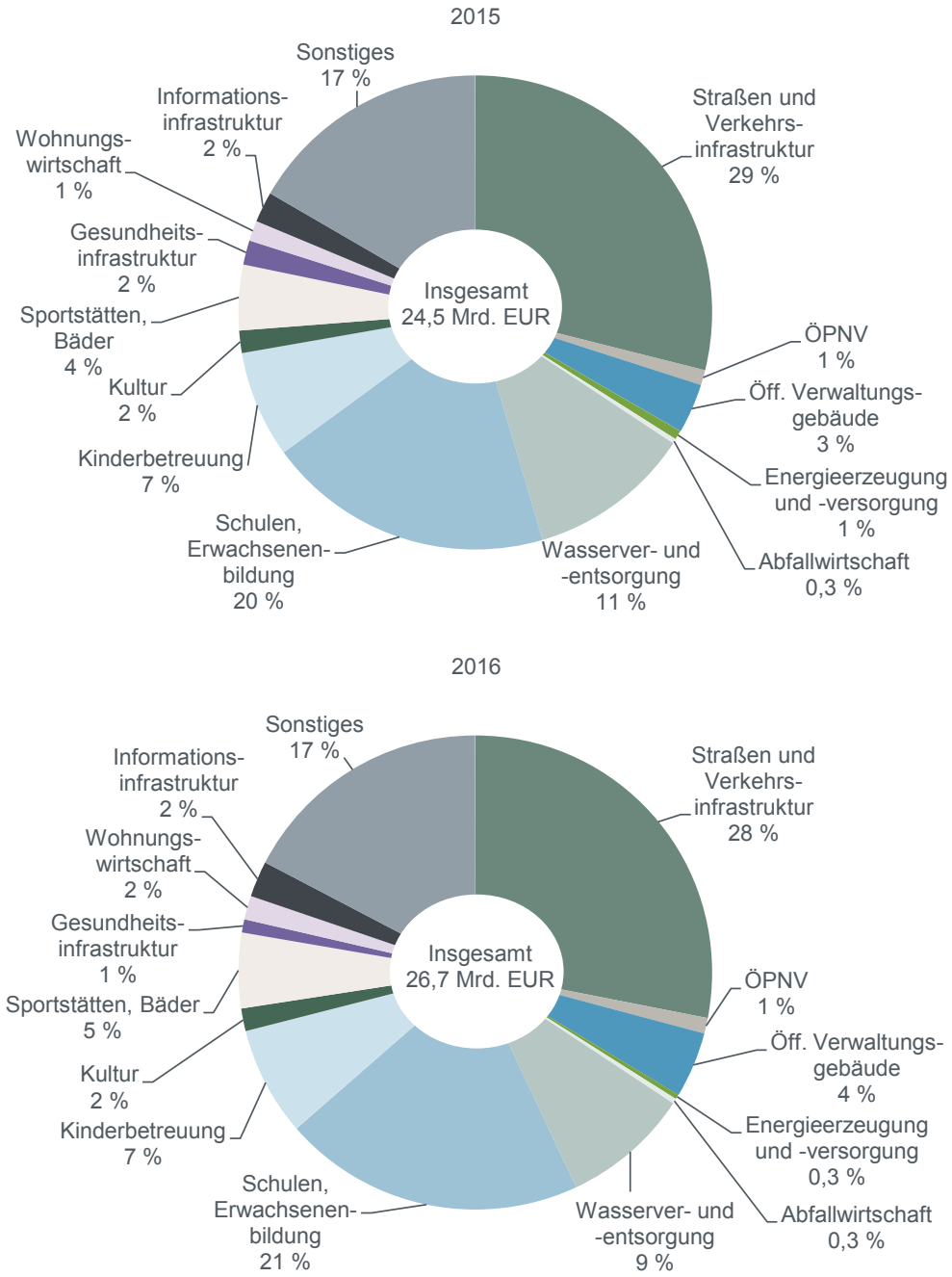
Zumindest kurzfristig gestiegen sind die Investitionen gegenüber dem Vorjahr nur bei der Wasserver- und -entsorgung. Mit durchschnittlich 47 EUR je Einwohner lagen die Investitionen 2015 fast 6 EUR höher als zuvor, obwohl auch hier die Erwartungen (50 EUR) nicht vollständig umgesetzt werden konnten. Für 2016 rechnen die Kommunen dann auch mit einem Rückgang auf 37 EUR pro Kopf, was 4 EUR je Einwohner weniger wären als noch 2014.

Im Jahr 2016 wird wieder mehr investiert

Auch mit diesem Ausblick bleibt die Wasserver- und -entsorgung ein besonderer Fall. Für die meisten anderen Infrastrukturbereiche erwarten die Kommunen für 2016 eine Zunahme der Investitionstätigkeit, zum Teil auch über das durchschnittliche Investitionsvolumen von 2014 hinaus. Dieser positive Ausblick kann sicherlich zum Teil mit den zuletzt vereinbarten finanziellen Entlastungen der Kommunen sowie mit den in Aussicht gestellten Fördermitteln im Rahmen verschiedener Investitionsmaßnahmen des Bundes erklärt werden – auch wenn diese in der Befragung nicht weiter erfasst wurden. Insgesamt sollen gemäß den derzeitigen Planungen im Jahr 2016 wieder fast 27 Mrd. EUR investiert werden.

Dabei wird es voraussichtlich bei der gestiegenen Bedeutung der Straßen und Verkehrsinfrastruktur sowie der Schulen einschließlich Erwachsenenbildung bleiben. In diesen Bereichen ist die absolute Zunahme des Investitionsvolumens gemäß Hochrechnung mit 0,4 Mrd. EUR (Straßen) bzw. 0,7 Mrd. EUR (Schulen) besonders hoch. Im Verhältnis zum Investitionsniveau im Jahr 2015 sind es jedoch insbesondere die öffentlichen Verwaltungsgebäude (+45 %), die Informationsinfrastruktur (+27 %) und Sportstätten und Bäder sowie Wohnungswirtschaft (jeweils +26 %), in die wieder verstärkt investiert werden soll.

Grafik 11: Geplante Investitionen in Kernhaushalten nach Infrastrukturbereichen 2015 / 2016



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

3.4 Ausblick auf den Zustand der Infrastruktur

Kommunen bleiben insgesamt verhalten optimistisch – bei Straßen und Verkehrsinfrastruktur droht jedoch ein weiterer Substanzverlust

- Die Kommunen hoffen, den Investitionsrückstand mittelfristig wenigstens etwas abbauen zu können.

- Für die Kinderbetreuung ist dies schon gelungen – auch für die Schulen planen die Kommunen mehr Maßnahmen zum Abbau des Rückstandes.

- Im Verkehrsbereich fürchten die Kommunen trotz erheblicher Anstrengungen einen weiteren Substanzverlust.

In der Vorjahresbefragung hatten die befragten Kommunen Chancen zum Abbau des Investitionsrückstandes in den nächsten fünf Jahren gesehen. Die Auswertung der aktuellen Befragungsdaten zeigt, dass diese optimistische Erwartung zumindest im Jahr 2015 noch nicht umgesetzt werden konnte.

Immerhin wurde der Investitionsrückstand, trotz erkennbar niedrigerem Investitionsvolumen als ursprünglich erwartet, im Jahr 2015 nicht deutlich höher eingeschätzt.

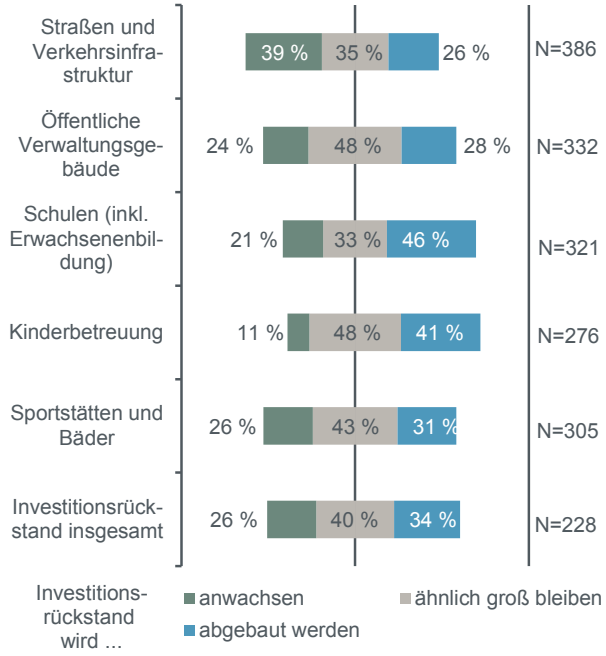
Vor allem im Bildungsbereich planen immer mehr Kommunen Maßnahmen gegen den Investitionsstau

Für das Jahr 2016 gehen die Kommunen von einer intensivierten Investitionstätigkeit aus. Entsprechend groß ist die Hoffnung, in den nächsten fünf Jahren etwas gegen den Substanzverlust der Infrastruktur tun zu können. Dies gilt insbesondere für die Schulen. Hier ist der Rückstand zwar zuletzt weiter deutlich gewachsen, aber fast die Hälfte der Kommunen (46 %) geht davon aus, dass hier mittelfristig eine Verbesserung erreicht werden kann.

Ähnlich optimistisch sind Landkreise, Städte und Gemeinden bei der Kinderbetreuung. Hier wurde in den letzten Jahren bereits eine erhebliche Verbesserung der Infrastrukturausstattung und damit ein Abbau des wahrgenommenen Investitionsrückstandes erreicht. Die befragten Kommunen gehen zum großen Teil davon aus (41 %), dass dies auch weiter gelingt.

Im Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur können auch zusätzliche Investitionen den weiteren Verfall nur verlangsamen. Die voraussichtliche Steigerung der Investitionsaktivitäten im Bereich Straßen und Verkehrsinfrastruktur reicht jedoch nach Einschätzung der Kommunen in absehbarer Zeit noch nicht aus, den kontinuierlichen Substanzverlust aufzuhalten. Insbesondere in Ostdeutschland erwartet mehr als die Hälfte der befragten Kommunen (53 %), dass der Rückstand weiter wachsen wird.[44]

Grafik 12: Erwartete Entwicklung des wahrgenommenen Investitionsrückstandes in den kommenden 5 Jahren für zentrale Bereiche



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

[44] Dieser negative Ausblick im Osten lässt sich womöglich darauf zurückführen, dass in den vergangenen Jahren auch die Kommunen in Westdeutschland immer stärker und medienwirksamer auf ihre Infrastruktur- bzw. Haushaltsprobleme hingewiesen haben. In Verbindung mit dem allgemeinen politischen Konsens, dass es keinen Solidarpakt III geben soll, befürchten die ostdeutschen Kommunen vielleicht, dass zukünftig Fördermittel nicht mehr nach Himmelsrichtung, sondern nach anderen Kriterien verteilt werden könnten. Sollte dann mehr in die strukturschwachen Regionen des Westens fließen, bliebe bei gleicher Gesamtsumme weniger für den Osten.

4. Finanzierung kommunaler Investitionen – am Geld sollte es nicht scheitern

Neben Steuereinnahmen und Zuweisungen stellen Kredite das wichtigste Finanzierungsinstrument der Kommunen dar. Insbesondere zur Finanzierung langfristiger Investitionen ist die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt für viele Kommunen nach wie vor unverzichtbar. Zur Sicherstellung der Liquidität im laufenden Verwaltungshaushalt dienen oft Kassenkredite, um gesetzlich normierte Leistungen ordnungsgemäß erbringen zu können.

4.1 Finanzierungsstruktur kaum verändert

Historisch günstige Lage am Kreditmarkt bietet Chance zur Ausweitung der Investitionen – Kommunen bleiben zurückhaltend

- Die Finanzierungsstruktur verschiebt sich von Eigenmitteln zu einem höheren Anteil an Kommunalkrediten.
- Das im Jahr 2015 zusätzlich mit Krediten finanzierte Investitionsvolumen ist jedoch nur wenig höher als 2014.
- Günstige Kreditkonditionen und Rahmenbedingungen am Kreditmarkt werden nicht zur Ausweitung der Investitionen genutzt.

Fast alle Kommunen setzen bei der Finanzierung ihrer Investitionen auf Eigenmittel, also die für Investitionen verfügbaren Einnahmen aus Zuweisungen oder eigenen Erträgen. Wie schon im Vorjahr nutzen neun von zehn Kommunen entsprechende Ressourcen. Der Anteil an Investitionsvolumen beträgt in der Gesamtbetrachtung 40 % und ist damit trotz insgesamt gestiegener Einnahmen gegenüber dem Vorjahreswert um 4 Prozentpunkte zurückgegangen (vgl. Grafik 13).

Vor allem große Städte setzen häufiger als früher auf Kreditfinanzierung

Besonders auffällig: Bei den Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern ist der Anteil der Eigenmittel an der Investitionsfinanzierung im Durchschnitt um 10 Prozentpunkte gefallen. Dafür hat sich der Anteil der Kommunalkredite um 9 Prozentpunkte erhöht. Beide Finanzierungsbestandteile haben nun in der Gesamtbetrachtung nahezu den gleichen Anteil. Bei den Landkreisen hat eine ähnliche Entwicklung (Eigenmittel -5 Prozentpunkte und Kommunalkredite +5 Prozentpunkte jeweils gegenüber Vorjahr) dazu geführt, dass der kreditfinanzierte Anteil der Investitionen nun sogar größer ist (34 %) als der mit Eigenmitteln finanzierte Teil (32 %). Auch insgesamt zeigt sich eine Verschiebung von den Eigenmitteln zu den Kommunalkrediten.

Neu aufgenommenes Kreditvolumen ist insgesamt jedoch nur wenig höher als 2014

Wie schon im Vorjahr zeigen die Befragungsergebnisse jedoch auch, dass für die meisten Kommunen die nach wie vor guten Bedingungen zur Aufnahme von Kommunalkrediten und die weiterhin äußerst niedrigen Zinssätze auch bei längeren Laufzeiten nicht zu einem kreditfinanzierten Investitionsimpuls geführt haben. Zwar ist das neu aufgenommene Kreditvolumen basierend auf den zu Grunde liegenden Hochrechnungen um etwa 7 % auf knapp 7 Mrd. EUR gestiegen. Gleichzeitig haben die Kommunen ihre eingebrachten Eigenmittel aber um 21 % auf weniger als 10 Mrd. EUR reduziert.

In der Summe sind die finanzierten Investitionen im hier betrachteten Zeitraum um rd. 700 Mio. EUR zurückgegangen.[45] Trotz einem unverändert hohen Investitionsrückstand und einer zumindest in der Gesamtbetrachtung im Zeitvergleich guten finanziellen Ausgangslage nutzen die Landkreise, Städte und Gemeinden die sich durch das historische günstige Finanzierungsumfeld ergebenden Chancen also nicht, um ihre Investitionen in die Infrastruktur durch Kredite spürbar auszuweiten.

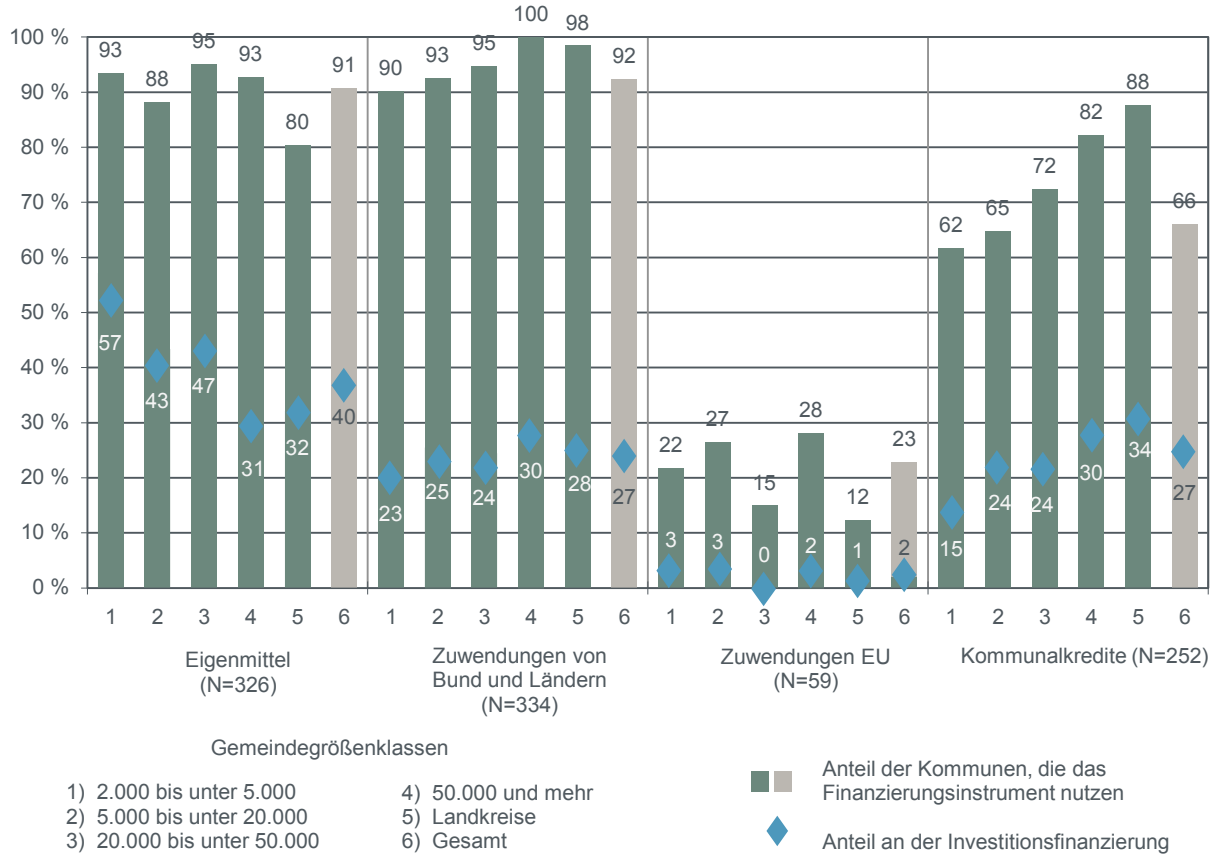
4.2 Finanzierungsbedingungen – leichte Verbesserung der Kreditkonditionen

Finanzierungsbedingungen der Kommunen perspektivisch ohne Veränderung

- Die Kommunen profitieren sehr unterschiedlich von niedrigen Kreditzinsen und der Möglichkeit zur Restrukturierung ihrer Schuldenportfolios.
- Die Kreditbedingungen aller Laufzeiten haben sich 2015 im Durchschnitt nur leicht verbessert.

[45] Erst zum Jahresende hin konnte auf kommunaler Ebene ein unterjähriger Anstieg der Investitionen beobachtet werden. Die Betrachtung der Finanzstatistik zeigte für das 3. Quartal der hier betrachteten Jahre einen Investitionsrückgang in o. g. Höhe.

Grafik 13: Bedeutung einzelner Instrumente bei der Finanzierung kommunaler Investitionen



Lesehilfe: In der Gruppe 4) Großstädte mit 50.000 Einwohnern und mehr nutzen 82 % Kommunalkredite als Instrument und finanzieren damit 30 % ihres Investitionsvolumens.

Anmerkung: Bei der Berechnung des durchschnittlichen Anteils eines Finanzierungsinstruments an der kommunalen Investitionsfinanzierung wurden alle Kommunen berücksichtigt, also auch diejenigen, die das jeweilige Finanzierungsinstrument nicht nutzen. Die Kategorie Gesamt (Gemeinden und Landkreise) wurde über das Investitionsvolumen in den Größenklassen und Landkreisen hochgerechnet.

Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

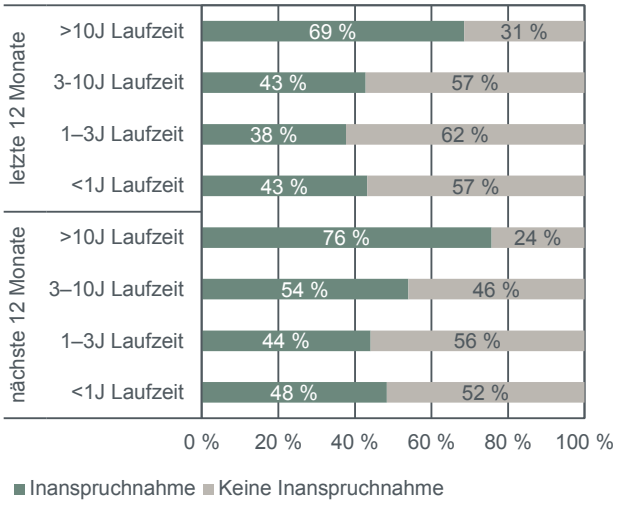
Aus Sicht der befragten Kommunen haben sich die Kreditbedingungen aller Laufzeiten sowohl 2014 als auch 2015 im Durchschnitt leicht verbessert. Allerdings lässt sich feststellen, dass Kommunen mit einer höheren Einwohnerzahl im Durchschnitt weniger von günstigen Kreditbedingungen profitieren als kleine Städte und Gemeinden. Dies traf 2015 besonders auf Kredite mit Laufzeiten von drei und mehr Jahren zu.

Im Jahr 2014 hatten sich für die ostdeutschen Landkreise, Städte und Gemeinden die Finanzierungsbedingungen für Kommunalkredite mit einer Laufzeit von maximal zehn Jahren noch etwas weniger verbessert als im Westen. Kleine ostdeutsche Städte und Gemeinden beklagten in diesem Jahr sogar eine Verschlechterung ihrer Bedingungen bei Krediten mit einer Laufzeit von bis zu zehn Jahren. Die großen Städte in den fünf ostdeutschen Flächenländern taten dies nur bei Kreditlaufzeiten von ein bis zehn Jahren. Für 2015 lassen sich jedoch keine wesentlichen Unterschiede mehr zwischen ostdeutschen und westdeutschen Kommunen hinsichtlich der Entwicklung ihrer Kreditbedingungen ausmachen.[46] Noch 2014 war der Effekt zu beobachten, dass von der allgemeinen Verbesserung der kommunalen Kreditkonditionen vor allem die Landkreise, Städte und Gemeinden nicht profitierten, die eine negative Haushaltsentwicklung aufwiesen. Inzwischen haben diese Kommunen vor allem einen Nachteil bei der Restrukturierung ihres Schuldenportfolios, da sich für sie aufgrund der gestiegenen Kapitalanforderungen der Banken im Zuge der Basel III-Einführung schlicht die Auswahl an Finanzierungsangeboten reduziert hat.

[46] ECB 2016, S. 7.

Diese Feststellung korrespondiert mit der Einschätzung der weit überwiegenden Mehrzahl der Kommunen (rund 71 %), die – ähnlich wie schon im Jahr 2014 – davon ausgehen, dass sich die Kreditbedingungen auch in den kommenden zwölf Monaten nicht bzw. nicht wesentlich verändern werden. Gleichwohl wuchs 2015 der Anteil der befragten Kämmereien, die für das Folgejahr eine Verschlechterung erwarten. Insbesondere mit Blick auf Kredite mit einer zehnjährigen Laufzeit erwartet inzwischen fast ein Drittel der befragten Kommunen eine Verschlechterung der Zinskonditionen in den nächsten 12 Monaten – 2014 waren es noch 22 %. Dementsprechend ist der Anteil an Kommunen, die eine Verbesserung ihrer Kreditbedingungen erwartet, weiter gesunken. Angesichts des nun schon länger anhaltenden historischen Niedrigzinsniveaus stellt dies keine Überraschung dar. Inwieweit diese eher marginalen Wahrnehmungsveränderungen ein wachsendes Risikobewusstsein für mögliche Veränderung des Zinsumfeldes und damit einhergehende Zinsänderungsrisiken darstellt, bleibt offen.

Grafik 14: Kommunale Inanspruchnahme von Krediten

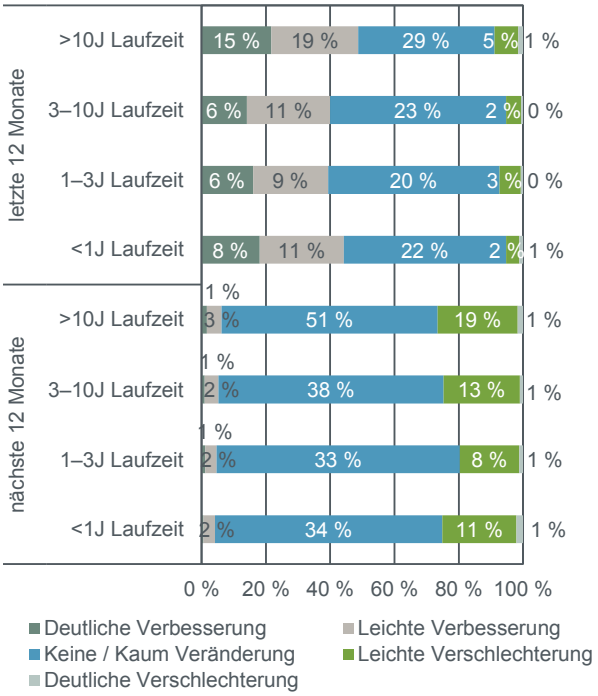


Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von Oktober bis Dezember 2015

Mit Blick auf die Finanzierungsinstrumente, die die Kommunen zur Investitionsfinanzierung nutzen, machen die allgemeinen Deckungsmittel nach wie vor den größten Anteil aus (44 %), gefolgt von zweckgebundenen Zuschüssen von Bund und Ländern, die immerhin auch noch 25,7 % ausmachen. Drittes wichtiges Instrument sind die Kommunalkredite (24 %), deren Bedeutung 2015 gegenüber dem Vorjahr sogar leicht zugenommen hat. Zuweisungen der EU machen einen leicht gestiegenen Anteil von 2 % aus (2014: 0,8 %).

Mit Blick auf die von Zeit zu Zeit aufkommende Debatte über mögliche Finanzierungsalternativen für die Kommunen, lässt sich festhalten, dass kommunale Anleihen und Schuldscheine nur eine verschwindend geringe Bedeutung für Landkreise, Städte und Gemeinden haben. Damit bleiben Allgemeine Deckungsmittel, Zweckzuweisungen von Bund und Ländern sowie Kommunalkredite nach wie vor die wichtigsten Finanzierungsinstrumente für die Investitionen der Kommunen.

Grafik 15: Erwartungen zur Entwicklung der Kreditkonditionen



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von Oktober bis Dezember 2015

5. Schwerpunktthema: Bildung, Schule und Inklusion

Veränderte gesellschaftliche Anforderungen begründen kommunale Bildungsinvestitionen

- Die Umsetzung von Inklusion zählt auch in den kommenden Jahren zu einer der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen.
- Aufgrund zum Teil nach wie vor ungeklärter Finanzierungszuständigkeiten zwischen Ländern und Kommunen werden Investitionen mit Inklusionsbezug erst schleppend getätigt.
- Zur erfolgreichen Verwirklichung von Inklusion bedarf es aus Sicht der Kommunen neben klassischer Bauinvestitionen auch der Klärung von Standards und Zuständigkeiten.

Neben den Straßen und der Verkehrsinfrastruktur zählen Schulen und Erwachsenenbildung seit langem zu den kommunalen Aufgabenbereichen mit den größten Investitionsbedarfen. Dies spiegelt auch die hohe gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Bedeutung des Bildungsbereichs wider. Für die Kommunen stellen insbesondere die Schulen zentrale Tätigkeitsfelder dar, sind sie doch (abhängig von landesspezifischen Regelungen) als Schulträger in den meisten Fällen für die Gebäude und das Verwaltungspersonal zuständig. Dabei begründeten Veränderungen der Schullandschaft (z. B. Ausbau des Angebots an Ganztagsschulen) in den letzten Jahren erhebliche Investitionen der Städte, Gemeinden und Landkreise, weil beispielsweise Veränderungen in den Unterrichtskonzepten mit Änderungen beim Raumbedarf einhergehen. So wurden neue Schulgebäude oder die Anpassung bestehender Bausubstanz erforderlich.

Wachsende Finanzierungsbedarfe versus föderale Kompetenzverteilung

Für die Bildungseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Schulen, Berufsbildung, Hochschulen) wurden 143,9 Mrd. EUR des insgesamt 181,4 Mrd. EUR umfassenden Bildungsbudgets (Stand 2012) verausgabt – Tendenz stetig steigend. Darunter fallen nicht die baulichen Investitionsmaßnahmen für die Bildungseinrichtungen, die im Vorjahresvergleich laut Finanzstatistik um 0,4 Mrd. EUR auf 2,9 Mrd. EUR im Jahr 2015 gestiegen sind. Ausgehend von den gravierenden Investitionsrückständen, die das KfW-Kommunalpanel in den vergangenen Jahren gerade im Bereich vorschulische Kinderbetreuung sowie Schulen einschließlich der Erwachsenenbildung aufgedeckt hat, wären jedoch in diesen Bereichen allein bauliche Investitionen in Höhe von insgesamt 38 Mrd. EUR erforderlich, um den aufgelaufenen Investitionsrückstand auf einen Schlag zu beseitigen.

Der Umstand, dass Bildung unter die Kulturhoheit der Länder fällt, hat auch Folgen für die Bildungsfinanzierung. Länder und Kommunen tragen danach jeweils gesondert für unterschiedliche Teilbereiche die notwendigen Aufwendungen. So sind je nach landestypischer Regelung Landkeise, Städte und Gemeinden in unterschiedlichem Maß für die Errichtung und den baulichen Unterhalt der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie einen Teil des Personals[47] verantwortlich. Durch ihre „Fallzahl"-bezogenen Zuweisungen an die Träger der freien Wohlfahrtspflege, die in Deutschland rund zwei Drittel der über 54.000 Kindertagesbetreuungseinrichtungen betreiben, tragen die Kommunen faktisch den Löwenanteil der Kosten im vorschulischen Bereich. Auf diese Weise wurden 2014 rund 3,43 Mio. Kinder im Alter zwischen 0 und 14 Jahren in einer Kinderbetreuungseinrichtung von insgesamt über 550.000 Erzieherinnen, Erziehern und Sonderpädagogen betreut.

Zu den relativ neuen Herausforderungen des deutschen Bildungsföderalismus zählt die schulische Inklusion. Im März 2009 hat die Bundesrepublik Deutschland das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" („Convention on the Rights of Persons with Disabilities" (CRPD)) ratifiziert.[48] Danach dürfen Menschen mit körperlicher und geistiger Beeinträchtigung aufgrund ihrer Behinderung nicht vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden.[49] Damit erhöht sich für die Kommunen beispielsweise die Notwendigkeit,

[47] Erzieherinnen und Erzieher, Verwaltungs- und technisches Personal, ggf. Sozialarbeiter und -pädagogen, nicht jedoch Lehrerinnen und Lehrer. Die Personalkosten für die ca. 750.000 Lehrkräfte an allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie die Hochschulbediensteten werden hingegen in der Regel von den Ländern getragen.

[48] Als völkerrechtlicher Vertrag entfaltet die Konvention bindende Wirkung und ist innerstaatlich – unter Berücksichtigung der föderalen Kompetenz- und Finanzierungsverteilung – entsprechend umzusetzen. Besondere Bedeutung kommt dabei Art. 24 Abs. 1 der Konvention zu. Dieser sieht vor: „Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen (…)".

[49] Explizit ausgeführt in Art. 24 Abs. 2 a.

Schulgebäude in absehbarer Zeit barrierefrei mit Rampen und Aufzügen nachzurüsten.

Die Frage nach der Finanzierungsverantwortung für die Implementierung dieses Ansatzes auf kommunaler Ebene ist strittig. Nach wie vor besteht in vielen Bundesländern Uneinigkeit zwischen Landkreisen, Städte und Gemeinden auf der einen Seite und den Ländern auf der anderen Seite, wer die entsprechenden Kosten tragen soll. So hat beispielsweise Niedersachsen seit November 2015 ein „Gesetz über finanzielle Leistungen des Landes wegen der Einführung der inklusiven Schule“. Die damit verbundenen Unsicherheiten hinsichtlich der konkreten Regelungen über einen längeren Zeitraum hinweg erklären zum Teil die langsame Umsetzung des Inklusionsansatzes in deutschen Kommunen.

5.1 Verschiebungen bei den Investitionsprioritäten im Bildungsbereich

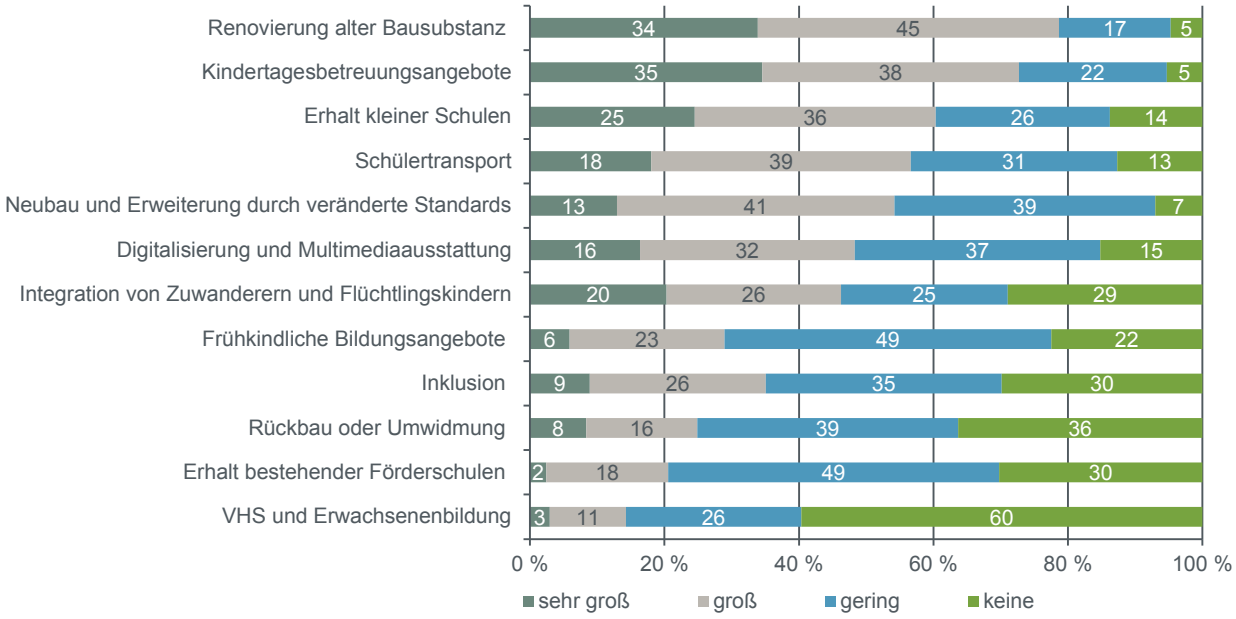
Betreuungsgefälle im Ländervergleich verweist auf fortbestehende Investitionsrückstände

- Die Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten hat für die Kommunen 2015 noch einmal deutlich an Priorität gewonnen.
- Die Integration von Zuwanderern und ihrer Kinder hat ebenfalls massiv an Bedeutung gewonnen.
- Die Kita-Betreuungsquoten variieren nach wie vor erheblich zwischen ostdeutschen und westdeutschen Ländern und verweisen damit auf fortbestehende Investitionsrückstände.

Die investiven Prioritäten der Kommunen im Bildungsbereich verschieben sich. Denn während in der Vergangenheit vor allem der Renovierung der alten Bausubstanz (79 %), der Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten (73 %) und dem Erhalt kleiner Schulen (61 %) eine „sehr große“ oder „große“ finanzielle Bedeutung beigemessen wurde, sind es in Zukunft die Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten (81 %) sowie die Integration von Zuwanderern und Flüchtlingskindern (80 %). Erst an dritter Stelle steht in diesem Jahr die Renovierung alter Bausubstanz (72 %). Auch mit Blick auf die verpflichtend umzusetzende Inklusion erwarten die Kämmereien in Zukunft höhere Ausgabenbedarfe (68 %) als in der Vergangenheit (35 %).

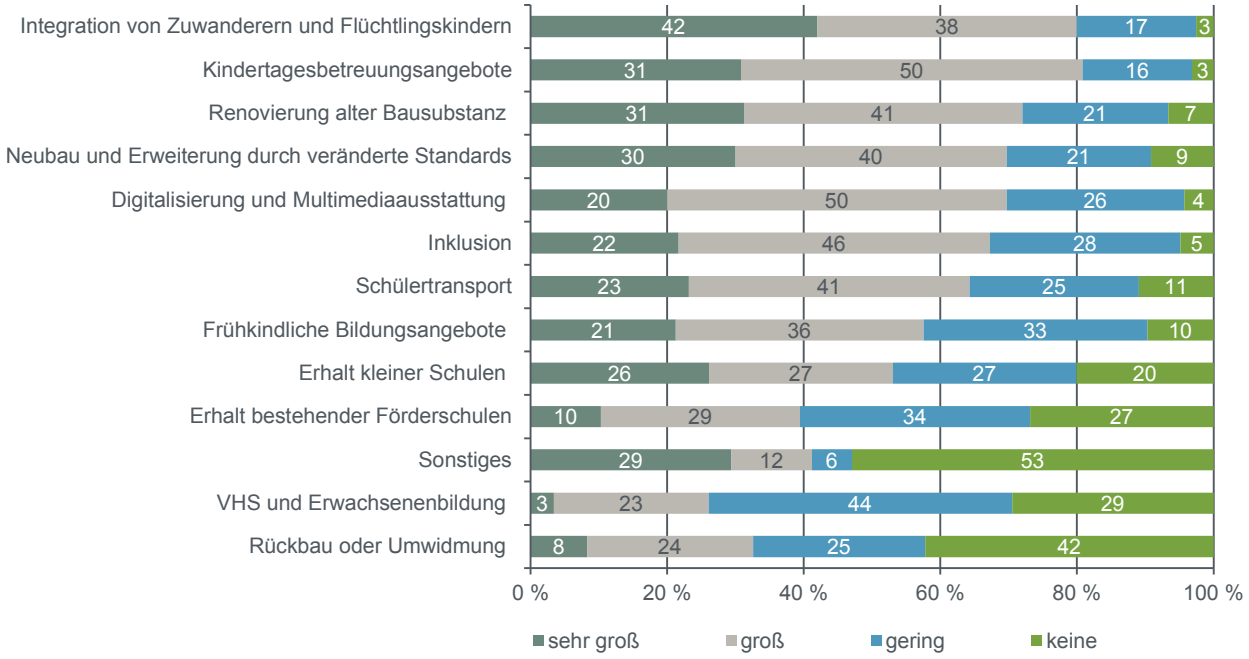
In Anbetracht der Tatsache, dass seit dem 1. August 2013 für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr gemäß § 24 SGB VIII ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung im Rahmen einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege besteht, verwundert es kaum, dass die Schaffung von Kinderbetreuungsangeboten nach wie vor die höchste Priorität für die Kommunen hat. Dies gilt umso mehr, da die Betreuungsquoten, also der Anteil der in Kindertagesstätten betreuten Kinder unter 3 Jahren, in den einzelnen Bundesländern eine beträchtliche Spannweite aufweisen und zwischen 25,8 % in Nordrhein-Westfalen und 57,9 % in Sachsen-Anhalt variieren. Aufgrund fehlender Kapazitäten bestanden bei den Kommunen zwischenzeitlich sogar Befürchtungen vor einer Klagewelle von Eltern, die für ihre Kinder entsprechende Kita-Plätze gerichtlich von den Kommunen hätte einfordern können. Es kam jedoch nur vereinzelt zu Klagen. Allerdings bleibt der Druck – vor allem in wachsenden Agglomerationsräumen – hoch, da auch für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht und die Bürger das Angebot auf Kinderbetreuung zunehmend einfordern.

Grafik 16: Prioritäten bei Bildungsinvestitionen in der Vergangenheit



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

Grafik 17: Prioritäten bei Bildungsinvestitionen in der Zukunft

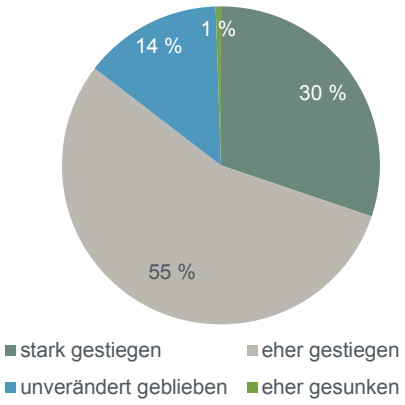


Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

Investitionsförderung des Bundes schwerpunktmäßig im vorschulischen Bereich

Der Bund hat seine Investitionsförderung für die Kommunen stark auf die Kinderbetreuung fokussiert. Auch das 2015 vom Bund eingerichtete Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ hat die Bildungseinrichtungen als zentralen Verwendungszweck adressiert. Schon in den Jahren zuvor hat der Bund den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige mit insgesamt rund 5,4 Mrd. EUR gefördert. Darüber hinaus werden ab 2016 die freiwerdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld (rund 2 Mrd. EUR) ebenfalls in diesen Bereich investiert. Damit bleiben die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für die Kommunen mit die wichtigsten Investitionsbereiche, die bereits in den letzten Jahren durch einen spürbaren Ausgabenaufwuchs gekennzeichnet waren (vgl. Grafik 18).

Grafik 18: Kommunale Ausgabenentwicklung für Schulen und Bildung in der Vergangenheit



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

5.2 Kommunale Planungen für den Bildungsbereich

Strategische Planungsgrundlagen bedürfen einer langfristigen Anpassung

- Die Erwartungen der Kommunen zur Entwicklung der Schülerzahlen in den verschiedenen Schultypen fallen unterschiedlich aus.

- Viele Kommunen nehmen trotz sinkender Schülerzahlen bisher noch keine wesentlichen Änderungen in ihren Kapazitätsplanungen vor.

- Die Bereitstellung eines inklusionspädagogischen Angebots dürfte schrumpfende Kommunen vor größere Herausforderungen stellen als Landkreise, Städte und Gemeinden mit gleich bleibenden oder gar wachsenden Bevölkerungsanteilen.

Vor dem Hintergrund des fortschreitenden demografischen Wandels stellt sich mit Blick auf die Einschätzungen zu den erwarteten Ausgabenzuwächsen im Bildungsbereich die Frage, von welchen Schülerzahlen die Kämmereien bei ihren Kapazitätsplanungen ausgehen. Insbesondere im Bereich der Gesamtschulen, der Gymnasien sowie der „zusammengefassten Sekundarstufe I“ (Klasse 5 bis 10) gehen die befragten Kommunen von steigenden Schülerzahlen aus. Eine „stark sinkende“ bzw. „sinkende“ Entwicklung der Schülerzahlen wird im Durchschnitt über alle Kommunen für die Hauptschulen (91 %), die Förderschulen (76 %), die Realschulen (62 %) und die Grundschulen (58 %) prognostiziert. Dabei wurde für die beiden letztgenannten Schultypen die größte stadträumliche Variationsbreite angegeben.

Bedarf an langfristigen (statistischen) Planungsgrundlagen?

Interessanterweise zeigen die Ergebnisse der aktuellen Befragung des KfW-Kommunalpanels, dass die Erwartungen zur Entwicklung der Schülerzahlen nicht oder nur bedingt mit den tatsächlichen Kapazitätsplanungen korrespondieren. Denn für nahezu alle Bildungsbereiche bzw. Schultypen gibt mindestens die Hälfte der Befragten an, dass von den sich verändernden Schülerzahlen keine Auswirkungen auf entsprechende Kapazitätsplanungen der eigenen Kommune ausgehen. Ein Rückbau wird – wenn überhaupt – am häufigsten bei den Hauptschulen (42 %), Förderschulen (26 %) und Realschulen (18 %) geplant. Diese Ergebnisse passen in das Bild einer Schulentwicklung in einer Mehrzahl der sechzehn Bundesländer, die seit einigen Jahren auf eine sukzessive Abschaffung bzw. den Ersatz der Haupt- und Realschule sowie den Ausbau der Inklusion an Regelschulen setzt. Ausbaupläne haben die Kommunen am ehesten noch im Bereich der Gesamtschulen (50 %), der „zusammengefassten Sekundarstufe I“ (38 %) und den Gymnasien (25 %).

Insgesamt sind diese Befunde allerdings mit Vorsicht zu betrachten, da sie sich stark zwischen Kommunen verschiedener Einwohnergrößenklassen sowie je nach den allgemeinen Erwartungen an die zukünftige Bevölkerungsentwicklung unterscheiden. Auch innerhalb der Kommunen kann es Unterschiede zwischen den Orts- und Stadtteilen geben, sodass selbst in insgesamt schrumpfenden Städten in jungen, wachsenen Quartieren neue Bildungs- und Betreuungsangebote geschaffen werden müssen. Zudem lässt sich feststellen, dass die Schülerzahlen und damit die Bildungsnachfrage für nahezu alle Schultypen in finanzstärkeren Kommunen höher sind

als in finanzschwächeren Städten und Gemeinden, wo die Schülerzahlen zum Teil stark sinken – auch wenn es innerhalb einzelner Städte und Gemeinden wiederum einer quartiersbezogenen Differenzierung bedarf. Das quantitative und qualitative Angebot der schulischen Bildungsangebote lässt sich damit dort nur noch schwer halten. Vielmehr besteht für Schulen in solchen Kommunen bzw. Stadtteilen die Gefahr sich selbstverstärkender Negativeffekte. Auch die Bereitstellung inklusionspädagogischer Angebote ist von solchen Entwicklungen betroffen. Denn je geringer die Bildungsnachfrage insgesamt ausfällt, umso schwieriger wird es für die Kommunen, individualisierte Angebote bereitzustellen, die den speziellen Bedarfen einzelner Schülerinnen und Schüler durch notwendige sozialpädagogische Differenzierung hinreichend Rechnung tragen.

5.3 Inklusion als Herausforderung für den Bildungsbereich

Inklusion erfordert „ganzheitliche Koordination" – politisch und sozial vor Ort

- Inklusion hat für Kommunen – im Vergleich zu anderen bildungspolitischen Maßnahmen – (noch) nicht oberste Priorität, da in vielen Bundesländern die Kostenfrage zur Zeit noch ungeklärt ist.

- Nur rund ein Drittel der Kommunen hat bisher mit der Umsetzung von konkreten Inklusionsmaßnahmen begonnen.

- Neben der baulichen Herstellung von Barrierefreiheit fordern die Kommunen vor allem zusätzliches Personal für die Implementierung des Inklusionsansatzes.

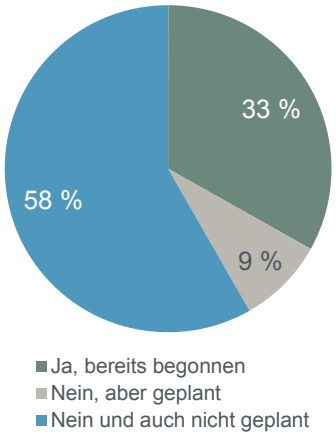
Wurden im Schuljahr 2015/2016 in Deutschland insgesamt ungefähr 8,3 Mio. Schüler an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet, so lag die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit ausgewiesenem sonderpädagogischen Förderbedarf bei rund 6,6 % oder 494.000 Schülerinnen und Schülern. Gut 82 % dieser Personengruppe wurde in gesonderten Förderschulen, und damit nicht im dreigliedrigen allgemeinbildenden Schulsystem unterrichtet. Hier nahm die Zahl der Förderschulen von fast 3.500 Einrichtungen 2002 auf aktuell noch 3.100 Förderschulen ab. Frühere Studien gehen von einem gesamtstaatlichen Finanzierungsbedarf für eine Überführung der bestehenden Strukturen in ein inklusives System bis 2020 in Höhe von 660 Mio. EUR pro Jahr sowie einem Mehrbedarf von rund 9.300 neuen Lehrerstellen aus.[50] Gegenzurechnen wären hier allerdings die Lehrkräfte, deren Stellen in den Förderschulen wegfallen bzw. die an Regelschulen wechseln würden.

Umsetzung von Inklusion vor Ort erfordert langem Atem vor Ort

Nicht umsonst ergibt deshalb auch die Befragung unter den Kommunen im Rahmen des KfW-Kommunalpanels ein durchmischtes Bild. So gibt nur ein gutes Drittel bzw. 33 % der befragten Landkreise, Städte und Gemeinden an, dass sie bereits mit der Umsetzung verbindlicher schulischer Inklusion begonnen haben. Neun Prozent verneinen dies, planen aber in die Umsetzungsplanungen einzusteigen. Eine Mehrheit von 58 % gibt hingegen an, noch nicht mit der Implementierung begonnen zu haben und dies auch nicht zu planen.

Für diese vergleichsweise hohe Zahl an Kommunen, die bisher noch keine Notwendigkeit in der Umsetzung des Inklusionsansatzes sieht, dürften vor allem die bestehenden Unsicherheiten verantwortlich sein. Nach wie vor gibt es in den meisten Bundesländern Uneinigkeit zwischen den Kommunen und dem Land hinsichtlich der Teilung der Inklusionskosten. Dies veranlasst vor allem Kommunen mit einer angespannten Finanz- und Haushaltslage zu einer abwartenden Haltung bei der Implementation.

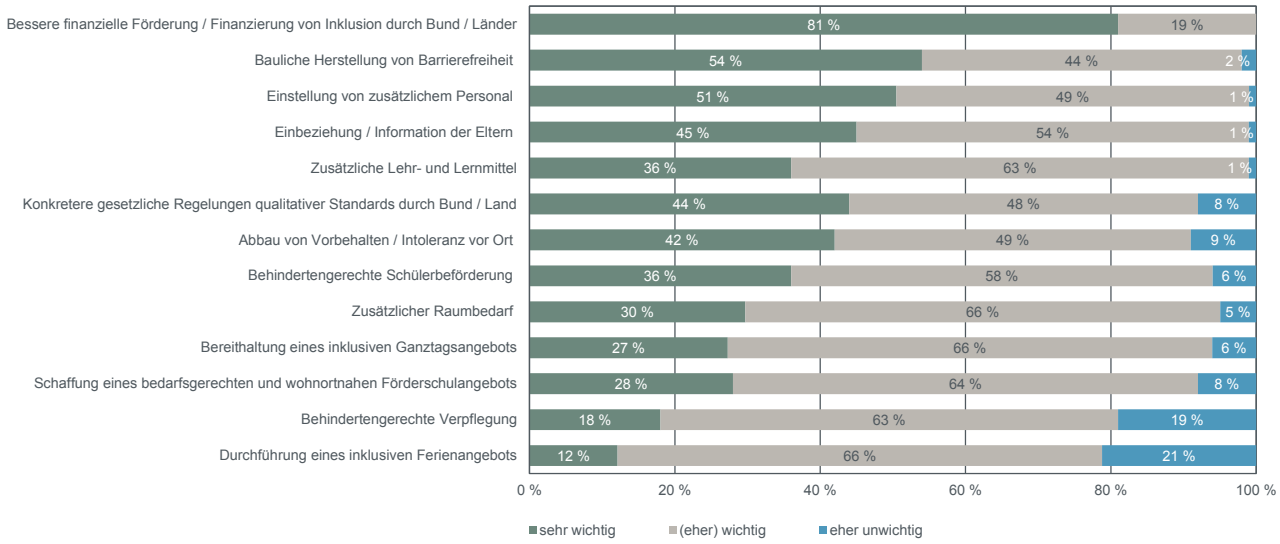
Grafik 19: Beginn der verbindlichen Implementierung schulischer Inklusion



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

[50] Klemm, K. 2012.

Grafik 20: Allgemeine Einflussfaktoren einer erfolgreichen Implementation von Inklusion



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

Gesellschaftliche Faktoren von zentraler Bedeutung für das Gelingen von Inklusion

Eine erfolgreiche Inklusion wird aus Sicht von Landkreisen, Städten und Gemeinden maßgeblich durch finanz- und haushaltswirksame Faktoren beeinflusst.

So ist aus Sicht von 99 % der befragten Kommunen eine bessere finanzielle Unterstützung bzw. Finanzierung durch den Bund und / oder die Länder „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“. Mit 91 % folgt die „bauliche Herstellung von Barrierefreiheit“ und mit 84 % die Einstellung von zusätzlichem Personal.

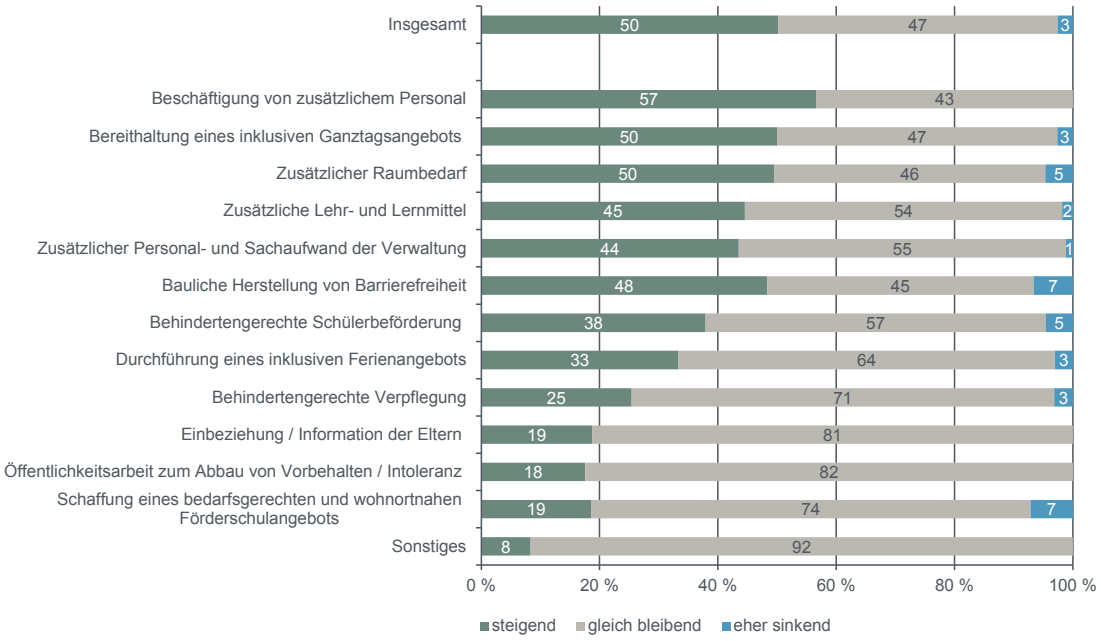
Neben der Klärung der Finanzierungsfrage wünschen sich die befragten Kommunen aber auch in inhaltlicher Hinsicht klarere Regeln, wenn die Forderung nach konkreteren gesetzlichen Standards bezüglich der Qualität von inklusiven Angeboten verlangt wird.

Dass Inklusion auf kommunaler Ebene jedoch nicht nur als ein rein monetäres Thema betrachtet wird, zeigt die Aussage, dass auch die Einbeziehung und die Information der Eltern oder der Abbau von Vorbehalten und Intoleranz vor Ort einen „sehr wichtigen“ bzw. „wichtigen“ Einflussfaktor für eine erfolgreiche Inklusion darstellt (fast 90 %).

Investitionsschwerpunkte: Schaffung von Barrierefreiheit und Personal

Von den zusätzlichen finanziellen Ressourcen, die die Kommunen für die Verwirklichung des Inklusionsansatzes aufbringen, werden durchschnittlich rund 37 % für die bauliche Herstellung von Barrierefreiheit, 13 % für zusätzliche Lehr- und Lernmittel sowie jeweils 12 % für die Bereitstellung zusätzlicher Räume und die Einstellung von zusätzlichem Personal verwandt. Für die Zukunft geht die Hälfte der befragten Kommunen davon aus, dass die Ausgaben für Maßnahmen zur Unterstützung der schulischen Inklusion steigen werden; 47 % gehen von gleich bleibenden Ausgaben aus. Steigende Finanzierungsbedarfe sehen die Kommunen dabei vor allem mit Blick auf die notwendige Beschäftigung von zusätzlichem Personal (57 %), die Bereitstellung eines inklusiven Ganztagsangebots und zusätzlicher Räume (jeweils 50 %) sowie die Beschaffung von zusätzlichen Lehr- und Lernmitteln.

Grafik 21: Geschätzte Ausgabenentwicklung für schulische Inklusion



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2016, durchgeführt vom Difu von August bis Oktober 2015

Keine regionalen Ausgabenunterschiede für die Schaffung von „Inklusionsvoraussetzungen“
Mit Blick auf die Höhe der Pro-Kopf-Aufwendungen für Inklusion lassen sich keine nennenswerten regionalen Unterschiede in der Bundesrepublik Deutschland ausmachen – auch wenn die Inklusionsraten im Vergleich zwischen den Bundesländern zum Teil erheblich variieren. Dies verwundert zunächst, da beispielsweise die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe, die von den kommunalen Sozialämtern getragen werden, im Vergleich zwischen den Bundesländern eine erhebliche Variationsbreite aufweisen.

Auch bei einem Vergleich zwischen Kommunen unterschiedlicher Einwohnergrößenklassen zeigen sich für die Jahre 2015 und 2016 im Mittel keine gravierenden Unterschiede in den Pro-Kopf-Ausgaben hinsichtlich der Investitionen für Inklusion. Allerdings geben Landkreise im Durchschnitt mehr für Inklusion aus, als kreisangehörige Städte und Gemeinden. Dies gründet in ihrer Zuständigkeit für das Sonderschulwesen in Deutschland. Ein Konnex zwischen allgemeiner Finanzsituation sowie den ermittelten Investitionsrückständen der Gemeinden und ihren geplanten Investitionen in Inklusion lässt sich nicht herstellen. Denn selbst Gemeinden, die für 2014 nur eine „mangelhafte“ oder „ausreichende“ Haushaltslage angaben, planten für 2015 und 2016 häufig entsprechende Investitionen – wenn auch auf einem niedrigeren Niveau als Gemeinden, die über eine „befriedigende“ Finanzausstattung verfügten.

6. Fazit und Ausblick

Die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen stellte sich im Jahr 2015 ambivalent dar. Der Optimismus hinsichtlich der Investitionsplanungen, der noch die Befragung des KfW-Kommunalpanels 2015 bestimmte, ist einer abwartenden Zurückhaltung gewichen. Als Reaktion auf die finanziellen Unsicherheiten, die z. B. auch aus der hohen Zahl von Asylsuchenden resultiert, ist dieses Verhalten nachvollziehbar. Dies erklärt zum Teil, warum der wahrgenommene Investitionsrückstand auf einem hohen Niveau von 136 Mrd. EUR verharrt. Vor allem in den Bereichen Straßen und Verkehrsinfrastruktur sowie im Schul- und Bildungsbereich bestehen weiterhin die größten Investitionsbedarfe mit 35 bzw. 34 Mrd. EUR. Für 2016 rechnen die Kommunen für alle Aufgabenbereiche mit einem Anstieg ihrer Investitionen um knapp 9 % auf 26,7 Mrd. EUR, was angesichts der fortbestehenden Unsicherheiten als ein optimistisches Signal verstanden werden kann.

Trotz einer insgesamt erkennbaren Abflachung der kumulierten Kassenkreditentwicklung der Kommunen, verweist der erneute Anstieg und die starke Ungleichverteilung der Liquiditätssicherungskredite auf ein fortbestehendes Grundproblem der Kommunalfinanzierung. Denn vor allem im Saarland, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen scheint sich in den Kommunen ein Sockelbestand an Kassenkrediten gebildet zu haben, der sich offenbar kaum noch abbauen lässt und stattdessen sukzessive anwächst. Für die Kreditmarktschulden der Kommunen gilt Ähnliches – auch wenn sich hier in den meisten Bundesländern kumuliert eine erfreuliche Entwicklung abzeichnet und eine investive Kreditverschuldung durchaus differenziert bewertet werden kann. Allerdings müssen neben den Kernhaushalten auch die Extrahaushalte der kommunalen Eigenbetriebe und Beteiligungen in den Blick genommen werden. Hier hat es in den vergangenen Jahren etliche Verschiebungen gegeben. In den Extrahaushalten verbergen sich deshalb nicht nur erhebliche Investitionsrückstände, sondern auch Verbindlichkeiten.

Im Bildungsbereich bestehen nach wie vor erhebliche Investitionsbedarfe. Dies gilt vor allem auch für die verpflichtende Implementierung des Inklusionsansatzes durch die Kommunen. Um den bereits entstandenen Umsetzungsrückstand in diesem Feld zu verringern, müssen sich die Bundesländer mit ihren jeweiligen Kommunen wohl auf eine angemessene Kostenteilung verständigen, auch um Kapazitäten für andere bildungspolitische Aufgaben – wie derzeit z. B. die Integration der Zuwanderer[51] – freizusetzen.

Investitionen im Bildungssystem sind mehr noch als Investitionen in anderen Infrastrukturbereichen besonders demografie- und quartiersensitiv. Das heißt, dass entsprechende Bedarfe regional und zum Teil sogar lokal sehr unterschiedlich in Abhängigkeit von der Bevölkerungsentwicklung variieren. Selbst wenn in den kommenden Jahren die Kapazitäten zum Teil massiv ausgeweitet werden müssen, dürfte es ab 2035 – zumindest nach den gegenwärtigen Prognosen – zu einem Rückgang der Schülerzahlen kommen. Eine reine Fortschreibung bisheriger Kapazitätsplanungen und Ausbaustandards ist deshalb nicht zielführend, da sonst langfristig hohe Remanenzkosten drohen. Dieses Beispiel verdeutlicht mithin, dass es in Zukunft auch auf kommunaler Ebene viel stärker die technologische Dimension von Infrastrukturbedarfe mitzudenken gilt. Inwieweit lassen sich also z. B. durch neue, modulare Technologien Gebäude für den öffentlichen Bedarf so konzipieren, dass sie flexibel über ihren Lebenszyklus nutzbar sind?

Neben Sachinvestitionen bedarf es im Bildungsbereich aber auch einer vorausschauenden Personalpolitik von Ländern und Kommunen. Denn angesichts der Altersstruktur im öffentlichen Dienst im Allgemeinen und im Bildungssystem im Besonderen, ist schon heute absehbar, dass in den kommenden Jahren nach der „Pensionierungswelle“ massive Einstellungen erforderlich werden, um das notwendige Angebot im formalen Bildungsbereich im bisherigen Umfang aufrecht zu erhalten – insbesondere, wenn die Schülerzahlen zunächst einmal durch die Zuwanderung steigen.

Der Schuldenaufwuchs stellt besonders für die Großstädte eine Herausforderung dar, die einen hohen Kassenkreditbestand aufweisen, gleichzeitig aber einem Haushaltssicherungskonzept unterliegen. Da diese Städte in ihrer jeweiligen Region zentralörtliche Funktionen für die umliegenden Kommunen wahrnehmen und aufgrund der Stadt-Umland-Problematik auch steuerlich im Nachteil sind, bleibt die Frage nach möglichen Instrumenten zum Abbau

[51] Vgl. Leifels, A. und J. Zeuner 2015

der hohen Verbindlichkeiten offen. Einen allgemein verbindlichen Königsweg gibt es hier wohl kaum. Ein Instrumentenmix, der den jeweiligen Verhältnissen vor Ort Rechnung trägt, scheint realistischer und Erfolg versprechender. Bestandteile könnten neben einer Neujustierung der kommunalen Finanzausgleichssysteme auch Entschuldungsfonds sowie weitere Konsolidierungsmaßnahmen und Auflagen sein.

Die Frage nach den Ursachen und Verantwortlichkeiten für die zum Teil schwierige Finanzlage einzelner Kommunen wird ebenfalls Gegenstand der politischen Debatte bleiben. Realistischer Weise erfordert die Lösung der Haushaltsprobleme der Gemeinden eine Mischung verschiedener Ansätze. Dazu muss nicht nur der Bund einen Beitrag leisten. Vielmehr sind es vor allem die Länder und die Kommunen selber, die aktiv an der Gesundung der Gemeindefinanzen mitwirken müssen. ■

Literatur

Albrecht, J., Fink, P. und H. Tiemann 2016: Ungleiches Deutschland 2016: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Arndt, W.-H. u. a. 2013: Kommunale Straßenbrücken – Zustand und Erneuerungsbedarf, in: Difu-Impulse, 6/2013, Berlin.

Bertelsmann Stiftung 2015: Kommunaler Finanzreport 2015, Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung 2014: Update Inklusion – Datenreport zu den aktuellen Entwicklungen, Gütersloh.

BMF 2015: Bund unterstützt Kommunen auf vielfältige Weise, in: Monatsbericht des BMF Dezember 2015, S. 9–20.

Bogumil, J., Holtkamp, L. Junkernheinrich, M. und U. Wagschal 2014: Ursachen kommunaler Haushaltsdefizite, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 55. Jhg., Heft 4, S. 614–647.

Brand, S. 2016: Kommunale Kassenkredite – trotz niedriger Zinsen keine Entwarnung, in: KfW Research Fokus Volkswirtschaft, Nr. 114, 25. Januar 2016

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) 2015: Kernindikatoren und Zielwerte einer nachhaltigen Raumentwicklung, Bonn.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) 2013: Der demografische Wandel. Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen? Dezembertagung des Arbeitskreises „Städte und Regionen“ der DGD in Kooperation mit dem BBSR am 6. und 7. Dezember 2012 in Berlin, Bonn.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.) 2012: Raumordnungsbericht 2011, Bonn.

Burth, A. 2016: Kommunale Kassenkredite. Online auf www.haushaltssteuerung.de (abgerufen am 14. April 2016).

Deutscher Landkreistag 2016: Schuldenstand der Kommunen zum Ende des Berichtszeitraums, Stand: 28.04.2016.

Deutscher Landkreistag 2015: Zielgenaue Stärkung der Kommunalfinanzen herbeiführen. Kreisfinanzen 2014/2015, in: Der Landkreis. Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung, 85. Jhg., September 2015.

Deutscher Städtetag 2016: Deutscher Städtetag zum Kabinettsbeschluss für Haushaltsplanung des Bundes: Kommunen brauchen deutlich mehr Unterstützung, um Aufgaben der Integration zu bewältigen, Pressemitteilung vom 23. März 2016, Berlin.

Deutscher Städtetag 2015 (a): Herausforderung Flüchtlinge – Integration ermöglichen. Schlaglichter aus dem Gemeindefinanzbericht 2015 des Deutschen Städtetages, Berlin.

Deutscher Städtetag 2015 (b): Gemeindefinanzbericht 2015, Berlin.

Deutscher Städtetag 2014: Gemeindefinanzbericht 2014, Berlin.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) 2015: Öffentliche Investitionen, in: DIW-Wochenbericht 43/2015, Berlin.

ECB 2016: Statistics Bulletin – Euro Area Statistics Online, Page last updated on 11-04 2016.

Hummel, C.-A. und M. Thöne 2016: Finanzierung der Flüchtlingspolitik. Für eine ausgewogene Finanzierung der Flüchtlingsleistungen bei Bund, Ländern und Kommunen. Studie für die Robert-Bosch-Stiftung, Köln.

Institut für den öffentlichen Sektor 2013: Kommunale Entschuldungsprogramme der Bundesländer, in: Public Governance, Winter 2013.

Junkernheinrich, M., Korioth, S., Lenk, T., Scheller, H. und M. Woisin, (Hrsg.) 2016: Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2016, Berlin.

Keilmann, U. und M. Gnädinger, 2014: Konsolidierungspläne und -wirklichkeiten beim Kommunalen Schutzschirm Hessen, Junkernheinrich, M., Korioth, S., Lenk, T., Scheller, H. und M. Woisin (Hrsg.) 2014: Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2014, Berlin, S. 443- 464.

KfW Bankengruppe 2015: KfW-Kommunalpanel 2015. Frankfurt am Main.

Klemm, K. 2012: Zusätzliche Ausgaben für ein inklusives Schulsystem in Deutschland. Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

Kuban, M. 2013: Kommunen – Ausfallbürgen für Defizite staatlicher Sozial-, Bildungs- und Familienpolitik, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2013: Städte in Not. Wege aus der Schuldenfalle, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Kunert, U. und H. Link, 2013: Verkehrsinfrastruktur: Substanzerhaltung erfordert deutlich höhere Investitionen, in: DIW (Hrsg.), 2013: Investitionen für mehr Wachstum – Eine Zukunftsagenda für Deutschland, DIW-Wochenbericht 26/2013, Berlin.

Leifels, A. und J. Zeuner 2015: Flüchtlingszuwanderung erfordert Investitionen in Wohnungen, Schulen und Köpfe, in: KfW-Research: Fokus Volkswirtschaft, Nr. 108, 10. November 2015.

Maretzke, S. 2006: Regionale Disparitäten – eine bleibende Herausforderung, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/2006, S. 473–484.

Markert, H. und M. Junkernheinrich 2015: Kommunalfinanzen im Jahr 2014: Disparitäten der Haushaltsentwicklung und Investitionstätigkeit, in: Junkernheinrich, M., Korioth, S., Lenk, T., Scheller, H. und M. Woisin (Hrsg.) 2015: Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2015. Berlin, S. 445–472.

Regionalverband Ruhr 2015: Kommunalfinanzberich Metropole Ruhr. Konsolidierungsrisiken durch Sozialausgaben und Altlasten. Essen

Reidenbach, M. 2008: Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen. Ausmaß, Ursachen, Folgen und Strategien. Edition Difu, Berlin.

Rietzler, K., 2014: Kommunales Eigentum: 42 Mrd. EUR Substanzverlust seit 2003, Pressemeldung des IMK vom 06.03.2014.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) 2015: „Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt“, Jahresgutachten 2015/16. Wiesbaden.

Schäfer, S. und H. Zimmermann 2011: Ausgabenvergleich zwischen Bundesländern. Die Rolle des Kommunalisierungsgrades, in: Wirtschaftsdienst, 91. Jhg, Heft 4, S. 249–256.

Scheller, H. 2015: Föderale Investitionspolitik – Dilemma zwischen Schuldenbremse und Europäischen Koordinationserfordernissen?, in: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung (Hrsg.) 2015: Jahrbuch des Föderalismus 2015, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Statistisches Bundesamt 2016 (a): Finanzen und Steuern. Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen, Gesamthaushalts 1.–4. Vierteljahr 2015, Wiesbaden: 3. Mai 2016.

Statistisches Bundesamt 2016 (b): Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts – Kernhaushalte und Extrahaushalte, Schulden nach Arten und Ländern, Stichtag: 31.12.2015.

Statistisches Bundesamt 2016 (c): Kommunale Finanzen 2015 mit einem Überschuss von 3,2 Milliarden Euro, Pressemitteilung vom 30. März 2016, 111/16.

Statistisches Bundesamt 2016 (d): Öffentliche Schulden im 4. Quartal 2015 um 22,7 Milliarden Euro gesunken, Pressemitteilung vom 22. März 2016, 106/16.

Statistisches Bundesamt 2016 (e): Vierteljährliche Kassenergebnisse der kommunalen Haushalte. Eckwerte der Gemeinden / Gv. nach Ländern, Kern- und Extrahaushalte, Wiesbaden März 2016.

Statistisches Bundesamt 2015 (a): Höhe der Schulden der Länder und Gemeinden / Gemeindeverbände je Einwohner in Deutschland nach Bundesländern (Stand: 31. Dezember 2014), in: Finanzen und Steuern – Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts 2014, Fachserie 14 Reihe 2 Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt 2015 (b): Vierteljährliche Kassenergebnisse des Öffentlichen Gesamthaushalts, in: Finanzen und Steuern, Fachserie 14 Reihe 2. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt 2015 (c): Daten aus dem Gemeindeverzeichnis – Bundesländer mit Hauptstädten nach Fläche und Bevölkerung auf Grundlage des ZENSUS 2011 und Bevölkerungsdichte, Gebietsstand: 31.12.2014, Erscheinungsmonat: Dezember 2015.

Statistisches Bundesamt 2015 (d): Sozialhilfeausgaben im Jahr 2014 um 5,9 % gestiegen, Pressemitteilung Nr. 393 vom 23.10.2015.

Statistisches Bundesamt 2014: Finanzen und Steuern. Realsteuervergleich - Realsteuern, kommunale Einkommen- und Umsatzsteuerbeteiligungen – 2013. Fachserie 14 Reihe 10.1, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt 2013: Statistik der Sozialhilfe-Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, Wiesbaden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2007: Index der kommunalen Finanzausstattung. Ein länderübergreifender Vergleich der Finanzausstattung der Kommunen, in: Statistische Analyse No. 5/2007.

Anhang 1: Methoden

Gegenstand der Erhebung und Erkenntnisziele

Um das Profil des KfW-Kommunalpanels zu schärfen, wurde die Befragung 2014 erstmalig als echte „Panelbefragung“ (Befragung der gleichen Kommunen über mehrere Jahre hinweg) organisiert. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, methodische Schwächen früherer Erhebungen durch flankierende Maßnahmen zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Zu den methodischen Schwächen gehörten zum einen die geringen Fallzahlen der Nettostichproben und zum anderen die begrenzte Vergleichbarkeit der Ergebnisse durch die eingeschränkte Repräsentativität der Befragungsdaten sowie durch unterschiedliche Befragungszeitpunkte. Eine wichtige Gegenmaßnahme war in diesem Zusammenhang die Durchführung einer informierenden und von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützten „Vorabbefragung“ zur Erhöhung der Teilnahmebereitschaft der Kommunen. Weiterhin wurde der Bruttoansatz der KfW-Stichprobe für kleinere Städte und Gemeinden gegenüber früheren Befragungen mehr als verdoppelt.

Wie bereits in früheren Erhebungen enthielt auch der Fragebogen für das KfW-Kommunalpanel 2016 (Welle 2) aus Gründen der Vergleichbarkeit in großen Teilen die Themenblöcke und Fragen der Vorjahresbefragungen, ein größerer Fragenkomplex beschäftigte sich erstmalig mit dem Schwerpunktthema „Bildung, Schule und Inklusion“ (vgl. Fragebogen im Anhang). Folgende Themenfelder wurden dabei im Einzelnen untersucht:

- Investitionen, darunter Investitionsbereiche und -rückstand
- Investitionsfinanzierung und Finanzierungsbedingungen
- Verschuldung, darunter Kassenkredite
- Aktuelle und kurzfristig absehbare finanzielle Lage der Kommunen
- Bildung, Schule und Inklusion (Sonderthema).

Umfragedesign, Erhebungsgesamtheit und Adressaten

Für die Befragung wurde ein überwiegend standardisierter Fragebogen entwickelt und mit dem Auftraggeber, der KfW Bankengruppe, dem wissenschaftlichen Beirat des Projekts (Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Technische Universität Kaiserslautern und Prof. Dr. Thomas Lenk, Universität Leipzig), den kommunalen Spitzenverbänden sowie den kommunalen Vertretern des Panelbeirats abgestimmt. Der Fragebogen wurde dabei technisch und thematisch an den Zielstellungen einer Mehrfachbefragung („Panel“) ausgerichtet und umfasste 2015 acht Seiten mit insgesamt 17 Fragen.

Die Befragung wurde postalisch – sowie wahlweise papierlos mittels PDF-Formular – durchgeführt. Damit wurde auch 2015 im Rahmen der 2. Panelbefragung die Systematik der Vorjahresbefragungen erhalten. Zudem hat sich diese Methode gegenüber anderen Befragungsformen (z. B. Online-Survey) bei einem so komplexen Fragebogen wie diesem, für die Bearbeitung als die geeignetste erwiesen.

Die Grundgesamtheit der zweiten Panelerhebung umfasste – wie auch bei den Vorjahresbefragungen – alle Städte und Gemeinden mit mehr als 2.000 Einwohnern sowie alle Landkreise. Auf eine Befragung der Stadtstaaten wurde verzichtet, da die Strukturen und damit die zu erwartenden Angaben nicht vergleichbar sind. Befragt wurden:

- eine nach Einwohnergröße und nach Bundesländern geschichtete Stichprobe von Städten und Gemeinden mit 2.000 bis unter 20.000 Einwohnern,
- alle Groß- und Mittelstädte mit mehr als 20.000 Einwohnern (Vollerhebung) sowie
- alle Landkreise.

Tabelle 2: Grundgesamtheit, Stichprobe und Rücklauf 2013 bis 2015

Einwohnergrößenklassen: Städte / Gemeinden und Landkreise	Grundgesamtheit 2013*	Bruttostichprobe 2014 (Welle 1)	Rücklauf 2014 absolut (Welle 1)	Rücklauf 2014 in Prozent (Welle 1)	Panelstichprobe 2015 (Welle 2)	Rücklauf 2015 absolut (Welle 2)	Rücklauf 2015 in Prozent (Welle 2)
2.000 bis unter 20.000	4.520	2.803	210	8 %	934	238	26 %
20.000 bis unter 50.000	513	513	95	19 %	97	65	67 %
50.000 und mehr	183	183	68	37 %	66	48	73 %
Landkreise	292	292	102	35 %	98	74	76 %
Summe	**5.508**	**3.791**	**475**	**13 %**	**1.195**	**425**	**36 %**

Quelle: Difu-Kommunaldatenbank, 2013[1]

Adressaten der Umfrage waren jeweils die Kämmerer bzw. Finanzverantwortlichen der Landkreise, Städte und Gemeinden. Zur Vorbereitung der ersten Haupterhebung (Welle 1) wurde mit Unterstützung der kommunalen Spitzenverbände Ende Juli 2014 zur Information und zur Bewerbung eine „Vorabbefragung" unter den Kommunen der Bruttostichprobe durchgeführt. Die eigentliche Befragung der ersten Panelwelle fand während eines zehnwöchigen Zeitraums zwischen Ende Oktober und Ende Dezember 2014 statt. Zur Erhöhung des Rücklaufs wurde Ende November eine schriftlich-postalische Nachfassaktion gestartet; Mitte Dezember 2014 wurde darüber hinaus ein Email-Reminder an nicht-teilnehmende Kommunen verschickt.

Zur Erhöhung der Zahl teilnehmender Kommunen wurde während der laufenden Erhebung der ersten Panelwelle die Bruttostichprobe für kleinere Städte und Gemeinden zwischen 2.000 und unter 20.000 Einwohnern von 1.800 auf rund 2.800 Kommunen erhöht (vgl. Tabelle 2). Weiterhin wurde größeren Kommunen 2014 das Angebot unterbreitet, anstelle in der (mehrjährigen) Panelbefragung lediglich einmalig an der KfW-Studie mitzuwirken. Durch dieses Angebot konnten im Rahmen der ersten Panelwelle zusätzlich über 60 Landkreise, Städte und Gemeinden für eine (einmalige) Teilnahme an der Befragung gewonnen werden.

Dieses relativ komplexe Auswahldesign war nötig, um den unerwartet hohen Ausfall unter den kontaktierten Befragungsteilnehmern bereits in der ersten Panelwelle zumindest teilweise zu kompensieren und die fallzahlbezogenen Anforderungen zur Durchführung der zweiten Panelwelle 2015 zu verbessern.

Die Datenerhebung der zweiten Panelwelle wurde 2015 im Zeitraum zwischen Ende August und Ende September organisiert. Zur Steigerung der Rücklaufquote wurde im Rahmen einer postalischen Nachfassaktion die Bearbeitungszeit noch ausstehender Fragebögen bis Ende Oktober 2015 verlängert. Die letzten Fragebögen wurden Mitte November in den Datensatz integriert.

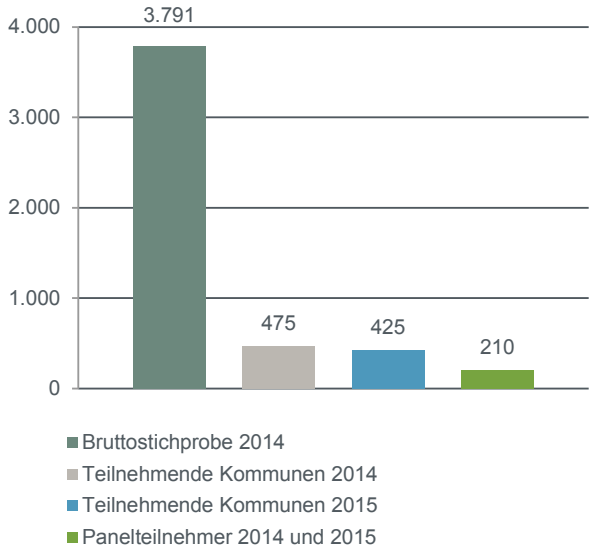
Aufgrund der Erfahrungen bei der Durchführung der ersten Panelerhebung bezüglich der Teilnahmebereitschaft einzelner kommunaler Teilgruppen wurde für die zweite Befragungswelle die Gruppe kleinerer Kommunen (2.000 bis unter 20.000 Einwohner) durch eine neue bundesweite Teilstichprobe von 750 Gemeinden vorab verstärkt. Zusammen mit den 184 teilnehmenden Gemeinden aus der ersten Panelbefragung wurden 2015 somit insgesamt 934 kleinere Gemeinden kontaktiert. Da bereits in der ersten Befragung alle größeren Städte sowie Landkreise zur Teilnahme an der Befragung gebeten wurden, war für diese Gruppen der mögliche Auswahlumfang für 2015 bereits ausgeschöpft.

Unter Beachtung der Tatsache, dass an der zweiten Panelbefragung – mit Ausnahme kleinerer Gemeinden – nur Kommunen teilnahmen, die bereits 2014 an der Umfrage des KfW-Panels beteiligt waren und sich zur Mitarbeit an der zweiten Befragung bereit erklärt hatten, liegen die einzelnen Rücklaufquoten 2015 erwartungsgemäß deutlich über denen der ersten Erhebung (vgl. Tabelle 2).[52] Gleichwohl ist im Rahmen der zweiten Panelbefragung ein weiterer und durchaus messbarer Ausfall zu erkennen, der die Möglichkeiten tiefer gehender Analysen begrenzt. Dabei ist zu beachten, dass sich die Ge-

[52] Berücksichtigt man für kleinere Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern ausschließlich die Panelteilnehmer aus dem Jahr 2014, so ergibt sich für diese Teilgruppe eine Rücklaufquote von 62 %.

samtzahl von 425 an der zweiten Panelbefragung teilnehmenden Kommunen keineswegs nur auf Kommunen bezieht, die an beiden Befragungen teilgenommen haben und mit ihren Angaben folglich für Längsschnittuntersuchungen zur Verfügung stehen.

Grafik 22: Entwicklung zentraler Fallzahlen des KfW-Kommunalpanels bis 2015



Quelle: KfW-Kommunalpanel, durchgeführt vom Difu

Der diesbezügliche Ausfall im Rahmen des KfW-Panels wird durch Grafik 22 deutlich: Zwar ist es einerseits mit großem Aufwand (Nachfassaktionen, Ergänzungsstichproben) jeweils gelungen, die Ausfallquoten der beiden ersten Panelerhebungen zu begrenzen und die Fallzahlen für Querschnittsuntersuchungen bei über 400 zu stabilisieren. Andererseits liegt die Fallzahl „echter" Panelkommunen bereits nach zwei Panelwellen nur noch wenig über 200, was tiefergehenden Längsschnittanalysen Grenzen setzt. Die methodischen Schwierigkeiten ergeben sich dabei sowohl fallzahlbedingt bei der Verlaufsanalyse von Teilgruppen als auch durch strukturelle Verzerrungen der Längsschnittpopulation im Gesamtbefund.

Die Erfahrungen des Difu mit Kommunalumfragen bestätigen, dass der Rücklauf bei schriftlichen Befragungen über die Jahre stetig zurückgeht. Das hat unter anderem mit der steigenden Anzahl von Kommunalumfragen und mit den hohen Arbeitsbelastungen in den Kommunalverwaltungen zu tun. Das vorliegende Ergebnis dokumentiert trotz des intensiven Einsatzes teilnahmefördernder Maßnahmen deshalb einerseits zwar die allgemein nachlassende Teilnahmebereitschaft bei Kommunalbefragungen, entspricht andererseits jedoch der Rücklaufquote früherer KfW-Befragungen. Die Voraussetzungen für belastbare Längsschnittuntersuchungen werden zwar durch die bisherigen Ausfallquoten eingeschränkt. Nichts desto trotz generiert das KfW-Kommunalpanel Daten und Aussagen, die für weiterführende politische und wissenschaftliche Diskussionen hinreichende Anknüpfungspunkte liefert.

Erfassung, Aufbereitung und Auswertung der Daten

Nach Abschluss der zweiten Panelbefragung wurden die Fragebögen elektronisch erfasst und die eingescannten Daten auf Plausibilität geprüft. Zudem wurden die numerischen Angaben (Angaben in Euro und Prozentwerte) Extremwert- und Ausreißertests unterzogen. Für weiter gehende Analysen wurden – wie in den Vorjahren – mehrere Strukturvariablen mit berücksichtigt. Hierzu gehörten:

- die Einwohnergrößenklasse,
- die regionale Lage in Ost- und Westdeutschland sowie die
- Steuerkraft.

Übersicht Strukturvariablen

Einwohnergrößenklasse

Für die Berücksichtigung der Gemeindegröße wurden vier Klassen gebildet (GKL): GKL 1: Gemeinden mit 2.000 bis unter 5.000 Einwohnern, GKL 2: Gemeinden mit 5.000 bis unter 20.000 Einwohnern, GKL 3: Gemeinden mit 20.000 bis unter 50.000 Einwohnern, GKL 4: Mittlere und Großstädte mit über 50.000 Einwohnern.

West- und ostdeutsche Bundesländer

Da die Rahmenbedingungen und Strukturdaten einzelner Bundesländer oft unterschiedlich sind, wurde auf eine nach Ländern differenzierende Analyse verzichtet. Als eine Gruppierungsvariable kam in diesem Zusammenhang jedoch die Unterscheidung zwischen west- und ostdeutschen Bundesländern zur Anwendung, um die Sonderbedingungen der neuen Bundesländer sowohl in der Infrastrukturausstattung wie in den Finanzierungsbedingungen zu berücksichtigen.

Steuerkraft
Zur Berechnung der Steuerkraft wurden Daten des Realsteuervergleichs des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2013 verwendet (Statistisches Bundesamt 2014). Die Variable „Steuerkraft“ setzt sich zusammen aus den Pro-Kopf-Einnahmen aus Grundsteuer, den Gemeindeanteilen an Einkommenssteuer und Umsatzsteuer sowie den Gewerbesteuereinnahmen abzüglich Umlage. Basierend auf den Pro-Kopf-Einnahmen wurden die Gemeinden den Kategorien „geringe Steuerkraft“ (weniger als 80 % der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einnahmen) „hohe Steuerkraft“ (mehr als 120 % der durchschnittlichen Pro-Kopf-Einnahmen) und „mittlere Steuerkraft“ (für die übrigen Werte) zugeordnet. Für die Landkreise wurde eine solche Betrachtung nicht vorgenommen, da deren Einnahmen eine andere Struktur aufweisen.

In der Analyse wurde bei allen relevanten Fragen geprüft, ob sich das Antwortverhalten der Kommunen nach einzelnen Strukturmerkmalen unterscheidet. Auf signifikante Unterschiede wird im Text eingegangen.

Hochrechnungsmethodik

Die Hochrechnungen für Investitionsvolumina und Investitionsrückstand beziehen sich immer auf Städte, Gemeinden (mit mehr als 2.000 Einwohnern) und Landkreise insgesamt. Die Hochrechnungsmethode basiert auf den Pro-Kopf-Mittelwerten der einzelnen Größenklassen je Investitionsbereich. Die mittleren Pro-Kopf-Investitionen wurden dazu jeweils mit der Einwohnerzahl der Kommunen der entsprechenden Kategorie (Größenklasse oder Landkreise) in Deutschland multipliziert.

Nicht alle Kommunen, die an der Befragung teilgenommen haben, haben auch Angaben zu ihren Investitionen oder den Investitionsrückständen in den einzelnen Bereichen gemacht. Es ist nicht auszuschließen, dass das unterschiedliche Antwortverhalten zu Verzerrungen in den Ausgangsdaten führt, die durch die Hochrechnung verstärkt werden.

Zur Einordnung der Ergebnisse

Im Unterschied zu anderen Studien, die den kommunalen Investitionsrückstand thematisieren[53], basiert der im KfW-Kommunalpanel ermittelte Investitionsrückstand[54] auf Einschätzungen der Befragten. Nicht alle Kommunen besitzen dazu belastbare Zahlen. Trotzdem hat die gewählte Vorgehensweise einen großen Vorteil: Die Befragten berücksichtigen bei ihren Angaben unter anderem auch aktuelle Schwerpunkte der politischen Diskussion, beispielsweise zu Themen wie Energiewende oder Inklusion sowie veränderte Bedarfsstrukturen, z. B. im Zusammenhang mit der Informationsinfrastruktur, lange bevor diese in Gesetzen und Normen ihren Niederschlag finden. Andere Aspekte wie z. B. veränderte Standards bei der kommunalen Infrastruktur oder der demografische Wandel fließen ebenfalls in die Einschätzung mit ein. Es ist anzunehmen, dass dabei auch zukünftige Entwicklungen vorweggenommen werden. In den Angaben steckt insofern ein gewisser Anteil an „befürchtetem“ Investitionsstau, der noch nicht real ist, sich aber bereits deutlich abzeichnet.

Damit geben die Befragungsergebnisse nicht nur Hinweise darauf, in welchen Bereichen bereits ein Investitionsstau besteht. Insbesondere die Veränderungen im Zeitverlauf zeigen, wo sich politische und gesellschaftliche Schwerpunkte verändern und in welchen Bereichen durch gezielte zusätzliche Investitionen eine drohende Zunahme des Investitionsrückstandes abgemildert werden konnte.

Darüber hinaus ermöglichen die Befragungsdaten die Suche nach Zusammenhängen und geben Hinweise auf Ursache-Wirkungs-Beziehungen. Ein Nachteil ist mit dieser Vorgehensweise jedoch auch verbunden: Einschätzungen geben die Realität mit einer gewissen Unschärfe wieder. Insbesondere quantitative Bewertungen sind schwierig und können trotz unveränderter Sachlage zu Schwankungen beim Ergebnis führen. Aus diesem Grund werden im Bericht qualitative Einschätzungen und quantitative Bewertungen nebeneinander betrachtet und aneinander gespiegelt.

[53] Vgl. beispielsweise Reidenbach, M. 2008 sowie Kunert U. und H. Link 2013 und Rietzler, K. 2014.

[54] Definition: Ein Investitionsrückstand ist dadurch beschrieben, dass Investitionsbedarf der Vergangenheit nicht ausreichend befriedigt wurde / werden konnte. Ein gravierender Rückstand beeinträchtigt die kommunale Aufgabenwahrnehmung im entsprechenden Aufgabenbereich erheblich.

Anhang 2: Tabellenband

Tabelle 1: Frage 1 "In welchen Bereichen sehen Sie in Ihrer Kommune insgesamt einen Investitionsrückstand? Wie hoch schätzen Sie diesen ein?"

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Straßen und Verkehrsinfrastruktur	Gravierender Rückstand	19	18,1 %	25	20,0 %	5	7,8 %	9	19,6 %	9	13,2 %	67	16,4 %
	Nennensw erter Rückstand	54	51,4 %	72	57,6 %	36	56,3 %	32	69,6 %	44	64,7 %	238	58,3 %
	Geringer oder kein Rückstand	32	30,5 %	28	22,4 %	23	35,9 %	5	10,9 %	15	22,1 %	103	25,2 %
	Weiß nicht	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
ÖPNV	Gravierender Rückstand	2	3,0 %	1	1,3 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	3	1,1 %
	Nennensw erter Rückstand	10	14,9 %	10	12,8 %	5	11,9 %	8	21,6 %	7	15,2 %	40	14,8 %
	Geringer oder kein Rückstand	52	77,6 %	58	74,4 %	32	76,2 %	23	62,2 %	34	73,9 %	199	73,7 %
	Weiß nicht	3	4,5 %	9	11,5 %	5	11,9 %	6	16,2 %	5	10,9 %	28	10,4 %
Öffentliche Verw altungsgebäude	Gravierender Rückstand	11	11,2 %	5	4,1 %	6	9,7 %	6	13,0 %	1	1,5 %	29	7,3 %
	Nennensw erter Rückstand	29	29,6 %	42	34,4 %	15	24,2 %	24	52,2 %	30	44,1 %	140	35,4 %
	Geringer oder kein Rückstand	58	59,2 %	75	61,5 %	40	64,5 %	16	34,8 %	37	54,4 %	226	57,1 %
	Weiß nicht	0	0,0 %	0	0,0 %	1	1,6 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,3 %
Energieerzeugung und -versorgung	Gravierender Rückstand	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Nennensw erter Rückstand	4	6,8 %	3	4,0 %	2	4,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	9	3,8 %
	Geringer oder kein Rückstand	49	83,1 %	60	80,0 %	28	68,3 %	27	77,1 %	22	81,5 %	186	78,5 %
	Weiß nicht	6	10,2 %	12	16,0 %	11	26,8 %	8	22,9 %	5	18,5 %	42	17,7 %
Abfallw irtschaft	Gravierender Rückstand	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	2,3 %	1	0,4 %
	Nennensw erter Rückstand	0	0,0 %	0	0,0 %	1	3,3 %	0	0,0 %	2	4,5 %	3	1,3 %
	Geringer oder kein Rückstand	55	91,7 %	44	71,0 %	21	70,0 %	28	82,4 %	36	81,8 %	184	80,0 %
	Weiß nicht	5	8,3 %	18	29,0 %	8	26,7 %	6	17,6 %	5	11,4 %	42	18,3 %
Wasserversorgung und Abw asserentsorgung	Gravierender Rückstand	15	17,6 %	12	10,9 %	0	0,0 %	1	2,6 %	0	0,0 %	28	9,2 %
	Nennensw erter Rückstand	31	36,5 %	42	38,2 %	9	17,6 %	5	13,2 %	0	0,0 %	87	28,4 %
	Geringer oder kein Rückstand	37	43,5 %	50	45,5 %	38	74,5 %	25	65,8 %	16	72,7 %	166	54,2 %
	Weiß nicht	2	2,4 %	6	5,5 %	4	7,8 %	7	18,4 %	6	27,3 %	25	8,2 %
Schulen (inkl. Erw achsenenbildung)	Gravierender Rückstand	6	6,6 %	6	5,4 %	7	11,5 %	8	17,8 %	11	15,9 %	38	10,1 %
	Nennensw erter Rückstand	23	25,3 %	45	40,5 %	23	37,7 %	24	53,3 %	43	62,3 %	158	41,9 %
	Geringer oder kein Rückstand	60	65,9 %	56	50,5 %	28	45,9 %	13	28,9 %	15	21,7 %	172	45,6 %
	Weiß nicht	2	2,2 %	4	3,6 %	3	4,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	9	2,4 %
Kinderbetreuung	Gravierender Rückstand	2	2,1 %	1	0,8 %	1	1,6 %	2	4,7 %	0	0,0 %	6	1,7 %
	Nennensw erter Rückstand	16	16,8 %	24	20,2 %	13	20,6 %	17	39,5 %	0	0,0 %	70	20,3 %
	Geringer oder kein Rückstand	76	80,0 %	94	79,0 %	48	76,2 %	24	55,8 %	21	84,0 %	263	76,2 %
	Weiß nicht	1	1,1 %	0	0,0 %	1	1,6 %	0	0,0 %	4	16,0 %	6	1,7 %
Kultur	Gravierender Rückstand	0	0,0 %	1	1,2 %	1	1,9 %	3	6,8 %	1	2,9 %	6	2,2 %
	Nennensw erter Rückstand	9	14,3 %	10	11,8 %	7	13,5 %	19	43,2 %	5	14,7 %	50	18,0 %
	Geringer oder kein Rückstand	51	81,0 %	65	76,5 %	42	80,8 %	22	50,0 %	23	67,6 %	203	73,0 %
	Weiß nicht	3	4,8 %	9	10,6 %	2	3,8 %	0	0,0 %	5	14,7 %	19	6,8 %
Sportstätten und Bäder	Gravierender Rückstand	6	6,5 %	10	8,3 %	6	9,5 %	6	13,3 %	2	4,8 %	30	8,3 %
	Nennensw erter Rückstand	29	31,5 %	50	41,7 %	20	31,7 %	22	48,9 %	17	40,5 %	138	38,1 %
	Geringer oder kein Rückstand	56	60,9 %	58	48,3 %	36	57,1 %	17	37,8 %	21	50,0 %	188	51,9 %
	Weiß nicht	1	1,1 %	2	1,7 %	1	1,6 %	0	0,0 %	2	4,8 %	6	1,7 %
Gesundheitsinfrastruktur	Gravierender Rückstand	0	0,0 %	2	3,4 %	0	0,0 %	3	10,7 %	5	10,9 %	10	4,8 %
	Nennensw erter Rückstand	2	4,1 %	5	8,6 %	0	0,0 %	4	14,3 %	14	30,4 %	25	12,0 %
	Geringer oder kein Rückstand	41	83,7 %	31	53,4 %	16	59,3 %	11	39,3 %	22	47,8 %	121	58,2 %
	Weiß nicht	6	12,2 %	20	34,5 %	11	40,7 %	10	35,7 %	5	10,9 %	52	25,0 %
Wohnungsw irtschaft	Gravierender Rückstand	5	7,1 %	6	6,8 %	3	7,0 %	1	2,6 %	0	0,0 %	15	5,7 %
	Nennensw erter Rückstand	19	27,1 %	38	43,2 %	12	27,9 %	14	35,9 %	2	9,1 %	85	32,4 %
	Geringer oder kein Rückstand	42	60,0 %	33	37,5 %	21	48,8 %	12	30,8 %	15	68,2 %	123	46,9 %
	Weiß nicht	4	5,7 %	11	12,5 %	7	16,3 %	12	30,8 %	5	22,7 %	39	14,9 %
Informationsinfrastruktur	Gravierender Rückstand	15	18,1 %	3	2,9 %	1	1,9 %	1	2,4 %	1	2,2 %	21	6,5 %
	Nennensw erter Rückstand	33	39,8 %	39	38,2 %	9	17,3 %	9	21,4 %	13	28,9 %	103	31,8 %
	Geringer oder kein Rückstand	33	39,8 %	52	51,0 %	35	67,3 %	26	61,9 %	28	62,2 %	174	53,7 %
	Weiß nicht	2	2,4 %	8	7,8 %	7	13,5 %	6	14,3 %	3	6,7 %	26	8,0 %
Sonstiges	Gravierender Rückstand	4	21,1 %	4	12,9 %	0	0,0 %	1	14,3 %	0	0,0 %	9	11,3 %
	Nennensw erter Rückstand	3	15,8 %	6	19,4 %	2	20,0 %	2	28,6 %	2	15,4 %	15	18,8 %
	Geringer oder kein Rückstand	9	47,4 %	5	16,1 %	4	40,0 %	2	28,6 %	8	61,5 %	28	35,0 %
	Weiß nicht	3	15,8 %	16	51,6 %	4	40,0 %	2	28,6 %	3	23,1 %	28	35,0 %
Insgesamt	Gravierender Rückstand	3	6,4 %	1	1,7 %	2	6,3 %	1	5,0 %	3	8,6 %	10	5,2 %
	Nennensw erter Rückstand	27	57,4 %	28	48,3 %	8	25,0 %	16	80,0 %	23	65,7 %	102	53,1 %
	Geringer oder kein Rückstand	16	34,0 %	28	48,3 %	21	65,6 %	3	15,0 %	9	25,7 %	77	40,1 %
	Weiß nicht	1	2,1 %	1	1,7 %	1	3,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %	3	1,6 %

Tabelle 2: Frage 1 "In welchen Bereichen sehen Sie in Ihrer Kommune insgesamt einen Investitionsrückstand*? Wie hoch schätzen Sie diesen ein?"

Angaben in Mio. Euro

	Einwohnergrößenklassen											
	2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Straßen und Verkehrsinfrastruktur	112	447,44	128	421,48	65	372,85	47	421,33	73	114,77	425	362,82
ÖPNV	112	3,34	128	3,29	65	8,37	47	0,95	73	11,69	425	5,95
Öffentliche Verwaltungsgebäude	112	74,40	128	111,24	65	126,38	47	135,98	73	58,56	425	98,00
Energieerzeugung und -versorgung	112	32,09	128	19,89	65	38,30	47	0,00	73	0,00	425	22,86
Abfallwirtschaft	112	2,80	128	0,00	65	0,00	47	5,74	73	6,63	425	2,68
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	112	736,77	128	416,29	65	163,47	47	93,97	73	0,00	425	469,06
Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	112	231,46	128	272,08	65	239,55	47	450,50	73	219,22	425	255,90
Kinderbetreuung	112	52,73	128	87,45	65	45,68	47	69,07	73	0,64	425	65,30
Kultur	112	70,45	128	25,16	65	47,21	47	123,87	73	2,98	425	49,64
Sportstätten und Bäder	112	236,31	128	206,77	65	135,00	47	119,50	73	28,55	425	177,11
Gesundheitsinfrastruktur	112	0,00	128	102,96	65	43,33	47	0,00	73	174,28	425	91,12
Wohnungswirtschaft	112	98,94	128	105,87	65	80,90	47	111,01	73	28,78	425	94,18
Informationsinfrastruktur	112	316,41	128	131,41	65	32,08	47	33,08	73	35,98	425	151,69
Sonstiges	112	208,26	128	236,45	65	63,12	47	191,50	73	10,07	425	168,83
Insgesamt	112	1.443,55	128	1.319,35	65	1.099,57	47	1.679,34	73	468,85	425	1.174,81

Tabelle 3: Frage 2 "Inwieweit konnten Sie die laufende Unterhaltung in den genannten Infrastrukturbereichen im Durchschnitt der letzten fünf Jahre im notwendigen Umfang gewährleisten?"

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Straßen und Verkehrsinfrastruktur	Vollständig	7	6,4 %	7	5,5 %	3	4,8 %	0	0,0 %	9	12,9 %	26	6,2 %
	Weit gehend	37	33,9 %	40	31,3 %	22	34,9 %	10	21,3 %	28	40,0 %	137	32,9 %
	Teilw eise	39	35,8 %	48	37,5 %	29	46,0 %	31	66,0 %	26	37,1 %	173	41,5 %
	Nur in geringem Umfang	26	23,9 %	33	25,8 %	9	14,3 %	6	12,8 %	7	10,0 %	81	19,4 %
	Gar nicht	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
ÖPNV	Vollständig	7	13,0 %	15	21,1 %	10	27,8 %	5	14,7 %	12	27,3 %	49	20,5 %
	Weit gehend	27	50,0 %	34	47,9 %	15	41,7 %	21	61,8 %	23	52,3 %	120	50,2 %
	Teilw eise	9	16,7 %	10	14,1 %	7	19,4 %	6	17,6 %	8	18,2 %	40	16,7 %
	Nur in geringem Umfang	6	11,1 %	3	4,2 %	2	5,6 %	1	2,9 %	1	2,3 %	13	5,4 %
	Gar nicht	5	9,3 %	9	12,7 %	2	5,6 %	1	2,9 %	0	0,0 %	17	7,1 %
Öffentliche Verw altungsgebäude	Vollständig	22	21,8 %	33	26,6 %	8	12,7 %	2	4,3 %	11	16,7 %	76	19,0 %
	Weit gehend	40	39,6 %	40	32,3 %	28	44,4 %	13	27,7 %	27	40,9 %	148	36,9 %
	Teilw eise	11	10,9 %	30	24,2 %	13	20,6 %	20	42,6 %	19	28,8 %	93	23,2 %
	Nur in geringem Umfang	22	21,8 %	19	15,3 %	12	19,0 %	11	23,4 %	9	13,6 %	73	18,2 %
	Gar nicht	6	5,9 %	2	1,6 %	2	3,2 %	1	2,1 %	0	0,0 %	11	2,7 %
Energieerzeugung und -versorgung	Vollständig	11	25,0 %	15	24,2 %	8	25,0 %	8	32,0 %	8	42,1 %	50	27,5 %
	Weit gehend	15	34,1 %	28	45,2 %	14	43,8 %	17	68,0 %	9	47,4 %	83	45,6 %
	Teilw eise	7	15,9 %	9	14,5 %	6	18,8 %	0	0,0 %	1	5,3 %	23	12,6 %
	Nur in geringem Umfang	5	11,4 %	2	3,2 %	1	3,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %	8	4,4 %
	Gar nicht	6	13,6 %	8	12,9 %	3	9,4 %	0	0,0 %	1	5,3 %	18	9,9 %
Abfallw irtschaft	Vollständig	18	45,0 %	17	34,7 %	8	38,1 %	15	53,6 %	20	48,8 %	78	43,6 %
	Weit gehend	12	30,0 %	20	40,8 %	8	38,1 %	13	46,4 %	21	51,2 %	74	41,3 %
	Teilw eise	2	5,0 %	3	6,1 %	2	9,5 %	0	0,0 %	0	0,0 %	7	3,9 %
	Nur in geringem Umfang	1	2,5 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,6 %
	Gar nicht	7	17,5 %	9	18,4 %	3	14,3 %	0	0,0 %	0	0,0 %	19	10,6 %
Wasserversorgung und Abw asserentsorgung	Vollständig	18	20,9 %	23	21,5 %	16	32,7 %	7	24,1 %	7	63,6 %	71	25,2 %
	Weit gehend	26	30,2 %	46	43,0 %	23	46,9 %	17	58,6 %	3	27,3 %	115	40,8 %
	Teilw eise	33	38,4 %	30	28,0 %	10	20,4 %	5	17,2 %	0	0,0 %	78	27,7 %
	Nur in geringem Umfang	8	9,3 %	7	6,5 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	15	5,3 %
	Gar nicht	1	1,2 %	1	0,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	9,1 %	3	1,1 %
Schulen (inkl. Erw achsenenbildung)	Vollständig	26	28,6 %	19	16,7 %	7	12,1 %	2	4,3 %	6	8,3 %	60	15,7 %
	Weit gehend	40	44,0 %	55	48,2 %	27	46,6 %	18	38,3 %	32	44,4 %	172	45,0 %
	Teilw eise	18	19,8 %	32	28,1 %	19	32,8 %	23	48,9 %	28	38,9 %	120	31,4 %
	Nur in geringem Umfang	4	4,4 %	6	5,3 %	5	8,6 %	4	8,5 %	6	8,3 %	25	6,5 %
	Gar nicht	3	3,3 %	2	1,8 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	5	1,3 %
Kinderbetreuung	Vollständig	36	35,3 %	34	28,1 %	16	25,8 %	4	8,9 %	7	38,9 %	97	27,9 %
	Weit gehend	47	46,1 %	62	51,2 %	32	51,6 %	23	51,1 %	10	55,6 %	174	50,0 %
	Teilw eise	17	16,7 %	22	18,2 %	13	21,0 %	16	35,6 %	1	5,6 %	69	19,8 %
	Nur in geringem Umfang	2	2,0 %	3	2,5 %	1	1,6 %	2	4,4 %	0	0,0 %	8	2,3 %
	Gar nicht	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Kultur	Vollständig	14	26,4 %	23	27,1 %	13	26,0 %	2	4,7 %	9	32,1 %	61	23,6 %
	Weit gehend	20	37,7 %	31	36,5 %	23	46,0 %	18	41,9 %	7	25,0 %	99	38,2 %
	Teilw eise	6	11,3 %	20	23,5 %	9	18,0 %	19	44,2 %	4	14,3 %	58	22,4 %
	Nur in geringem Umfang	4	7,5 %	6	7,1 %	4	8,0 %	4	9,3 %	5	17,9 %	23	8,9 %
	Gar nicht	9	17,0 %	5	5,9 %	1	2,0 %	0	0,0 %	3	10,7 %	18	6,9 %
Sportstätten und Bäder	Vollständig	21	23,1 %	25	20,5 %	5	7,9 %	3	6,4 %	8	20,0 %	62	17,1 %
	Weit gehend	29	31,9 %	43	35,2 %	28	44,4 %	15	31,9 %	17	42,5 %	132	36,4 %
	Teilw eise	18	19,8 %	29	23,8 %	22	34,9 %	22	46,8 %	12	30,0 %	103	28,4 %
	Nur in geringem Umfang	15	16,5 %	21	17,2 %	6	9,5 %	7	14,9 %	3	7,5 %	52	14,3 %
	Gar nicht	8	8,8 %	4	3,3 %	2	3,2 %	0	0,0 %	0	0,0 %	14	3,9 %
Gesundheitsinfrastruktur	Vollständig	9	28,1 %	12	30,0 %	7	36,8 %	0	0,0 %	8	19,5 %	36	23,8 %
	Weit gehend	8	25,0 %	13	32,5 %	7	36,8 %	8	42,1 %	19	46,3 %	55	36,4 %
	Teilw eise	3	9,4 %	3	7,5 %	3	15,8 %	6	31,6 %	11	26,8 %	26	17,2 %
	Nur in geringem Umfang	2	6,3 %	3	7,5 %	0	0,0 %	4	21,1 %	1	2,4 %	10	6,6 %
	Gar nicht	10	31,3 %	9	22,5 %	2	10,5 %	1	5,3 %	2	4,9 %	24	15,9 %
Wohnungsw irtschaft	Vollständig	11	17,2 %	7	9,0 %	5	14,7 %	1	3,8 %	6	40,0 %	30	13,8 %
	Weit gehend	16	25,0 %	19	24,4 %	16	47,1 %	11	42,3 %	4	26,7 %	66	30,4 %
	Teilw eise	16	25,0 %	26	33,3 %	8	23,5 %	10	38,5 %	2	13,3 %	62	28,6 %
	Nur in geringem Umfang	11	17,2 %	18	23,1 %	2	5,9 %	3	11,5 %	1	6,7 %	35	16,1 %
	Gar nicht	10	15,6 %	8	10,3 %	3	8,8 %	1	3,8 %	2	13,3 %	24	11,1 %
Insgesamt	Vollständig	5	6,7 %	6	6,3 %	3	6,3 %	0	0,0 %	8	15,7 %	22	7,3 %
	Weit gehend	30	40,0 %	44	46,3 %	24	50,0 %	11	33,3 %	23	45,1 %	132	43,7 %
	Teilw eise	32	42,7 %	38	40,0 %	16	33,3 %	19	57,6 %	20	39,2 %	125	41,4 %
	Nur in geringem Umfang	7	9,3 %	7	7,4 %	5	10,4 %	3	9,1 %	0	0,0 %	22	7,3 %
	Gar nicht	1	1,3 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,3 %

Tabelle 4: Frage 3 "Wenn Sie einen Investitionsrückstand in einzelnen Bereichen sehen: Sehen Sie Möglichkeiten, den Investitionsrückstand in den nächsten fünf Jahren zu vermindern oder wird er weiter anwachsen?"

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Straßen und Verkehrsinfrastruktur	Wird weiter deutlich anwachsen	14	13,7 %	14	11,9 %	6	10,0 %	5	11,4 %	7	11,3 %	46	11,9 %
	Wird noch etwas anwachsen	24	23,5 %	31	26,3 %	14	23,3 %	18	40,9 %	19	30,6 %	106	27,5 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	29	28,4 %	40	33,9 %	26	43,3 %	15	34,1 %	23	37,1 %	133	34,5 %
	Wird etwas abgebaut	30	29,4 %	23	19,5 %	12	20,0 %	6	13,6 %	11	17,7 %	82	21,2 %
	Wird deutlich abgebaut	5	4,9 %	10	8,5 %	2	3,3 %	0	0,0 %	2	3,2 %	19	4,9 %
ÖPNV	Wird weiter deutlich anwachsen	1	2,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	3,1 %	2	1,1 %
	Wird noch etwas anwachsen	3	6,4 %	6	11,1 %	2	6,9 %	3	12,0 %	3	9,4 %	17	9,1 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	34	72,3 %	36	66,7 %	20	69,0 %	17	68,0 %	17	53,1 %	124	66,3 %
	Wird etwas abgebaut	6	12,8 %	9	16,7 %	6	20,7 %	4	16,0 %	8	25,0 %	33	17,6 %
	Wird deutlich abgebaut	3	6,4 %	3	5,6 %	1	3,4 %	1	4,0 %	3	9,4 %	11	5,9 %
Öffentliche Verwaltungsgebäude	Wird weiter deutlich anwachsen	3	3,7 %	1	1,0 %	1	2,0 %	2	4,9 %	3	5,3 %	10	3,0 %
	Wird noch etwas anwachsen	15	18,3 %	22	21,6 %	10	20,0 %	13	31,7 %	8	14,0 %	68	20,5 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	40	48,8 %	49	48,0 %	29	58,0 %	17	41,5 %	25	43,9 %	160	48,2 %
	Wird etwas abgebaut	15	18,3 %	20	19,6 %	7	14,0 %	5	12,2 %	12	21,1 %	59	17,8 %
	Wird deutlich abgebaut	9	11,0 %	10	9,8 %	3	6,0 %	4	9,8 %	9	15,8 %	35	10,5 %
Energieerzeugung und -versorgung	Wird weiter deutlich anwachsen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Wird noch etwas anwachsen	1	2,9 %	4	8,7 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	5	3,7 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	25	73,5 %	31	67,4 %	19	70,4 %	17	100,0 %	5	50,0 %	97	72,4 %
	Wird etwas abgebaut	6	17,6 %	7	15,2 %	7	25,9 %	0	0,0 %	2	20,0 %	22	16,4 %
	Wird deutlich abgebaut	2	5,9 %	4	8,7 %	1	3,7 %	0	0,0 %	3	30,0 %	10	7,5 %
Abfallwirtschaft	Wird weiter deutlich anwachsen	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Wird noch etwas anwachsen	1	3,2 %	3	9,4 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	4,2 %	5	3,9 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	24	77,4 %	24	75,0 %	17	85,0 %	18	90,0 %	16	66,7 %	99	78,0 %
	Wird etwas abgebaut	3	9,7 %	1	3,1 %	1	5,0 %	2	10,0 %	2	8,3 %	9	7,1 %
	Wird deutlich abgebaut	3	9,7 %	4	12,5 %	2	10,0 %	0	0,0 %	5	20,8 %	14	11,0 %
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	Wird weiter deutlich anwachsen	3	4,1 %	6	6,7 %	1	2,4 %	1	4,0 %	0	0,0 %	11	4,6 %
	Wird noch etwas anwachsen	19	25,7 %	13	14,4 %	3	7,3 %	2	8,0 %	0	0,0 %	37	15,5 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	19	25,7 %	39	43,3 %	28	68,3 %	18	72,0 %	6	66,7 %	110	46,0 %
	Wird etwas abgebaut	24	32,4 %	21	23,3 %	7	17,1 %	4	16,0 %	0	0,0 %	56	23,4 %
	Wird deutlich abgebaut	9	12,2 %	11	12,2 %	2	4,9 %	0	0,0 %	3	33,3 %	25	10,5 %
Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	Wird weiter deutlich anwachsen	2	2,9 %	4	4,1 %	1	2,0 %	2	5,3 %	6	9,2 %	15	4,7 %
	Wird noch etwas anwachsen	8	11,4 %	14	14,4 %	7	13,7 %	11	28,9 %	12	18,5 %	52	16,2 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	33	47,1 %	37	38,1 %	15	29,4 %	9	23,7 %	12	18,5 %	106	33,0 %
	Wird etwas abgebaut	16	22,9 %	20	20,6 %	18	35,3 %	12	31,6 %	18	27,7 %	84	26,2 %
	Wird deutlich abgebaut	11	15,7 %	22	22,7 %	10	19,6 %	4	10,5 %	17	26,2 %	64	19,9 %
Kinderbetreuung	Wird weiter deutlich anwachsen	0	0,0 %	2	2,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	0,7 %
	Wird noch etwas anwachsen	8	10,4 %	11	11,3 %	4	7,5 %	6	16,7 %	0	0,0 %	29	10,5 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	39	50,6 %	44	45,4 %	25	47,2 %	16	44,4 %	7	53,8 %	131	47,5 %
	Wird etwas abgebaut	18	23,4 %	21	21,6 %	15	28,3 %	12	33,3 %	2	15,4 %	68	24,6 %
	Wird deutlich abgebaut	12	15,6 %	19	19,6 %	9	17,0 %	2	5,6 %	4	30,8 %	46	16,7 %
Kultur	Wird weiter deutlich anwachsen	1	2,6 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,5 %
	Wird noch etwas anwachsen	2	5,3 %	6	10,5 %	3	7,3 %	6	16,7 %	6	28,6 %	23	11,9 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	25	65,8 %	38	66,7 %	28	68,3 %	19	52,8 %	9	42,9 %	119	61,7 %
	Wird etwas abgebaut	7	18,4 %	7	12,3 %	6	14,6 %	11	30,6 %	1	4,8 %	32	16,6 %
	Wird deutlich abgebaut	3	7,9 %	6	10,5 %	4	9,8 %	0	0,0 %	5	23,8 %	18	9,3 %
Sportstätten und Bäder	Wird weiter deutlich anwachsen	6	8,2 %	10	9,4 %	0	0,0 %	1	2,4 %	2	5,9 %	19	6,2 %
	Wird noch etwas anwachsen	11	15,1 %	24	22,6 %	9	17,6 %	11	26,8 %	4	11,8 %	59	19,3 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	38	52,1 %	40	37,7 %	26	51,0 %	14	34,1 %	16	47,1 %	134	43,9 %
	Wird etwas abgebaut	11	15,1 %	17	16,0 %	10	19,6 %	13	31,7 %	8	23,5 %	59	19,3 %
	Wird deutlich abgebaut	7	9,6 %	15	14,2 %	6	11,8 %	2	4,9 %	4	11,8 %	34	11,1 %
Gesundheitsinfrastruktur	Wird weiter deutlich anwachsen	0	0,0 %	1	3,4 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,9 %
	Wird noch etwas anwachsen	3	11,5 %	3	10,3 %	1	7,1 %	1	6,7 %	7	22,6 %	15	13,0 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	18	69,2 %	20	69,0 %	8	57,1 %	10	66,7 %	7	22,6 %	63	54,8 %
	Wird etwas abgebaut	2	7,7 %	2	6,9 %	2	14,3 %	2	13,3 %	6	19,4 %	14	12,2 %
	Wird deutlich abgebaut	3	11,5 %	3	10,3 %	3	21,4 %	2	13,3 %	11	35,5 %	22	19,1 %
Wohnungswirtschaft	Wird weiter deutlich anwachsen	4	7,5 %	6	8,8 %	3	10,0 %	1	4,3 %	0	0,0 %	14	7,7 %
	Wird noch etwas anwachsen	15	28,3 %	20	29,4 %	4	13,3 %	3	13,0 %	2	25,0 %	44	24,2 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	22	41,5 %	31	45,6 %	14	46,7 %	10	43,5 %	3	37,5 %	80	44,0 %
	Wird etwas abgebaut	7	13,2 %	9	13,2 %	7	23,3 %	8	34,8 %	0	0,0 %	31	17,0 %
	Wird deutlich abgebaut	5	9,4 %	2	2,9 %	2	6,7 %	1	4,3 %	3	37,5 %	13	7,1 %
Informationsinfrastruktur	Wird weiter deutlich anwachsen	3	4,2 %	5	6,3 %	1	2,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	9	3,7 %
	Wird noch etwas anwachsen	14	19,7 %	7	8,8 %	2	5,7 %	0	0,0 %	4	14,3 %	27	11,1 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	19	26,8 %	37	46,3 %	21	60,0 %	18	62,1 %	9	32,1 %	104	42,8 %
	Wird etwas abgebaut	15	21,1 %	19	23,8 %	8	22,9 %	9	31,0 %	8	28,6 %	59	24,3 %
	Wird deutlich abgebaut	20	28,2 %	12	15,0 %	3	8,6 %	2	6,9 %	7	25,0 %	44	18,1 %
Sonstiges	Wird weiter deutlich anwachsen	1	7,1 %	3	21,4 %	1	12,5 %	0	0,0 %	1	11,1 %	6	12,8 %
	Wird noch etwas anwachsen	0	0,0 %	2	14,3 %	1	12,5 %	0	0,0 %	0	0,0 %	3	6,4 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	10	71,4 %	4	28,6 %	4	50,0 %	1	50,0 %	5	55,6 %	24	51,1 %
	Wird etwas abgebaut	2	14,3 %	3	21,4 %	1	12,5 %	1	50,0 %	2	22,2 %	9	19,1 %
	Wird deutlich abgebaut	1	7,1 %	2	14,3 %	1	12,5 %	0	0,0 %	1	11,1 %	5	10,6 %
Insgesamt	Wird weiter deutlich anwachsen	2	3,6 %	1	1,4 %	2	5,1 %	0	0,0 %	2	4,8 %	7	3,1 %
	Wird noch etwas anwachsen	13	23,6 %	16	21,9 %	7	17,9 %	4	21,1 %	11	26,2 %	51	22,4 %
	Wird auf gleichem Niveau bleiben	23	41,8 %	32	43,8 %	20	51,3 %	9	47,4 %	8	19,0 %	92	40,4 %
	Wird etwas abgebaut	12	21,8 %	20	27,4 %	7	17,9 %	4	21,1 %	15	35,7 %	58	25,4 %
	Wird deutlich abgebaut	5	9,1 %	4	5,5 %	3	7,7 %	2	10,5 %	6	14,3 %	20	8,8 %

Tabelle 5: Frage 4 "In welchem Umfang werden Sie im Jahr 2015 Investitionen in den unten aufgeführten Bereichen tätigen (aus dem Kernhaushalt)? Und wie hoch sind Ihre geplanten Investitionen in diesem Bereich für das Jahr 2016?"

Aufgabenbereich ist überwiegend ausgelagert / für uns nicht relevant

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Straßen und Verkehrsinfrastruktur	Überwiegend ausgelagert	2	50,0 %	0	0,0 %	1	50,0 %	3	100,0 %	2	50,0 %	8	57,1 %
	Für uns nicht relevant	2	50,0 %	1	100,0 %	1	50,0 %	0	0,0 %	2	50,0 %	6	42,9 %
ÖPNV	Überwiegend ausgelagert	6	9,8 %	18	23,4 %	13	34,2 %	26	78,8 %	26	72,2 %	89	36,3 %
	Für uns nicht relevant	55	90,2 %	59	76,6 %	25	65,8 %	7	21,2 %	10	27,8 %	156	63,7 %
Öffentliche Verwaltungsgebäude	Überwiegend ausgelagert	1	16,7 %	0	0,0 %	2	50,0 %	5	100,0 %	2	100,0 %	10	52,6 %
	Für uns nicht relevant	5	83,3 %	2	100,0 %	2	50,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	9	47,4 %
Energieerzeugung und -versorgung	Überwiegend ausgelagert	7	10,3 %	27	33,3 %	29	60,4 %	31	81,6 %	5	9,3 %	99	34,3 %
	Für uns nicht relevant	61	89,7 %	54	66,7 %	19	39,6 %	7	18,4 %	49	90,7 %	190	65,7 %
Abfallwirtschaft	Überwiegend ausgelagert	7	9,9 %	24	27,0 %	14	31,1 %	26	78,8 %	37	80,4 %	108	38,0 %
	Für uns nicht relevant	64	90,1 %	65	73,0 %	31	68,9 %	7	21,2 %	9	19,6 %	176	62,0 %
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	Überwiegend ausgelagert	8	33,3 %	33	73,3 %	29	82,9 %	30	83,3 %	3	5,1 %	103	51,8 %
	Für uns nicht relevant	16	66,7 %	12	26,7 %	6	17,1 %	6	16,7 %	56	94,9 %	96	48,2 %
Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	Überwiegend ausgelagert	4	18,2 %	4	28,6 %	2	28,6 %	5	100,0 %	2	100,0 %	17	34,0 %
	Für uns nicht relevant	18	81,8 %	10	71,4 %	5	71,4 %	0	0,0 %	0	0,0 %	33	66,0 %
Kinderbetreuung	Überwiegend ausgelagert	2	20,0 %	5	62,5 %	3	50,0 %	5	83,3 %	1	2,4 %	16	22,5 %
	Für uns nicht relevant	8	80,0 %	3	37,5 %	3	50,0 %	1	16,7 %	40	97,6 %	55	77,5 %
Kultur	Überwiegend ausgelagert	1	2,3 %	4	10,3 %	3	21,4 %	9	90,0 %	5	12,5 %	22	15,0 %
	Für uns nicht relevant	43	97,7 %	35	89,7 %	11	78,6 %	1	10,0 %	35	87,5 %	125	85,0 %
Sportstätten und Bäder	Überwiegend ausgelagert	2	11,1 %	8	80,0 %	5	71,4 %	7	100,0 %	2	7,1 %	24	34,3 %
	Für uns nicht relevant	16	88,9 %	2	20,0 %	2	28,6 %	0	0,0 %	26	92,9 %	46	65,7 %
Gesundheitsinfrastruktur	Überwiegend ausgelagert	2	2,5 %	10	10,8 %	11	21,6 %	19	52,8 %	27	56,3 %	69	22,5 %
	Für uns nicht relevant	77	97,5 %	83	89,2 %	40	78,4 %	17	47,2 %	21	43,8 %	238	77,5 %
Wohnungswirtschaft	Überwiegend ausgelagert	2	4,3 %	17	28,3 %	20	46,5 %	24	70,6 %	8	14,3 %	71	29,6 %
	Für uns nicht relevant	45	95,7 %	43	71,7 %	23	53,5 %	10	29,4 %	48	85,7 %	169	70,4 %
Informationsinfrastruktur	Überwiegend ausgelagert	4	17,4 %	5	17,9 %	7	26,9 %	6	60,0 %	5	19,2 %	27	23,9 %
	Für uns nicht relevant	19	82,6 %	23	82,1 %	19	73,1 %	4	40,0 %	21	80,8 %	86	76,1 %
Sonstiges	Überwiegend ausgelagert	1	9,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	12,5 %	2	5,9 %
	Für uns nicht relevant	10	90,9 %	11	100,0 %	4	100,0 %	0	0,0 %	7	87,5 %	32	94,1 %

Tabelle 6: Frage 4 "In welchem Umfang werden Sie im Jahr 2015 Investitionen in den unten aufgeführten Bereichen tätigen (aus dem Kernhaushalt)? Und wie hoch sind Ihre geplanten Investitionen in diesem Bereich für das Jahr 2016?"

Investitionen 2015 Ja / Nein

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Straßen und Verkehrsinfrastruktur	Nein	17	17,2 %	10	8,4 %	0	0,0 %	1	2,3 %	2	3,0 %	30	7,8 %
	Ja	82	82,8 %	109	91,6 %	59	100,0 %	42	97,7 %	65	97,0 %	357	92,2 %
ÖPNV	Nein	30	83,3 %	31	70,5 %	17	60,7 %	2	12,5 %	22	59,5 %	102	63,4 %
	Ja	6	16,7 %	13	29,5 %	11	39,3 %	14	87,5 %	15	40,5 %	59	36,6 %
Öffentliche Verwaltungsgebäude	Nein	69	80,2 %	71	64,5 %	25	52,1 %	14	38,9 %	18	28,1 %	197	57,3 %
	Ja	17	19,8 %	39	35,5 %	23	47,9 %	22	61,1 %	46	71,9 %	147	42,7 %
Energieerzeugung und -versorgung	Nein	27	90,0 %	30	81,1 %	13	76,5 %	4	66,7 %	6	75,0 %	80	81,6 %
	Ja	3	10,0 %	7	18,9 %	4	23,5 %	2	33,3 %	2	25,0 %	18	18,4 %
Abfallwirtschaft	Nein	20	95,2 %	26	89,7 %	16	84,2 %	7	53,8 %	10	52,6 %	79	78,2 %
	Ja	1	4,8 %	3	10,3 %	3	15,8 %	6	46,2 %	9	47,4 %	22	21,8 %
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	Nein	15	19,5 %	13	16,5 %	5	19,2 %	3	23,1 %	4	100,0 %	40	20,1 %
	Ja	62	80,5 %	66	83,5 %	21	80,8 %	10	76,9 %	0	0,0 %	159	79,9 %
Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	Nein	38	51,4 %	30	30,6 %	4	8,2 %	1	2,6 %	3	4,6 %	76	23,4 %
	Ja	36	48,6 %	68	69,4 %	45	91,8 %	38	97,4 %	62	95,4 %	249	76,6 %
Kinderbetreuung	Nein	55	67,1 %	41	39,4 %	11	23,9 %	1	2,6 %	8	47,1 %	116	40,4 %
	Ja	27	32,9 %	63	60,6 %	35	76,1 %	37	97,4 %	9	52,9 %	171	59,6 %
Kultur	Nein	32	82,1 %	57	77,0 %	24	64,9 %	4	11,8 %	14	66,7 %	131	63,9 %
	Ja	7	17,9 %	17	23,0 %	13	35,1 %	30	88,2 %	7	33,3 %	74	36,1 %
Sportstätten und Bäder	Nein	52	77,6 %	55	53,4 %	14	31,1 %	2	5,4 %	19	54,3 %	142	49,5 %
	Ja	15	22,4 %	48	46,6 %	31	68,9 %	35	94,6 %	16	45,7 %	145	50,5 %
Gesundheitsinfrastruktur	Nein	14	100,0 %	18	90,0 %	12	92,3 %	4	57,1 %	2	9,5 %	50	66,7 %
	Ja	0	0,0 %	2	10,0 %	1	7,7 %	3	42,9 %	19	90,5 %	25	33,3 %
Wohnungswirtschaft	Nein	33	80,5 %	38	63,3 %	10	52,6 %	5	45,5 %	5	83,3 %	91	66,4 %
	Ja	8	19,5 %	22	36,7 %	9	47,4 %	6	54,5 %	1	16,7 %	46	33,6 %
Informationsinfrastruktur	Nein	34	50,7 %	47	57,3 %	18	60,0 %	5	18,5 %	7	17,9 %	111	45,3 %
	Ja	33	49,3 %	35	42,7 %	12	40,0 %	22	81,5 %	32	82,1 %	134	54,7 %
Sonstiges	Nein	4	23,5 %	8	24,2 %	4	19,0 %	0	0,0 %	2	7,1 %	18	15,5 %
	Ja	13	76,5 %	25	75,8 %	17	81,0 %	17	100,0 %	26	92,9 %	98	84,5 %

Tabelle 7: Frage 4 "In welchem Umfang werden Sie im Jahr 2015 Investitionen in den unten aufgeführten Bereichen tätigen (aus dem Kernhaushalt)? Wie hoch sind Ihre geplanten Investitionen in diesem Bereich für das Jahr 2016?"

Investitionsvolumen 2015 in Mio. Euro (ausreißerbereinigt)

	Einwohnergrößenklassen											
	2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Straßen und Verkehrsinfrastruktur	112	95,78	128	94,11	65	79,96	47	69,27	73	17,74	425	76,09
ÖPNV	112	0,30	128	2,99	65	2,09	47	1,71	73	1,91	425	1,85
Öffentliche Verwaltungsgebäude	112	2,71	128	8,83	65	14,14	47	5,21	73	4,62	425	7,05
Energieerzeugung und -versorgung	112	0,65	128	4,11	65	2,66	47	0,03	73	0,35	425	1,91
Abfallwirtschaft	112	0,43	128	0,03	65	0,09	47	0,43	73	1,20	425	0,39
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	112	84,24	128	65,94	65	22,92	47	10,42	73	0,00	425	46,65
Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	112	34,19	128	34,57	65	51,81	47	41,76	73	31,82	425	37,67
Kinderbetreuung	112	22,71	128	31,67	65	17,68	47	20,40	73	0,37	425	20,86
Kultur	112	0,90	128	1,69	65	3,82	47	7,63	73	0,54	425	2,35
Sportstätten und Bäder	112	7,22	128	16,64	65	19,22	47	11,20	73	0,68	425	11,38
Gesundheitsinfrastruktur	112	0,00	128	0,09	65	0,79	47	0,34	73	7,18	425	1,51
Wohnungswirtschaft	112	11,67	128	6,49	65	2,58	47	2,32	73	0,00	425	5,58
Informationsinfrastruktur	112	7,23	128	6,99	65	2,27	47	4,77	73	2,23	425	5,15
Sonstiges	112	23,00	128	50,04	65	50,30	47	50,97	73	8,43	425	35,42
Gesamtinvestitionen	112	320,14	128	318,58	65	247,32	47	255,68	73	97,72	425	256,94

Tabelle 8: Frage 4 "In welchem Umfang werden Sie im Jahr 2015 Investitionen in den unten aufgeführten Bereichen tätigen (aus dem Kernhaushalt)? Und wie hoch sind Ihre geplanten Investitionen in diesem Bereich für das Jahr 2016?"

Investitionen 2015 Ja / Nein

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Straßen und Verkehr	Nein	15	17,0 %	11	10,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	26	7,4 %
	Ja	73	83,0 %	99	90,0 %	54	100,0 %	38	100,0 %	60	100,0 %	324	92,6 %
ÖPNV	Nein	28	84,8 %	28	66,7 %	14	56,0 %	2	13,3 %	19	57,6 %	91	61,5 %
	Ja	5	15,2 %	14	33,3 %	11	44,0 %	13	86,7 %	14	42,4 %	57	38,5 %
Öffentliche Verwaltungsgebäude	Nein	52	68,4 %	52	54,7 %	24	53,3 %	8	25,8 %	15	25,9 %	151	49,5 %
	Ja	24	31,6 %	43	45,3 %	21	46,7 %	23	74,2 %	43	74,1 %	154	50,5 %
Energieerzeugung und -versorgung	Nein	23	92,0 %	27	84,4 %	12	80,0 %	5	71,4 %	6	75,0 %	73	83,9 %
	Ja	2	8,0 %	5	15,6 %	3	20,0 %	2	28,6 %	2	25,0 %	14	16,1 %
Abfallwirtschaft	Nein	19	90,5 %	20	95,2 %	15	83,3 %	5	55,6 %	12	60,0 %	71	79,8 %
	Ja	2	9,5 %	1	4,8 %	3	16,7 %	4	44,4 %	8	40,0 %	18	20,2 %
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	Nein	14	22,2 %	10	14,1 %	4	17,4 %	2	18,2 %	5	100,0 %	35	20,2 %
	Ja	49	77,8 %	61	85,9 %	19	82,6 %	9	81,8 %	0	0,0 %	138	79,8 %
Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	Nein	41	62,1 %	27	29,3 %	4	8,7 %	1	2,9 %	3	5,2 %	76	25,7 %
	Ja	25	37,9 %	65	70,7 %	42	91,3 %	33	97,1 %	55	94,8 %	220	74,3 %
Kinderbetreuung	Nein	50	69,4 %	40	40,8 %	15	34,1 %	2	6,1 %	6	50,0 %	113	43,6 %
	Ja	22	30,6 %	58	59,2 %	29	65,9 %	31	93,9 %	6	50,0 %	146	56,4 %
Kultur	Nein	31	86,1 %	49	70,0 %	24	66,7 %	5	15,6 %	12	70,6 %	121	63,4 %
	Ja	5	13,9 %	21	30,0 %	12	33,3 %	27	84,4 %	5	29,4 %	70	36,6 %
Sportstätten und Bäder	Nein	42	63,6 %	48	51,1 %	16	37,2 %	1	2,9 %	17	51,5 %	124	45,8 %
	Ja	24	36,4 %	46	48,9 %	27	62,8 %	34	97,1 %	16	48,5 %	147	54,2 %
Gesundheitsinfrastruktur	Nein	13	100,0 %	19	100,0 %	9	90,0 %	5	62,5 %	3	13,0 %	49	67,1 %
	Ja	0	0,0 %	0	0,0 %	1	10,0 %	3	37,5 %	20	87,0 %	24	32,9 %
Wohnungswirtschaft	Nein	28	66,7 %	31	57,4 %	9	50,0 %	4	44,4 %	5	100,0 %	77	60,2 %
	Ja	14	33,3 %	23	42,6 %	9	50,0 %	5	55,6 %	0	0,0 %	51	39,8 %
Informationsinfrastruktur	Nein	27	43,5 %	42	56,8 %	12	41,4 %	3	12,5 %	8	22,2 %	92	40,9 %
	Ja	35	56,5 %	32	43,2 %	17	58,6 %	21	87,5 %	28	77,8 %	133	59,1 %
Sonstiges	Nein	5	31,3 %	4	16,0 %	3	16,7 %	0	0,0 %	2	9,5 %	14	14,7 %
	Ja	11	68,8 %	21	84,0 %	15	83,3 %	15	100,0 %	19	90,5 %	81	85,3 %

Tabelle 9: Frage 4 "In welchem Umfang werden Sie im Jahr 2015 Investitionen in den unten aufgeführten Bereichen tätigen (aus dem Kernhaushalt)? Wie hoch sind Ihre geplanten Investitionen in diesem Bereich für das Jahr 2016?"

Voraussichtliches Investitionsvolumen 2016 in Mio. Euro (ausreißerbereinigt)

	Einwohnergrößenklassen											
	2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Straßen und Verkehrsinfrastruktur	112	121,09	128	98,11	65	89,01	47	66,08	73	20,21	425	85,61
ÖPNV	112	0,58	128	1,85	65	1,05	47	2,56	73	2,65	425	1,65
Öffentliche Verwaltungsgebäude	112	10,33	128	19,03	65	14,67	47	7,28	73	4,94	425	12,33
Energieerzeugung und -versorgung	112	0,78	128	1,80	65	2,84	47	0,02	73	0,00	425	1,21
Abfallwirtschaft	112	0,91	128	0,00	65	0,32	47	0,37	73	1,32	425	0,56
Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	112	64,55	128	54,74	65	26,53	47	8,70	73	0,00	425	36,99
Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	112	24,85	128	47,79	65	58,11	47	47,16	73	36,30	425	42,33
Kinderbetreuung	112	46,94	128	38,95	65	15,23	47	17,14	73	0,48	425	28,13
Kultur	112	0,49	128	1,56	65	3,69	47	7,52	73	1,57	425	2,40
Sportstätten und Bäder	112	22,14	128	28,65	65	13,92	47	9,24	73	1,68	425	17,59
Gesundheitsinfrastruktur	112	0,00	128	0,00	65	0,49	47	1,51	73	3,51	425	0,88
Wohnungswirtschaft	112	9,20	128	6,40	65	8,52	47	3,13	73	0,00	425	5,90
Informationsinfrastruktur	112	15,26	128	8,98	65	2,70	47	4,60	73	3,03	425	7,71
Sonstiges	112	59,51	128	45,10	65	56,85	47	54,71	73	11,91	425	43,65
Gesamtinvestitionen	112	505,81	128	353,76	65	244,39	47	245,93	73	108,63	425	314,97

Tabelle 10: Frage 5 "Welche Finanzierungsinstrumente beabsichtigen Sie 2015 und 2016 einzusetzen, und mit welchem Anteil werden diese zur Finanzierung Ihrer Investitionen beitragen?" Wird eingesetzt Ja / Nein

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Einsatz Allgemeine Deckungsmittel	Nein	6	6,6 %	13	11,9 %	3	4,9 %	3	7,3 %	12	19,7 %	37	10,2 %
	Ja	85	93,4 %	96	88,1 %	58	95,1 %	38	92,7 %	49	80,3 %	326	89,8 %
Einsatz Zweckgebundene Zuschüsse von Bund und Land	Nein	8	9,9 %	8	7,4 %	3	5,3 %	0	0,0 %	1	1,6 %	20	5,6 %
	Ja	73	90,1 %	100	92,6 %	54	94,7 %	45	100,0 %	62	98,4 %	334	94,4 %
Einsatz Zuwendungen EU	Nein	54	78,3 %	61	73,5 %	40	85,1 %	23	71,9 %	43	87,8 %	221	78,9 %
	Ja	15	21,7 %	22	26,5 %	7	14,9 %	9	28,1 %	6	12,2 %	59	21,1 %
Einsatz Kommunalkredite	Nein	31	38,3 %	36	35,3 %	16	27,6 %	8	17,8 %	8	12,3 %	99	28,2 %
	Ja	50	61,7 %	66	64,7 %	42	72,4 %	37	82,2 %	57	87,7 %	252	71,8 %
Einsatz Kommunale Anleihen	Nein	65	100,0 %	77	98,7 %	47	100,0 %	32	91,4 %	46	100,0 %	267	98,5 %
	Ja	0	0,0 %	1	1,3 %	0	0,0 %	3	8,6 %	0	0,0 %	4	1,5 %
Einsatz Schuldscheine	Nein	65	100,0 %	77	100,0 %	47	100,0 %	31	88,6 %	46	100,0 %	266	98,5 %
	Ja	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	4	11,4 %	0	0,0 %	4	1,5 %
Einsatz Sonstiges	Nein	29	85,3 %	25	58,1 %	20	62,5 %	10	47,6 %	18	58,1 %	102	63,4 %
	Ja	5	14,7 %	18	41,9 %	12	37,5 %	11	52,4 %	13	41,9 %	59	36,6 %

Tabelle 11: Frage 5 "Welche Finanzierungsinstrumente beabsichtigen Sie 2015 und 2016 einzusetzen, und mit welchem Anteil werden diese zur Finanzierung Ihrer Investitionen beitragen?" Beabsichtigter Anteil an der Investitionsfinanzierung 2015

	Einwohnergrößenklassen											
	2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Allgemeine Deckungsmittel	112	57,18	128	43,39	65	46,56	47	31,16	73	32,14	425	44,02
Zweckgebundene Zuschüsse von Bund und Land	112	23,23	128	25,47	65	24,41	47	30,28	73	28,24	425	25,73
Zuwendungen EU	112	2,80	128	2,55	65	0,48	47	2,27	73	1,18	425	1,98
Kommunalkredite	112	14,51	128	23,84	65	23,94	47	29,83	73	34,49	425	24,14
Kommunale Anleihen	112	0,00	128	0,59	65	0,00	47	0,00	73	0,00	425	0,18
Schuldscheine	112	0,00	128	0,00	65	0,00	47	0,15	73	0,00	425	0,01
Sonstige	112	2,21	128	4,15	65	4,65	47	6,27	73	3,93	425	3,91

Tabelle 12: Frage 5 "Welche Finanzierungsinstrumente beabsichtigen Sie 2015 und 2016 einzusetzen, und mit welchem Anteil werden diese zur Finanzierung Ihrer Investitionen beitragen?" Voraussichtliche Entwicklung des Anteils an der Investitionsfinanzierung 2016

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Anteil Allgemeine Deckungsmittel	Eher mehr als 2015	19	23,2 %	24	23,1 %	8	14,5 %	6	18,2 %	8	14,8 %	65	19,8 %
	Bleibt gleich	42	51,2 %	52	50,0 %	22	40,0 %	14	42,4 %	26	48,1 %	156	47,6 %
	Eher weniger als 2015	21	25,6 %	28	26,9 %	25	45,5 %	13	39,4 %	20	37,0 %	107	32,6 %
Anteil Zweckgebundene Zuschüsse von Bund und Land	Eher mehr als 2016	17	23,9 %	31	28,2 %	11	20,0 %	17	47,2 %	21	33,9 %	97	29,0 %
	Bleibt gleich	35	49,3 %	54	49,1 %	31	56,4 %	15	41,7 %	29	46,8 %	164	49,1 %
	Eher weniger als 2016	19	26,8 %	25	22,7 %	13	23,6 %	4	11,1 %	12	19,4 %	73	21,9 %
Anteil Zuwendungen EU	Eher mehr als 2017	5	22,7 %	8	17,8 %	1	7,7 %	3	37,5 %	0	0,0 %	17	16,8 %
	Bleibt gleich	17	77,3 %	32	71,1 %	8	61,5 %	5	62,5 %	12	92,3 %	74	73,3 %
	Eher weniger als 2017	0	0,0 %	5	11,1 %	4	30,8 %	0	0,0 %	1	7,7 %	10	9,9 %
Anteil Kommunalkredite	Eher mehr als 2018	26	41,3 %	28	34,6 %	32	66,7 %	12	35,3 %	26	47,3 %	124	44,1 %
	Bleibt gleich	24	38,1 %	28	34,6 %	10	20,8 %	15	44,1 %	19	34,5 %	96	34,2 %
	Eher weniger als 2018	13	20,6 %	25	30,9 %	6	12,5 %	7	20,6 %	10	18,2 %	61	21,7 %
Anteil Kommunale Anleihen	Eher mehr als 2019	0	0,0 %	2	9,1 %	0	0,0 %	1	12,5 %	0	0,0 %	3	5,4 %
	Bleibt gleich	9	100,0 %	20	90,9 %	9	100,0 %	7	87,5 %	8	100,0 %	53	94,6 %
	Eher weniger als 2019	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Anteil Schuldscheine	Eher mehr als 2020	0	0,0 %	1	4,8 %	0	0,0 %	2	22,2 %	0	0,0 %	3	5,3 %
	Bleibt gleich	9	100,0 %	20	95,2 %	10	100,0 %	7	77,8 %	8	100,0 %	54	94,7 %
	Eher weniger als 2020	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
Anteil Sonstiges	Eher mehr als 2021	1	10,0 %	5	15,6 %	2	11,8 %	3	23,1 %	3	18,8 %	14	15,9 %
	Bleibt gleich	8	80,0 %	15	46,9 %	8	47,1 %	6	46,2 %	8	50,0 %	45	51,1 %
	Eher weniger als 2021	1	10,0 %	12	37,5 %	7	41,2 %	4	30,8 %	5	31,3 %	29	33,0 %

Tabelle 13: Frage 6 "In welchem Umfang hatte Ihre Kommune mit Stand 31.12.2014 Kassenkredite / Kredite zur Liquiditätssicherung aufgenommen?"

Angaben in Euro je Einwohner

	Einwohnergrößenklassen											
	2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Pro-Kopf: Bestand Kassenkredite und Kredite zur Liquiditätssicherung zum 31.12.2014	112	140,72	128	176,31	65	305,39	47	1.093,00	73	118,59	425	280,23

Tabelle 14: Frage 7 "Welche Entwicklung erwarten Sie bei Ihren Kassenkrediten / Krediten zur Liquiditätssicherung? Wird der Bestand zum Jahresende 2015 bzw. 2016 jeweils gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich …?"

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Kassenkreditbestand Ende 2015 (gegenüber Ende 2014)	Deutliche Ausweitung	6	6,1 %	7	5,7 %	5	7,9 %	4	9,1 %	4	5,6 %	26	6,5 %
	Etwas Ausweitung	9	9,2 %	14	11,4 %	14	22,2 %	12	27,3 %	13	18,3 %	62	15,5 %
	Keine Veränderung	69	70,4 %	94	76,4 %	38	60,3 %	23	52,3 %	40	56,3 %	264	66,2 %
	Etwas Abbau	8	8,2 %	3	2,4 %	2	3,2 %	3	6,8 %	11	15,5 %	27	6,8 %
	Deutlicher Abbau	6	6,1 %	5	4,1 %	4	6,3 %	2	4,5 %	3	4,2 %	20	5,0 %
Kassenkreditbestand Ende 2016 (gegenüber Ende 2015)	Deutliche Ausweitung	5	5,1 %	11	8,9 %	6	9,5 %	4	9,1 %	6	8,7 %	32	8,1 %
	Etwas Ausweitung	14	14,3 %	22	17,9 %	16	25,4 %	18	40,9 %	13	18,8 %	83	20,9 %
	Keine Veränderung	66	67,3 %	82	66,7 %	34	54,0 %	18	40,9 %	40	58,0 %	240	60,5 %
	Etwas Abbau	8	8,2 %	6	4,9 %	7	11,1 %	2	4,5 %	8	11,6 %	31	7,8 %
	Deutlicher Abbau	5	5,1 %	2	1,6 %	0	0,0 %	2	4,5 %	2	2,9 %	11	2,8 %

Tabelle 15: Frage 8 "War Ihnen 2015 der Haushaltsausgleich im Sinne der Gemeindeordnung Ihres Bundeslandes möglich und wird dies im aktuellen Jahr voraussichtlich möglich sein?"

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Haushaltsausgleich 2014	Ja	85	81,0 %	93	73,2 %	42	64,6 %	22	46,8 %	60	82,2 %	302	72,4 %
	Nein	19	18,1 %	32	25,2 %	22	33,8 %	25	53,2 %	13	17,8 %	111	26,6 %
	Weiß nicht	1	1,0 %	2	1,6 %	1	1,5 %	0	0,0 %	0	0,0 %	4	1,0 %
Haushaltsausgleich 2015 (vorr.)	Ja	85	81,0 %	93	73,2 %	39	60,0 %	22	47,8 %	58	79,5 %	297	71,4 %
	Nein	19	18,1 %	32	25,2 %	25	38,5 %	24	52,2 %	14	19,2 %	114	27,4 %
	Weiß nicht	1	1,0 %	2	1,6 %	1	1,5 %	0	0,0 %	1	1,4 %	5	1,2 %

Tabelle 16: Frage 9 "Kam oder kommt 2014 / 2015 in Ihrer Kommune ein Haushaltssicherungskonzept oder Entsprechendes im Sinne der Gemeindeordnung ihres Bundeslandes zur Anwendung?"

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Haushaltssicherungskonzept 2014	Ja	16	15,1 %	21	16,5 %	18	28,1 %	22	46,8 %	15	20,5 %	92	22,1 %
	Nein	89	84,0 %	106	83,5 %	46	71,9 %	25	53,2 %	58	79,5 %	324	77,7 %
	Weiß nicht	1	0,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,2 %
Haushaltssicherungskonzept 2015	Ja	15	14,2 %	26	20,3 %	18	28,1 %	24	51,1 %	16	21,9 %	99	23,7 %
	Nein	90	84,9 %	101	78,9 %	46	71,9 %	23	48,9 %	57	78,1 %	317	75,8 %
	Weiß nicht	1	0,9 %	1	0,8 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	0,5 %

Tabelle 17: Frage 10 "Wie haben sich die Bedingungen der Kreditaufnahme (z. B. Zahl der Angebote, beizubringende Unterlagen, Konditionen) bei Kreditinstituten für Ihre Kommune in den vergangenen 12 Monaten in der Tendenz entwickelt? Wie werden sie sich in den nächsten 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?"

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Entwicklung Kreditbed. in den letzten 12 Monaten (>10J Laufzeit)	Deutliche Verbesserung	19	17,8 %	25	20,8 %	8	12,7 %	2	4,3 %	7	9,6 %	61	14,9 %
	Leichte Verbesserung	18	16,8 %	25	20,8 %	10	15,9 %	6	12,8 %	17	23,3 %	76	18,5 %
	Keine / Kaum Veränderung	25	23,4 %	31	25,8 %	22	34,9 %	19	40,4 %	22	30,1 %	119	29,0 %
	Leichte Verschlechterung	3	2,8 %	3	2,5 %	4	6,3 %	7	14,9 %	4	5,5 %	21	5,1 %
	Deutliche Verschlechterung	0	0,0 %	2	1,7 %	1	1,6 %	0	0,0 %	1	1,4 %	4	1,0 %
	Keine Inanspruchnahme	42	39,3 %	34	28,3 %	18	28,6 %	13	27,7 %	22	30,1 %	129	31,5 %
Entwicklung Kreditbed. in den letzten 12 Monaten (3–10J Laufzeit)	Deutliche Verbesserung	10	9,7 %	7	6,1 %	3	4,9 %	2	4,3 %	2	2,8 %	24	6,0 %
	Leichte Verbesserung	7	6,8 %	14	12,2 %	7	11,5 %	5	10,9 %	11	15,3 %	44	11,1 %
	Keine / Kaum Veränderung	22	21,4 %	21	18,3 %	13	21,3 %	15	32,6 %	22	30,6 %	93	23,4 %
	Leichte Verschlechterung	0	0,0 %	2	1,7 %	3	4,9 %	3	6,5 %	0	0,0 %	8	2,0 %
	Deutliche Verschlechterung	0	0,0 %	1	0,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,3 %
	Keine Inanspruchnahme	64	62,1 %	70	60,9 %	35	57,4 %	21	45,7 %	37	51,4 %	227	57,2 %
Entwicklung Kreditbed. in den letzten 12 Monaten (1–3J Laufzeit)	Deutliche Verbesserung	9	8,8 %	7	6,0 %	2	3,3 %	3	6,5 %	3	4,2 %	24	6,0 %
	Leichte Verbesserung	5	4,9 %	12	10,3 %	7	11,5 %	4	8,7 %	7	9,7 %	35	8,8 %
	Keine / Kaum Veränderung	22	21,6 %	16	13,7 %	12	19,7 %	14	30,4 %	16	22,2 %	80	20,1 %
	Leichte Verschlechterung	0	0,0 %	3	2,6 %	2	3,3 %	1	2,2 %	4	5,6 %	10	2,5 %
	Deutliche Verschlechterung	0	0,0 %	1	0,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,3 %
	Keine Inanspruchnahme	66	64,7 %	78	66,7 %	38	62,3 %	24	52,2 %	42	58,3 %	248	62,3 %
Entwicklung Kreditbed. in den letzten 12 Monaten (<1J Laufzeit)	Deutliche Verbesserung	6	5,8 %	10	8,6 %	5	8,2 %	5	10,9 %	5	6,9 %	31	7,8 %
	Leichte Verbesserung	9	8,7 %	15	12,9 %	8	13,1 %	5	10,9 %	8	11,1 %	45	11,3 %
	Keine / Kaum Veränderung	23	22,3 %	16	13,8 %	14	23,0 %	16	34,8 %	18	25,0 %	87	21,9 %
	Leichte Verschlechterung	1	1,0 %	2	1,7 %	1	1,6 %	1	2,2 %	2	2,8 %	7	1,8 %
	Deutliche Verschlechterung	0	0,0 %	1	0,9 %	1	1,6 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	0,5 %
	Keine Inanspruchnahme	64	62,1 %	72	62,1 %	32	52,5 %	19	41,3 %	39	54,2 %	226	56,8 %
Vorr. Entwicklung Kreditbed. in den nächsten 12 Monaten (>10J Laufzeit)	Deutliche Verbesserung	1	1,0 %	2	1,7 %	1	1,6 %	0	0,0 %	1	1,4 %	5	1,2 %
	Leichte Verbesserung	1	1,0 %	7	5,8 %	2	3,3 %	3	6,7 %	1	1,4 %	14	3,5 %
	Keine / Kaum Veränderung	47	44,8 %	61	50,8 %	30	49,2 %	25	55,6 %	42	57,5 %	205	50,7 %
	Leichte Verschlechterung	15	14,3 %	24	20,0 %	13	21,3 %	9	20,0 %	16	21,9 %	77	19,1 %
	Deutliche Verschlechterung	0	0,0 %	3	2,5 %	1	1,6 %	1	2,2 %	0	0,0 %	5	1,2 %
	Keine Inanspruchnahme	41	39,0 %	23	19,2 %	14	23,0 %	7	15,6 %	13	17,8 %	98	24,3 %
Vorr. Entwicklung Kreditbed. in den nächsten 12 Monaten (3–10J Laufzeit)	Deutliche Verbesserung	1	1,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	1,4 %	2	0,5 %
	Leichte Verbesserung	1	1,0 %	2	1,7 %	2	3,3 %	2	4,8 %	2	2,8 %	9	2,3 %
	Keine / Kaum Veränderung	36	35,6 %	39	33,9 %	17	28,3 %	23	54,8 %	33	45,8 %	148	37,9 %
	Leichte Verschlechterung	8	7,9 %	14	12,2 %	11	18,3 %	8	19,0 %	9	12,5 %	50	12,8 %
	Deutliche Verschlechterung	1	1,0 %	1	0,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	0,5 %
	Keine Inanspruchnahme	54	53,5 %	59	51,3 %	30	50,0 %	9	21,4 %	27	37,5 %	179	45,9 %
Vorr. Entwicklung Kreditbed. in den nächsten 12 Monaten (1–3J Laufzeit)	Deutliche Verbesserung	1	1,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	1,4 %	2	0,5 %
	Leichte Verbesserung	1	1,0 %	1	0,9 %	2	3,3 %	0	0,0 %	2	2,8 %	6	1,5 %
	Keine / Kaum Veränderung	33	33,0 %	32	27,4 %	19	31,7 %	22	50,0 %	26	36,1 %	132	33,6 %
	Leichte Verschlechterung	4	4,0 %	11	9,4 %	6	10,0 %	4	9,1 %	7	9,7 %	32	8,1 %
	Deutliche Verschlechterung	1	1,0 %	1	0,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	0,5 %
	Keine Inanspruchnahme	60	60,0 %	72	61,5 %	33	55,0 %	18	40,9 %	36	50,0 %	219	55,7 %
Vorr. Entwicklung Kreditbed. in den nächsten 12 Monaten (<1J Laufzeit)	Deutliche Verbesserung	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	1,4 %	1	0,3 %
	Leichte Verbesserung	1	1,0 %	0	0,0 %	3	4,9 %	2	4,4 %	1	1,4 %	7	1,8 %
	Keine / Kaum Veränderung	32	31,7 %	31	26,5 %	22	36,1 %	23	51,1 %	28	38,9 %	136	34,3 %
	Leichte Verschlechterung	7	6,9 %	15	12,8 %	7	11,5 %	5	11,1 %	10	13,9 %	44	11,1 %
	Deutliche Verschlechterung	1	1,0 %	2	1,7 %	1	1,6 %	0	0,0 %	0	0,0 %	4	1,0 %
	Keine Inanspruchnahme	60	59,4 %	69	59,0 %	28	45,9 %	15	33,3 %	32	44,4 %	204	51,5 %

Tabelle 18: Frage 11 "Welche der folgenden Handlungsfelder im Bereich Schulen und Bildung waren und sind für die finanzielle Entwicklung Ihrer Kommune von besonderer Bedeutung?"

In der Vergangenheit

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Neubau und Erweiterung durch veränderte Standards und Betreuungskonzepte	Sehr groß	13	15,1 %	31	29,0 %	16	28,1 %	17	38,6 %	12	17,4 %	89	24,5 %
	Groß	20	23,3 %	37	34,6 %	24	42,1 %	21	47,7 %	28	40,6 %	130	35,8 %
	Gering	28	32,6 %	23	21,5 %	13	22,8 %	5	11,4 %	25	36,2 %	94	25,9 %
	Keine	25	29,1 %	16	15,0 %	4	7,0 %	1	2,3 %	4	5,8 %	50	13,8 %
Digitalisierung und Multimediaausstattung	Sehr groß	6	7,6 %	11	10,3 %	5	8,6 %	6	14,0 %	18	25,7 %	46	12,9 %
	Groß	23	29,1 %	43	40,2 %	27	46,6 %	23	53,5 %	31	44,3 %	147	41,2 %
	Gering	40	50,6 %	43	40,2 %	23	39,7 %	14	32,6 %	19	27,1 %	139	38,9 %
	Keine	10	12,7 %	10	9,3 %	3	5,2 %	0	0,0 %	2	2,9 %	25	7,0 %
Integration von Zuwanderern und Flüchtlingskindern	Sehr groß	6	7,3 %	5	4,8 %	6	10,3 %	7	15,6 %	6	8,8 %	30	8,4 %
	Groß	6	7,3 %	24	22,9 %	11	19,0 %	7	15,6 %	11	16,2 %	59	16,5 %
	Gering	26	31,7 %	23	21,9 %	25	43,1 %	28	62,2 %	37	54,4 %	139	38,8 %
	Keine	44	53,7 %	53	50,5 %	16	27,6 %	3	6,7 %	14	20,6 %	130	36,3 %
Inklusion	Sehr groß	2	2,4 %	6	5,7 %	6	10,9 %	5	11,1 %	2	2,9 %	21	5,9 %
	Groß	5	6,1 %	21	19,8 %	13	23,6 %	15	33,3 %	28	41,2 %	82	23,0 %
	Gering	37	45,1 %	47	44,3 %	30	54,5 %	24	53,3 %	35	51,5 %	173	48,6 %
	Keine	38	46,3 %	32	30,2 %	6	10,9 %	1	2,2 %	3	4,4 %	80	22,5 %
Erhalt kleiner Schulen	Sehr groß	25	30,5 %	19	22,6 %	6	14,3 %	1	3,8 %	3	9,4 %	54	20,3 %
	Groß	20	24,4 %	22	26,2 %	11	26,2 %	6	23,1 %	10	31,3 %	69	25,9 %
	Gering	20	24,4 %	16	19,0 %	16	38,1 %	6	23,1 %	8	25,0 %	66	24,8 %
	Keine	17	20,7 %	27	32,1 %	9	21,4 %	13	50,0 %	11	34,4 %	77	28,9 %
Schülertransport	Sehr groß	12	15,2 %	18	20,9 %	3	6,4 %	7	18,9 %	17	25,4 %	57	18,0 %
	Groß	31	39,2 %	25	29,1 %	17	36,2 %	13	35,1 %	36	53,7 %	122	38,6 %
	Gering	21	26,6 %	25	29,1 %	23	48,9 %	16	43,2 %	12	17,9 %	97	30,7 %
	Keine	15	19,0 %	18	20,9 %	4	8,5 %	1	2,7 %	2	3,0 %	40	12,7 %
Renovierung alter Bausubstanz	Sehr groß	23	27,1 %	38	35,5 %	16	28,6 %	17	39,5 %	30	44,1 %	124	34,5 %
	Groß	27	31,8 %	36	33,6 %	26	46,4 %	21	48,8 %	27	39,7 %	137	38,2 %
	Gering	21	24,7 %	30	28,0 %	12	21,4 %	5	11,6 %	11	16,2 %	79	22,0 %
	Keine	14	16,5 %	3	2,8 %	2	3,6 %	0	0,0 %	0	0,0 %	19	5,3 %
VHS und Erwachsenenbildung	Sehr groß	2	3,6 %	2	2,6 %	1	2,6 %	1	2,9 %	0	0,0 %	6	2,4 %
	Groß	5	8,9 %	9	11,7 %	7	18,4 %	13	37,1 %	11	26,2 %	45	18,1 %
	Gering	24	42,9 %	37	48,1 %	20	52,6 %	19	54,3 %	22	52,4 %	122	49,2 %
	Keine	25	44,6 %	29	37,7 %	10	26,3 %	2	5,7 %	9	21,4 %	75	30,2 %
Rückbau oder Umwidmung nicht mehr benötigter Schulen	Sehr groß	2	3,8 %	2	3,2 %	1	2,2 %	2	5,4 %	0	0,0 %	7	2,9 %
	Groß	4	7,5 %	7	11,3 %	5	11,1 %	8	21,6 %	3	7,3 %	27	11,3 %
	Gering	9	17,0 %	11	17,7 %	11	24,4 %	17	45,9 %	14	34,1 %	62	26,1 %
	Keine	38	71,7 %	42	67,7 %	28	62,2 %	10	27,0 %	24	58,5 %	142	59,7 %
Erhalt bestehender Förderschulen	Sehr groß	2	8,0 %	3	7,3 %	3	10,3 %	4	10,8 %	5	8,5 %	17	8,9 %
	Groß	1	4,0 %	6	14,6 %	6	20,7 %	15	40,5 %	22	37,3 %	50	26,2 %
	Gering	3	12,0 %	11	26,8 %	15	51,7 %	14	37,8 %	24	40,7 %	67	35,1 %
	Keine	19	76,0 %	21	51,2 %	5	17,2 %	4	10,8 %	8	13,6 %	57	29,8 %
Kindertagesbetreuungsangebote	Sehr groß	30	35,3 %	39	35,5 %	17	30,9 %	18	42,9 %	4	14,8 %	108	33,9 %
	Groß	36	42,4 %	45	40,9 %	32	58,2 %	21	50,0 %	9	33,3 %	143	44,8 %
	Gering	16	18,8 %	20	18,2 %	5	9,1 %	2	4,8 %	10	37,0 %	53	16,6 %
	Keine	3	3,5 %	6	5,5 %	1	1,8 %	1	2,4 %	4	14,8 %	15	4,7 %
Frühkindliche Bildungsangebote	Sehr groß	9	14,8 %	18	19,1 %	7	14,6 %	8	19,5 %	1	5,3 %	43	16,3 %
	Groß	13	21,3 %	21	22,3 %	22	45,8 %	22	53,7 %	6	31,6 %	84	31,9 %
	Gering	26	42,6 %	35	37,2 %	17	35,4 %	10	24,4 %	8	42,1 %	96	36,5 %
	Keine	13	21,3 %	20	21,3 %	2	4,2 %	1	2,4 %	4	21,1 %	40	15,2 %
Sonstiges	Sehr groß	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	50,0 %	0	0,0 %	1	5,3 %
	Groß	2	40,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	20,0 %	3	15,8 %
	Gering	0	0,0 %	1	16,7 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	5,3 %
	Keine	3	60,0 %	5	83,3 %	1	100,0 %	1	50,0 %	4	80,0 %	14	73,7 %

Tabelle 19: Frage 11 "Welche der folgenden Handlungsfelder im Bereich Schulen und Bildung waren und sind für die finanzielle Entwicklung Ihrer Kommune von besonderer Bedeutung?" Voraussichtliche zukünftige Bedeutung

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Neubau und Erweiterung durch veränderte Standards und Betreuungskonzepte	Sehr groß	19	22,6 %	31	30,1 %	21	38,2 %	20	47,6 %	14	21,2 %	105	30,0 %
	Groß	25	29,8 %	40	38,8 %	22	40,0 %	20	47,6 %	32	48,5 %	139	39,7 %
	Gering	26	31,0 %	19	18,4 %	10	18,2 %	2	4,8 %	17	25,8 %	74	21,1 %
	Keine	14	16,7 %	13	12,6 %	2	3,6 %	0	0,0 %	3	4,5 %	32	9,1 %
Digitalisierung und Multimediaausstattung	Sehr groß	11	13,8 %	21	20,0 %	7	12,3 %	12	30,0 %	20	29,0 %	71	20,2 %
	Groß	34	42,5 %	49	46,7 %	31	54,4 %	26	65,0 %	34	49,3 %	174	49,6 %
	Gering	27	33,8 %	31	29,5 %	17	29,8 %	2	5,0 %	14	20,3 %	91	25,9 %
	Keine	8	10,0 %	4	3,8 %	2	3,5 %	0	0,0 %	1	1,4 %	15	4,3 %
Integration von Zuwanderern und Flüchtlingskindern	Sehr groß	19	22,9 %	39	37,1 %	26	44,8 %	30	68,2 %	36	54,5 %	150	42,1 %
	Groß	35	42,2 %	44	41,9 %	24	41,4 %	12	27,3 %	20	30,3 %	135	37,9 %
	Gering	26	31,3 %	18	17,1 %	8	13,8 %	2	4,5 %	8	12,1 %	62	17,4 %
	Keine	3	3,6 %	4	3,8 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	3,0 %	9	2,5 %
Inklusion	Sehr groß	7	8,8 %	19	17,9 %	13	23,2 %	24	57,1 %	13	19,1 %	76	21,6 %
	Groß	20	25,0 %	47	44,3 %	35	62,5 %	15	35,7 %	44	64,7 %	161	45,7 %
	Gering	44	55,0 %	33	31,1 %	8	14,3 %	3	7,1 %	10	14,7 %	98	27,8 %
	Keine	9	11,3 %	7	6,6 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	1,5 %	17	4,8 %
Erhalt kleiner Schulen	Sehr groß	33	39,3 %	21	25,6 %	8	19,0 %	3	12,5 %	4	12,5 %	69	26,1 %
	Groß	23	27,4 %	19	23,2 %	16	38,1 %	2	8,3 %	11	34,4 %	71	26,9 %
	Gering	21	25,0 %	21	25,6 %	12	28,6 %	8	33,3 %	9	28,1 %	71	26,9 %
	Keine	7	8,3 %	21	25,6 %	6	14,3 %	11	45,8 %	8	25,0 %	53	20,1 %
Schülertransport	Sehr groß	16	20,5 %	19	22,6 %	4	8,5 %	11	32,4 %	22	32,4 %	72	23,2 %
	Groß	34	43,6 %	27	32,1 %	22	46,8 %	11	32,4 %	34	50,0 %	128	41,2 %
	Gering	16	20,5 %	23	27,4 %	17	36,2 %	11	32,4 %	10	14,7 %	77	24,8 %
	Keine	12	15,4 %	15	17,9 %	4	8,5 %	1	2,9 %	2	2,9 %	34	10,9 %
Renovierung alter Bausubstanz	Sehr groß	18	20,9 %	32	29,9 %	15	26,3 %	22	51,2 %	26	38,2 %	113	31,3 %
	Groß	29	33,7 %	43	40,2 %	27	47,4 %	18	41,9 %	30	44,1 %	147	40,7 %
	Gering	25	29,1 %	25	23,4 %	13	22,8 %	2	4,7 %	12	17,6 %	77	21,3 %
	Keine	14	16,3 %	7	6,5 %	2	3,5 %	1	2,3 %	0	0,0 %	24	6,6 %
VHS und Erwachsenenbildung	Sehr groß	2	3,8 %	1	1,4 %	1	2,7 %	3	8,8 %	1	2,6 %	8	3,4 %
	Groß	5	9,4 %	12	16,9 %	8	21,6 %	15	44,1 %	13	33,3 %	53	22,6 %
	Gering	23	43,4 %	30	42,3 %	18	48,6 %	15	44,1 %	18	46,2 %	104	44,4 %
	Keine	23	43,4 %	28	39,4 %	10	27,0 %	1	2,9 %	7	17,9 %	69	29,5 %
Rückbau oder Umwidmung nicht mehr benötigter Schulen	Sehr groß	6	11,8 %	5	8,5 %	3	6,8 %	1	3,4 %	3	8,6 %	18	8,3 %
	Groß	6	11,8 %	13	22,0 %	14	31,8 %	12	41,4 %	8	22,9 %	53	24,3 %
	Gering	9	17,6 %	8	13,6 %	12	27,3 %	11	37,9 %	15	42,9 %	55	25,2 %
	Keine	30	58,8 %	33	55,9 %	15	34,1 %	5	17,2 %	9	25,7 %	92	42,2 %
Erhalt bestehender Förderschulen	Sehr groß	2	8,7 %	3	8,1 %	2	7,4 %	6	17,6 %	5	9,3 %	18	10,3 %
	Groß	2	8,7 %	8	21,6 %	11	40,7 %	10	29,4 %	20	37,0 %	51	29,1 %
	Gering	2	8,7 %	8	21,6 %	7	25,9 %	16	47,1 %	26	48,1 %	59	33,7 %
	Keine	17	73,9 %	18	48,6 %	7	25,9 %	2	5,9 %	3	5,6 %	47	26,9 %
Kindertagesbetreuungsangebote	Sehr groß	22	26,5 %	38	34,2 %	19	33,3 %	15	36,6 %	4	15,4 %	98	30,8 %
	Groß	44	53,0 %	52	46,8 %	26	45,6 %	25	61,0 %	12	46,2 %	159	50,0 %
	Gering	15	18,1 %	17	15,3 %	11	19,3 %	0	0,0 %	8	30,8 %	51	16,0 %
	Keine	2	2,4 %	4	3,6 %	1	1,8 %	1	2,4 %	2	7,7 %	10	3,1 %
Frühkindliche Bildungsangebote	Sehr groß	13	22,0 %	18	19,1 %	11	22,9 %	11	27,5 %	2	11,1 %	55	21,2 %
	Groß	14	23,7 %	31	33,0 %	19	39,6 %	25	62,5 %	5	27,8 %	94	36,3 %
	Gering	23	39,0 %	34	36,2 %	17	35,4 %	3	7,5 %	8	44,4 %	85	32,8 %
	Keine	9	15,3 %	11	11,7 %	1	2,1 %	1	2,5 %	3	16,7 %	25	9,7 %
Sonstiges	Sehr groß	2	33,3 %	2	33,3 %	0	0,0 %	1	50,0 %	0	0,0 %	5	29,4 %
	Groß	1	16,7 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	33,3 %	2	11,8 %
	Gering	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	50,0 %	0	0,0 %	1	5,9 %
	Keine	3	50,0 %	4	66,7 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	66,7 %	9	52,9 %

Tabelle 20: Frage 12 "Wie haben sich die Ausgaben in den oben genannten Handlungsfeldern (Frage 11) in den letzten fünf Jahren in Ihrer Kommune insgesamt entwickelt?"

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Die Ausgaben für Schulen und Bildung sind in den letzten fünf Jahren …	Stark gestiegen	34	37,0 %	37	31,9 %	22	35,5 %	9	20,9 %	14	19,7 %	116	30,2 %
	Eher gestiegen	46	50,0 %	58	50,0 %	33	53,2 %	30	69,8 %	45	63,4 %	212	55,2 %
	Unverändert geblieben	12	13,0 %	20	17,2 %	7	11,3 %	4	9,3 %	11	15,5 %	54	14,1 %
	Eher gesunken	0	0,0 %	1	0,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	1,4 %	2	0,5 %
	Stark gesunken	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %

Tabelle 21: Frage 13 "Von welchen Entwicklungen der Nachfrager- / Schülerzahlen gehen Sie für die nächsten Jahre in Ihrer Kommune aus und hat dies bereits Auswirkungen auf Ihre Kapazitäts-planungen (insb. Gebäude- und Raumbedarf)?"

Entwicklung der Nachfrager- / Schülerzahlen

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Grundschulen	Stark steigend	0	0,0 %	0	0,0 %	1	2,0 %	2	6,9 %	1	6,7 %	4	1,4 %
	Steigend	29	33,0 %	36	34,0 %	12	23,5 %	6	20,7 %	2	13,3 %	85	29,4 %
	Sinkend	53	60,2 %	56	52,8 %	29	56,9 %	13	44,8 %	5	33,3 %	156	54,0 %
	Stark sinkend	4	4,5 %	6	5,7 %	1	2,0 %	0	0,0 %	1	6,7 %	12	4,2 %
	Stadträumlich unterschiedlich	2	2,3 %	8	7,5 %	8	15,7 %	8	27,6 %	6	40,0 %	32	11,1 %
Hauptschulen	Stark steigend	0	0,0 %	0	0,0 %	1	2,8 %	1	3,0 %	0	0,0 %	2	1,2 %
	Steigend	3	9,4 %	5	8,8 %	2	5,6 %	0	0,0 %	2	13,3 %	12	6,9 %
	Sinkend	17	53,1 %	31	54,4 %	13	36,1 %	8	24,2 %	8	53,3 %	77	44,5 %
	Stark sinkend	10	31,3 %	21	36,8 %	20	55,6 %	23	69,7 %	5	33,3 %	79	45,7 %
	Stadträumlich unterschiedlich	2	6,3 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	3,0 %	0	0,0 %	3	1,7 %
Realschulen	Stark steigend	0	0,0 %	0	0,0 %	1	2,9 %	2	5,7 %	0	0,0 %	3	1,9 %
	Steigend	2	20,0 %	11	34,4 %	11	32,4 %	11	31,4 %	11	25,0 %	46	29,7 %
	Sinkend	5	50,0 %	17	53,1 %	16	47,1 %	13	37,1 %	26	59,1 %	77	49,7 %
	Stark sinkend	1	10,0 %	4	12,5 %	6	17,6 %	6	17,1 %	1	2,3 %	18	11,6 %
	Stadträumlich unterschiedlich	2	20,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	3	8,6 %	6	13,6 %	11	7,1 %
Gymnasien	Stark steigend	1	11,1 %	2	11,1 %	3	8,8 %	7	18,4 %	0	0,0 %	13	8,8 %
	Steigend	4	44,4 %	5	27,8 %	19	55,9 %	24	63,2 %	25	52,1 %	77	52,4 %
	Sinkend	2	22,2 %	11	61,1 %	12	35,3 %	5	13,2 %	21	43,8 %	51	34,7 %
	Stark sinkend	1	11,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,7 %
	Stadträumlich unterschiedlich	1	11,1 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	5,3 %	2	4,2 %	5	3,4 %
Gesamtschulen	Stark steigend	0	0,0 %	6	31,6 %	8	36,4 %	7	23,3 %	5	21,7 %	26	25,5 %
	Steigend	2	25,0 %	8	42,1 %	10	45,5 %	15	50,0 %	11	47,8 %	46	45,1 %
	Sinkend	3	37,5 %	5	26,3 %	4	18,2 %	7	23,3 %	6	26,1 %	25	24,5 %
	Stark sinkend	2	25,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	2,0 %
	Stadträumlich unterschiedlich	1	12,5 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	3,3 %	1	4,3 %	3	2,9 %
Zusammengefasste Sek1	Stark steigend	1	25,0 %	1	7,1 %	2	11,8 %	2	13,3 %	1	5,6 %	7	10,3 %
	Steigend	0	0,0 %	6	42,9 %	11	64,7 %	10	66,7 %	5	27,8 %	32	47,1 %
	Sinkend	1	25,0 %	6	42,9 %	3	17,6 %	3	20,0 %	12	66,7 %	25	36,8 %
	Stark sinkend	1	25,0 %	1	7,1 %	1	5,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	3	4,4 %
	Stadträumlich unterschiedlich	1	25,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	1,5 %
Berufsschulen	Stark steigend	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	10,0 %	2	3,1 %	4	4,3 %
	Steigend	1	33,3 %	0	0,0 %	1	33,3 %	8	40,0 %	20	30,8 %	30	32,6 %
	Sinkend	1	33,3 %	1	100,0 %	1	33,3 %	10	50,0 %	40	61,5 %	53	57,6 %
	Stark sinkend	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	3,1 %	2	2,2 %
	Stadträumlich unterschiedlich	1	33,3 %	0	0,0 %	1	33,3 %	0	0,0 %	1	1,5 %	3	3,3 %
Förderschulen	Stark steigend	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	6,5 %	0	0,0 %	2	1,6 %
	Steigend	1	25,0 %	1	8,3 %	6	26,1 %	7	22,6 %	10	16,9 %	25	19,4 %
	Sinkend	2	50,0 %	5	41,7 %	10	43,5 %	16	51,6 %	38	64,4 %	71	55,0 %
	Stark sinkend	0	0,0 %	6	50,0 %	7	30,4 %	6	19,4 %	8	13,6 %	27	20,9 %
	Stadträumlich unterschiedlich	1	25,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	3	5,1 %	4	3,1 %
VHS und Erw achsenenbildung	Stark steigend	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	4,0 %	0	0,0 %	1	0,8 %
	Steigend	5	26,3 %	14	41,2 %	13	52,0 %	12	48,0 %	10	40,0 %	54	42,2 %
	Sinkend	13	68,4 %	18	52,9 %	11	44,0 %	11	44,0 %	13	52,0 %	66	51,6 %
	Stark sinkend	1	5,3 %	1	2,9 %	1	4,0 %	0	0,0 %	1	4,0 %	4	3,1 %
	Stadträumlich unterschiedlich	0	0,0 %	1	2,9 %	0	0,0 %	1	4,0 %	1	4,0 %	3	2,3 %
Sonstiges	Stark steigend	1	50,0 %	2	100,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	3	37,5 %
	Steigend	1	50,0 %	0	0,0 %	1	100,0 %	1	100,0 %	0	0,0 %	3	37,5 %
	Sinkend	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	100,0 %	2	25,0 %
	Stark sinkend	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Stadträumlich unterschiedlich	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %

Tabelle 22: Frage 13 "Von welchen Entwicklungen der Nachfrager- / Schülerzahlen gehen Sie für die nächsten Jahre in Ihrer Kommune aus und hat dies bereits Auswirkungen auf Ihre Kapazitäts-planungen (insb. Gebäude- und Raumbedarf)?"

Auswirkungen auf Kapazitätsplanung

		Einwohnergrößenklassen					
		2.000 bis 5.000	5.000 bis 20.000	20.000 bis 50.000	mehr als 50.000	Landkreise	Gesamt
		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Grundschulen	Ausbau	11	18	12	15	2	58
	Keine Auswirkung	66	82	35	22	7	212
	Rückbau	9	7	9	4	5	34
	Nicht zutreffend	11	5	2	0	52	70
Hauptschulen	Ausbau	3	5	3	1	2	14
	Keine Auswirkung	21	36	12	8	8	85
	Rückbau	7	14	22	25	4	72
	Nicht zutreffend	64	54	19	5	51	193
Realschulen	Ausbau	0	7	5	6	8	26
	Keine Auswirkung	9	19	20	19	31	98
	Rückbau	0	4	9	10	4	27
	Nicht zutreffend	83	76	22	2	24	207
Gymnasien	Ausbau	0	1	8	13	15	37
	Keine Auswirkung	6	16	27	27	35	111
	Rückbau	0	1	0	0	0	1
	Nicht zutreffend	83	89	22	1	18	213
Gesamtschulen	Ausbau	0	13	13	17	10	53
	Keine Auswirkung	5	7	9	17	14	52
	Rückbau	0	0	0	0	0	0
	Nicht zutreffend	86	87	36	7	42	258
Zusammengefasste Sek1	Ausbau	1	3	8	8	4	24
	Keine Auswirkung	1	8	8	5	16	38
	Rückbau	0	0	1	1	0	2
	Nicht zutreffend	87	92	40	24	45	288
Berufsschulen	Ausbau	0	0	1	7	16	24
	Keine Auswirkung	2	2	1	13	48	66
	Rückbau	0	0	0	2	4	6
	Nicht zutreffend	90	108	54	18	0	270
Förderschulen	Ausbau	0	0	1	3	2	6
	Keine Auswirkung	3	9	17	17	46	92
	Rückbau	0	4	6	13	11	34
	Nicht zutreffend	88	98	34	5	6	231
VHS und Erwachsenenbildung	Ausbau	1	2	1	4	0	8
	Keine Auswirkung	20	35	24	23	27	129
	Rückbau	1	0	1	0	0	2
	Nicht zutreffend	72	69	32	10	39	222
Sonstiges	Ausbau	2	2	1	1	1	7
	Keine Auswirkung	0	2	0	0	3	5
	Rückbau	0	0	0	0	0	0
	Nicht zutreffend	47	28	12	4	19	110

Tabelle 23: Frage 14 "Hat Ihre Kommune bereits mit der Umsetzung verbindlicher schulischer Inklusion begonnen?"

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Bereits mit der Umsetzung verbindlicher schulischer Inklusion begonnen	Ja	10	11,1 %	39	35,8 %	27	46,6 %	28	68,3 %	16	25,0 %	120	33,1 %
	Nein, aber geplant	9	10,0 %	7	6,4 %	4	6,9 %	6	14,6 %	5	7,8 %	31	8,6 %
	Nein und auch nicht geplant	71	78,9 %	63	57,8 %	27	46,6 %	7	17,1 %	43	67,2 %	211	58,3 %

Tabelle 24: Frage 14 "Hat Ihre Kommune bereits mit der Umsetzung verbindlicher schulischer Inklusion begonnen?"

Wenn „Ja“ oder „Nein, aber geplant“

	Einwohnergrößenklassen											
	2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Umsetzung verbindlicher schulischer Inklusion seit dem Jahr ...	112	2013	128	2013	65	2012	47	2013	73	2011	425	2012
Umsetzung verbindlicher schulischer Inklusion in ... Schulen	112	1,38	128	2,00	65	2,90	47	14,35	73	19,71	425	6,41
von ... Schulen insgesamt	112	1,63	128	2,82	65	8,60	47	77,00	73	22,25	425	21,81
Umsetzung verbindlichen schulischer Inklusion ab dem Jahr ...	112	2016	128	2017	65	2016	47	2016	73	2016	425	2016

Tabelle 25: Frage 15 "Für wie wichtig halten Sie die folgenden qualtativen Maßnahmen / Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Einführung / Umsetzung der schulischen Inklusion in Ihrer Kommune?"

Bedeutung

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Zusätzlicher Raumbedarf	Sehr wichtig	1	4,5 %	17	29,8 %	6	18,8 %	13	41,9 %	10	35,7 %	47	27,6 %
		10	45,5 %	22	38,6 %	19	59,4 %	15	48,4 %	10	35,7 %	76	44,7 %
		5	22,7 %	10	17,5 %	3	9,4 %	1	3,2 %	6	21,4 %	25	14,7 %
	Eher unwichtig	2	9,1 %	2	3,5 %	1	3,1 %	1	3,2 %	1	3,6 %	7	4,1 %
	Weiß nicht	4	18,2 %	6	10,5 %	3	9,4 %	1	3,2 %	1	3,6 %	15	8,8 %
Bauliche Herstellung von Barrierefreiheit	Sehr wichtig	10	50,0 %	28	50,9 %	10	31,3 %	22	71,0 %	17	58,6 %	87	52,1 %
		6	30,0 %	19	34,5 %	20	62,5 %	5	16,1 %	10	34,5 %	60	35,9 %
		2	10,0 %	4	7,3 %	1	3,1 %	3	9,7 %	1	3,4 %	11	6,6 %
	Eher unwichtig	1	5,0 %	1	1,8 %	0	0,0 %	1	3,2 %	0	0,0 %	3	1,8 %
	Weiß nicht	1	5,0 %	3	5,5 %	1	3,1 %	0	0,0 %	1	3,4 %	6	3,6 %
Zusätzliche Lehr- und Lernmittel	Sehr wichtig	6	28,6 %	19	33,9 %	8	25,0 %	15	48,4 %	9	32,1 %	57	33,9 %
		6	28,6 %	23	41,1 %	17	53,1 %	13	41,9 %	14	50,0 %	73	43,5 %
		4	19,0 %	9	16,1 %	6	18,8 %	2	6,5 %	3	10,7 %	24	14,3 %
	Eher unwichtig	1	4,8 %	1	1,8 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	1,2 %
	Weiß nicht	4	19,0 %	4	7,1 %	1	3,1 %	1	3,2 %	2	7,1 %	12	7,1 %
Einstellung von zusätzlichem Personal – Bedeutung für erfolgreiche Inklusion	Sehr wichtig	4	18,2 %	25	46,3 %	11	36,7 %	21	67,7 %	11	45,8 %	72	44,7 %
		8	36,4 %	14	25,9 %	10	33,3 %	5	16,1 %	11	45,8 %	48	29,8 %
		4	18,2 %	7	13,0 %	5	16,7 %	3	9,7 %	1	4,2 %	20	12,4 %
	Eher unwichtig	0	0,0 %	1	1,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,6 %
	Weiß nicht	6	27,3 %	7	13,0 %	4	13,3 %	2	6,5 %	1	4,2 %	20	12,4 %
Behindertengerechte Schülerbeförderung	Sehr wichtig	6	28,6 %	16	31,4 %	3	10,3 %	14	45,2 %	13	44,8 %	52	32,3 %
		5	23,8 %	16	31,4 %	14	48,3 %	10	32,3 %	12	41,4 %	57	35,4 %
		4	19,0 %	8	15,7 %	6	20,7 %	5	16,1 %	1	3,4 %	24	14,9 %
	Eher unwichtig	2	9,5 %	4	7,8 %	1	3,4 %	0	0,0 %	1	3,4 %	8	5,0 %
	Weiß nicht	4	19,0 %	7	13,7 %	5	17,2 %	2	6,5 %	2	6,9 %	20	12,4 %
Behindertengerechte Verpflegung	Sehr wichtig	3	14,3 %	14	27,5 %	0	0,0 %	1	3,6 %	4	15,4 %	22	13,9 %
		5	23,8 %	6	11,8 %	9	28,1 %	10	35,7 %	7	26,9 %	37	23,4 %
		5	23,8 %	14	27,5 %	9	28,1 %	7	25,0 %	3	11,5 %	38	24,1 %
	Eher unwichtig	3	14,3 %	8	15,7 %	4	12,5 %	3	10,7 %	5	19,2 %	23	14,6 %
	Weiß nicht	5	23,8 %	9	17,6 %	10	31,3 %	7	25,0 %	7	26,9 %	38	24,1 %
Bereithaltung eines inklusiven Ganztagsangebots	Sehr wichtig	6	27,3 %	13	23,6 %	6	18,8 %	13	41,9 %	3	11,5 %	41	24,7 %
		6	27,3 %	22	40,0 %	15	46,9 %	12	38,7 %	15	57,7 %	70	42,2 %
		2	9,1 %	13	23,6 %	6	18,8 %	3	9,7 %	3	11,5 %	27	16,3 %
	Eher unwichtig	3	13,6 %	3	5,5 %	1	3,1 %	0	0,0 %	2	7,7 %	9	5,4 %
	Weiß nicht	5	22,7 %	4	7,3 %	4	12,5 %	3	9,7 %	3	11,5 %	19	11,4 %
Durchführung eines inklusiven Ferienangebots	Sehr wichtig	3	14,3 %	8	14,8 %	1	3,2 %	1	3,2 %	3	11,1 %	16	9,8 %
		5	23,8 %	15	27,8 %	7	22,6 %	14	45,2 %	5	18,5 %	46	28,0 %
		6	28,6 %	14	25,9 %	9	29,0 %	6	19,4 %	7	25,9 %	42	25,6 %
	Eher unwichtig	2	9,5 %	12	22,2 %	3	9,7 %	4	12,9 %	7	25,9 %	28	17,1 %
	Weiß nicht	5	23,8 %	5	9,3 %	11	35,5 %	6	19,4 %	5	18,5 %	32	19,5 %
Abbau von Vorbehalten / Intoleranz vor Ort	Sehr wichtig	7	33,3 %	20	37,7 %	8	25,0 %	14	48,3 %	11	39,3 %	60	36,8 %
		7	33,3 %	14	26,4 %	13	40,6 %	7	24,1 %	11	39,3 %	52	31,9 %
		2	9,5 %	8	15,1 %	2	6,3 %	4	13,8 %	1	3,6 %	17	10,4 %
	Eher unwichtig	2	9,5 %	6	11,3 %	1	3,1 %	2	6,9 %	2	7,1 %	13	8,0 %
	Weiß nicht	3	14,3 %	5	9,4 %	8	25,0 %	2	6,9 %	3	10,7 %	21	12,9 %
Einbeziehung / Information der Eltern	Sehr wichtig	7	35,0 %	23	42,6 %	12	37,5 %	11	42,3 %	13	44,8 %	66	41,0 %
		6	30,0 %	21	38,9 %	11	34,4 %	12	46,2 %	13	44,8 %	63	39,1 %
		4	20,0 %	7	13,0 %	2	6,3 %	0	0,0 %	2	6,9 %	15	9,3 %
	Eher unwichtig	0	0,0 %	1	1,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,6 %
	Weiß nicht	3	15,0 %	2	3,7 %	7	21,9 %	3	11,5 %	1	3,4 %	16	9,9 %
Konkretere gesetzliche Regelungen qualitativer Standards durch Bund / Land	Sehr wichtig	5	25,0 %	16	29,6 %	10	31,3 %	22	73,3 %	10	34,5 %	63	38,2 %
		4	20,0 %	20	37,0 %	12	37,5 %	4	13,3 %	11	37,9 %	51	30,9 %
		4	20,0 %	5	9,3 %	3	9,4 %	2	6,7 %	4	13,8 %	18	10,9 %
	Eher unwichtig	3	15,0 %	7	13,0 %	0	0,0 %	1	3,3 %	1	3,4 %	12	7,3 %
	Weiß nicht	4	20,0 %	6	11,1 %	7	21,9 %	1	3,3 %	3	10,3 %	21	12,7 %
Bessere finanzielle Förderung/ Finanzierung von Inklusion durch Bund / Länder	Sehr wichtig	13	61,9 %	43	76,8 %	23	71,9 %	28	90,3 %	22	75,9 %	129	76,3 %
		4	19,0 %	10	17,9 %	8	25,0 %	2	6,5 %	6	20,7 %	30	17,8 %
		1	4,8 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,6 %
	Eher unwichtig	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Weiß nicht	3	14,3 %	3	5,4 %	1	3,1 %	1	3,2 %	1	3,4 %	9	5,3 %
Schaffung eines bedarfsgerechten und wohnortnahen Förderschulangebots'	Sehr wichtig	5	25,0 %	10	20,4 %	10	31,3 %	6	20,7 %	8	27,6 %	39	24,5 %
		6	30,0 %	19	38,8 %	9	28,1 %	10	34,5 %	8	27,6 %	52	32,7 %
		4	20,0 %	9	18,4 %	7	21,9 %	8	27,6 %	8	27,6 %	36	22,6 %
	Eher unwichtig	3	15,0 %	3	6,1 %	1	3,1 %	3	10,3 %	1	3,4 %	11	6,9 %
	Weiß nicht	2	10,0 %	8	16,3 %	5	15,6 %	2	6,9 %	4	13,8 %	21	13,2 %
Sonstiges	Sehr wichtig	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	100,0 %	0	0,0 %	1	5,9 %
		0	0,0 %	0	0,0 %	1	33,3 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	5,9 %
		0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Eher unwichtig	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Weiß nicht	6	100,0 %	4	100,0 %	2	66,7 %	0	0,0 %	3	100,0 %	15	88,2 %

Tabelle 26: Frage 15 "Für wie wichtig halten Sie die folgenden qualtativen Maßnahmen / Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Einführung / Umsetzung der schulischen Inklusion in Ihrer Kommune?"

Tatsächliche Umsetzung

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Zusätzlicher Raumbedarf	Wird erfüllt	5	22,7 %	9	16,1 %	2	6,3 %	2	6,7 %	1	3,8 %	19	11,4 %
		4	18,2 %	19	33,9 %	14	43,8 %	5	16,7 %	8	30,8 %	50	30,1 %
		2	9,1 %	9	16,1 %	7	21,9 %	20	66,7 %	8	30,8 %	46	27,7 %
	Wird nicht erfüllt	2	9,1 %	7	12,5 %	5	15,6 %	2	6,7 %	3	11,5 %	19	11,4 %
	Weiß nicht	9	40,9 %	12	21,4 %	4	12,5 %	1	3,3 %	6	23,1 %	32	19,3 %
Bauliche Herstellung von Barrierefreiheit	Wird erfüllt	6	27,3 %	17	29,8 %	5	15,6 %	5	16,1 %	6	23,1 %	39	23,2 %
		3	13,6 %	13	22,8 %	19	59,4 %	12	38,7 %	12	46,2 %	59	35,1 %
		4	18,2 %	16	28,1 %	5	15,6 %	10	32,3 %	5	19,2 %	40	23,8 %
	Wird nicht erfüllt	3	13,6 %	3	5,3 %	1	3,1 %	3	9,7 %	1	3,8 %	11	6,5 %
	Weiß nicht	6	27,3 %	8	14,0 %	2	6,3 %	1	3,2 %	2	7,7 %	19	11,3 %
Zusätzliche Lehr- und Lernmittel	Wird erfüllt	1	4,5 %	11	19,3 %	4	12,5 %	8	26,7 %	6	23,1 %	30	18,0 %
		7	31,8 %	13	22,8 %	15	46,9 %	14	46,7 %	10	38,5 %	59	35,3 %
		3	13,6 %	19	33,3 %	8	25,0 %	7	23,3 %	5	19,2 %	42	25,1 %
	Wird nicht erfüllt	2	9,1 %	6	10,5 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	8	4,8 %
	Weiß nicht	9	40,9 %	8	14,0 %	5	15,6 %	1	3,3 %	5	19,2 %	28	16,8 %
Einstellung von zusätzlichem Personal – Bedeutung für erfolgreiche Inklusion	Wird erfüllt	1	4,3 %	5	9,4 %	3	9,4 %	1	3,4 %	3	11,5 %	13	8,0 %
		5	21,7 %	12	22,6 %	7	21,9 %	7	24,1 %	11	42,3 %	42	25,8 %
		3	13,0 %	13	24,5 %	11	34,4 %	16	55,2 %	3	11,5 %	46	28,2 %
	Wird nicht erfüllt	3	13,0 %	9	17,0 %	3	9,4 %	3	10,3 %	4	15,4 %	22	13,5 %
	Weiß nicht	11	47,8 %	14	26,4 %	8	25,0 %	2	6,9 %	5	19,2 %	40	24,5 %
Behindertengerechte Schülerbeförderung	Wird erfüllt	3	14,3 %	7	14,3 %	5	16,7 %	15	48,4 %	13	50,0 %	43	27,4 %
		4	19,0 %	6	12,2 %	10	33,3 %	8	25,8 %	8	30,8 %	36	22,9 %
		3	14,3 %	14	28,6 %	5	16,7 %	6	19,4 %	1	3,8 %	29	18,5 %
	Wird nicht erfüllt	1	4,8 %	7	14,3 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	8	5,1 %
	Weiß nicht	10	47,6 %	15	30,6 %	10	33,3 %	2	6,5 %	4	15,4 %	41	26,1 %
Behindertengerechte Verpflegung	Wird erfüllt	1	4,3 %	4	8,2 %	2	6,3 %	5	16,1 %	4	16,0 %	16	10,0 %
		2	8,7 %	4	8,2 %	4	12,5 %	6	19,4 %	3	12,0 %	19	11,9 %
		3	13,0 %	13	26,5 %	6	18,8 %	9	29,0 %	3	12,0 %	34	21,3 %
	Wird nicht erfüllt	5	21,7 %	11	22,4 %	3	9,4 %	0	0,0 %	2	8,0 %	21	13,1 %
	Weiß nicht	12	52,2 %	17	34,7 %	17	53,1 %	11	35,5 %	13	52,0 %	70	43,8 %
Bereithaltung eines inklusiven Ganztagsangebots	Wird erfüllt	4	17,4 %	5	9,4 %	5	16,1 %	4	13,3 %	1	4,0 %	19	11,7 %
		2	8,7 %	14	26,4 %	8	25,8 %	8	26,7 %	7	28,0 %	39	24,1 %
		3	13,0 %	11	20,8 %	8	25,8 %	11	36,7 %	5	20,0 %	38	23,5 %
	Wird nicht erfüllt	4	17,4 %	14	26,4 %	4	12,9 %	4	13,3 %	2	8,0 %	28	17,3 %
	Weiß nicht	10	43,5 %	9	17,0 %	6	19,4 %	3	10,0 %	10	40,0 %	38	23,5 %
Durchführung eines inklusiven Ferienangebots	Wird erfüllt	2	9,1 %	3	6,0 %	2	6,5 %	0	0,0 %	0	0,0 %	7	4,4 %
		2	9,1 %	6	12,0 %	5	16,1 %	5	16,7 %	4	16,0 %	22	13,9 %
		1	4,5 %	14	28,0 %	6	19,4 %	13	43,3 %	4	16,0 %	38	24,1 %
	Wird nicht erfüllt	7	31,8 %	18	36,0 %	6	19,4 %	4	13,3 %	7	28,0 %	42	26,6 %
	Weiß nicht	10	45,5 %	9	18,0 %	12	38,7 %	8	26,7 %	10	40,0 %	49	31,0 %
Abbau von Vorbehalten / Intoleranz vor Ort	Wird erfüllt	6	27,3 %	12	22,2 %	3	9,4 %	1	3,4 %	4	16,0 %	26	16,0 %
		4	18,2 %	14	25,9 %	14	43,8 %	13	44,8 %	9	36,0 %	54	33,3 %
		3	13,6 %	10	18,5 %	1	3,1 %	2	6,9 %	2	8,0 %	18	11,1 %
	Wird nicht erfüllt	1	4,5 %	2	3,7 %	1	3,1 %	0	0,0 %	2	8,0 %	6	3,7 %
	Weiß nicht	8	36,4 %	16	29,6 %	13	40,6 %	13	44,8 %	8	32,0 %	58	35,8 %
Einbeziehung / Information der Eltern	Wird erfüllt	4	18,2 %	14	25,9 %	7	21,9 %	2	7,4 %	5	19,2 %	32	19,9 %
		5	22,7 %	20	37,0 %	13	40,6 %	13	48,1 %	12	46,2 %	63	39,1 %
		5	22,7 %	10	18,5 %	2	6,3 %	2	7,4 %	4	15,4 %	23	14,3 %
	Wird nicht erfüllt	0	0,0 %	1	1,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	0,6 %
	Weiß nicht	8	36,4 %	9	16,7 %	10	31,3 %	10	37,0 %	5	19,2 %	42	26,1 %
Konkretere gesetzliche Regelungen qualitativer Standards durch Bund / Land	Wird erfüllt	0	0,0 %	1	2,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	3,8 %	2	1,2 %
		3	13,6 %	5	9,8 %	4	12,5 %	1	3,3 %	3	11,5 %	16	9,9 %
		5	22,7 %	15	29,4 %	10	31,3 %	10	33,3 %	10	38,5 %	50	31,1 %
	Wird nicht erfüllt	4	18,2 %	12	23,5 %	9	28,1 %	17	56,7 %	6	23,1 %	48	29,8 %
	Weiß nicht	10	45,5 %	18	35,3 %	9	28,1 %	2	6,7 %	6	23,1 %	45	28,0 %
Bessere finanzielle Förderung/ Finanzierung von Inklusion durch Bund / Länder	Wird erfüllt	0	0,0 %	2	3,7 %	2	6,3 %	0	0,0 %	1	3,8 %	5	3,0 %
		3	13,6 %	5	9,3 %	1	3,1 %	1	3,3 %	3	11,5 %	13	7,9 %
		5	22,7 %	11	20,4 %	16	50,0 %	14	46,7 %	11	42,3 %	57	34,8 %
	Wird nicht erfüllt	6	27,3 %	25	46,3 %	9	28,1 %	13	43,3 %	8	30,8 %	61	37,2 %
	Weiß nicht	8	36,4 %	11	20,4 %	4	12,5 %	2	6,7 %	3	11,5 %	28	17,1 %
Schaffung eines bedarfsgerechten und w ohnortnahen Förderschulangebots'	Wird erfüllt	3	14,3 %	2	3,8 %	2	6,3 %	7	24,1 %	5	18,5 %	19	11,8 %
		4	19,0 %	10	19,2 %	7	21,9 %	11	37,9 %	7	25,9 %	39	24,2 %
		5	23,8 %	11	21,2 %	10	31,3 %	2	6,9 %	8	29,6 %	36	22,4 %
	Wird nicht erfüllt	2	9,5 %	9	17,3 %	5	15,6 %	5	17,2 %	2	7,4 %	23	14,3 %
	Weiß nicht	7	33,3 %	20	38,5 %	8	25,0 %	4	13,8 %	5	18,5 %	44	27,3 %
Sonstiges	Wird erfüllt	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
		0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	100,0 %	0	0,0 %	1	3,8 %
		0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Wird nicht erfüllt	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Weiß nicht	9	100,0 %	10	100,0 %	3	100,0 %	0	0,0 %	3	100,0 %	25	96,2 %

Tabelle 27: Frage 16 "Welche zusätzlich bereitgestellten Ressourcen werden für die schulische Inklusion in Ihrer Kommune bereits eingesetzt und mit welchen Anteilen haben sich diese Aufwendungen ungefähr auf die genannten Bereiche verteilt (jährlicher Durchschnitt)?"

Zusätzliche Ressourcen

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Zusätzlicher Raumbedarf	Nein	14	60,9 %	34	66,7 %	9	36,0 %	4	16,0 %	10	40,0 %	71	47,7 %
	Ja, in geringem Umfang	5	21,7 %	17	33,3 %	12	48,0 %	15	60,0 %	15	60,0 %	64	43,0 %
	Ja, in großem Umfang	4	17,4 %	0	0,0 %	4	16,0 %	6	24,0 %	0	0,0 %	14	9,4 %
Bauliche Herstellung von Barrierefreiheit	Nein	12	54,5 %	20	39,2 %	4	13,8 %	2	7,7 %	3	12,0 %	41	26,8 %
	Ja, in geringem Umfang	6	27,3 %	22	43,1 %	18	62,1 %	13	50,0 %	17	68,0 %	76	49,7 %
	Ja, in großem Umfang	4	18,2 %	9	17,6 %	7	24,1 %	11	42,3 %	5	20,0 %	36	23,5 %
Zusätzliche Lehr- und Lernmittel	Nein	12	54,5 %	23	46,0 %	7	25,0 %	1	4,0 %	6	23,1 %	49	32,5 %
	Ja, in geringem Umfang	8	36,4 %	26	52,0 %	16	57,1 %	20	80,0 %	15	57,7 %	85	56,3 %
	Ja, in großem Umfang	2	9,1 %	1	2,0 %	5	17,9 %	4	16,0 %	5	19,2 %	17	11,3 %
Einstellung von zusätzlichem Personal	Nein	12	57,1 %	30	61,2 %	13	50,0 %	8	32,0 %	6	26,1 %	69	47,9 %
	Ja, in geringem Umfang	7	33,3 %	12	24,5 %	9	34,6 %	14	56,0 %	12	52,2 %	54	37,5 %
	Ja, in großem Umfang	2	9,5 %	7	14,3 %	4	15,4 %	3	12,0 %	5	21,7 %	21	14,6 %
Behindertengerechte Schülerbeförderung	Nein	16	76,2 %	37	75,5 %	16	61,5 %	4	16,0 %	4	18,2 %	77	53,8 %
	Ja, in geringem Umfang	4	19,0 %	9	18,4 %	8	30,8 %	14	56,0 %	8	36,4 %	43	30,1 %
	Ja, in großem Umfang	1	4,8 %	3	6,1 %	2	7,7 %	7	28,0 %	10	45,5 %	23	16,1 %
Behindertengerechte Verpflegung	Nein	19	90,5 %	44	89,8 %	24	88,9 %	16	64,0 %	19	82,6 %	122	84,1 %
	Ja, in geringem Umfang	2	9,5 %	4	8,2 %	2	7,4 %	9	36,0 %	3	13,0 %	20	13,8 %
	Ja, in großem Umfang	0	0,0 %	1	2,0 %	1	3,7 %	0	0,0 %	1	4,3 %	3	2,1 %
Bereithaltung eines inklusiven Ganztagsangebots	Nein	14	70,0 %	34	68,0 %	13	50,0 %	4	16,7 %	13	56,5 %	78	54,5 %
	Ja, in geringem Umfang	3	15,0 %	14	28,0 %	11	42,3 %	19	79,2 %	10	43,5 %	57	39,9 %
	Ja, in großem Umfang	3	15,0 %	2	4,0 %	2	7,7 %	1	4,2 %	0	0,0 %	8	5,6 %
Durchführung eines inklusiven Ferienangebots	Nein	15	75,0 %	38	77,6 %	18	72,0 %	14	56,0 %	19	82,6 %	104	73,2 %
	Ja, in geringem Umfang	4	20,0 %	10	20,4 %	6	24,0 %	10	40,0 %	4	17,4 %	34	23,9 %
	Ja, in großem Umfang	1	5,0 %	1	2,0 %	1	4,0 %	1	4,0 %	0	0,0 %	4	2,8 %
Abbau von Vorbehalten / Intoleranz vor Ort	Nein	13	65,0 %	30	63,8 %	16	64,0 %	12	52,2 %	14	63,6 %	85	62,0 %
	Ja, in geringem Umfang	6	30,0 %	14	29,8 %	8	32,0 %	9	39,1 %	6	27,3 %	43	31,4 %
	Ja, in großem Umfang	1	5,0 %	3	6,4 %	1	4,0 %	2	8,7 %	2	9,1 %	9	6,6 %
Einbeziehung / Information der Eltern	Nein	10	50,0 %	24	51,1 %	13	50,0 %	6	26,1 %	7	30,4 %	60	43,2 %
	Ja, in geringem Umfang	9	45,0 %	18	38,3 %	11	42,3 %	14	60,9 %	12	52,2 %	64	46,0 %
	Ja, in großem Umfang	1	5,0 %	5	10,6 %	2	7,7 %	3	13,0 %	4	17,4 %	15	10,8 %
Schaffung eines bedarfsgerechten und wohnortnahen Förderschulangebots	Nein	18	90,0 %	38	80,9 %	20	76,9 %	12	50,0 %	10	47,6 %	98	71,0 %
	Ja, in geringem Umfang	1	5,0 %	6	12,8 %	6	23,1 %	10	41,7 %	6	28,6 %	29	21,0 %
	Ja, in großem Umfang	1	5,0 %	3	6,4 %	0	0,0 %	2	8,3 %	5	23,8 %	11	8,0 %
Zusätzlicher Personal- und Sachaufwand der Verwaltung	Nein	12	60,0 %	34	70,8 %	14	53,8 %	6	25,0 %	14	58,3 %	80	56,3 %
	Ja, in geringem Umfang	8	40,0 %	13	27,1 %	11	42,3 %	15	62,5 %	8	33,3 %	55	38,7 %
	Ja, in großem Umfang	0	0,0 %	1	2,1 %	1	3,8 %	3	12,5 %	2	8,3 %	7	4,9 %
Sonstiges	Nein	12	100,0 %	16	100,0 %	10	100,0 %	6	100,0 %	8	88,9 %	52	98,1 %
	Ja, in geringem Umfang	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Ja, in großem Umfang	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	11,1 %	1	1,9 %

Tabelle 28: Frage 16 "Welche zusätzlich bereitgestellten Ressourcen werden für die schulische Inklusion in Ihrer Kommune bereits eingesetzt und mit welchen Anteilen haben sich diese Aufwendungen ungefähr auf die genannten Bereiche verteilt (jährlicher Durchschnitt)?"

Geschätzter Anteil

	Einwohnergrößenklassen											
	2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Zusätzlicher Raumbedarf	112	11,11	128	12,50	65	10,14	47	19,82	73	8,06	425	11,86
Bauliche Herstellung von Barrierefreiheit	112	26,67	128	38,33	65	50,57	47	33,64	73	31,89	425	36,89
Zusätzliche Lehr- und Lernmittel	112	10,00	128	16,94	65	19,64	47	9,64	73	6,94	425	12,87
Einstellung von zusätzlichem Personal	112	12,78	128	9,56	65	6,07	47	5,45	73	20,72	425	11,50
Behindertengerechte Schülerbeförderung	112	6,78	128	1,94	65	2,50	47	9,55	73	11,67	425	6,37
Behindertengerechte Verpflegung	112	1,67	128	0,56	65	0,36	47	1,36	73	1,06	425	0,91
Bereithaltung eines inklusiven Ganztagsangebots	112	3,89	128	6,83	65	3,57	47	6,91	73	1,67	425	4,49
Durchführung eines inklusiven Ferienangebots	112	3,33	128	1,11	65	1,43	47	0,91	73	0,22	425	1,20
Abbau von Vorbehalten / Intoleranz vor Ort	112	3,56	128	1,78	65	0,71	47	1,82	73	0,94	425	1,59
Einbeziehung / Information der Eltern	112	5,56	128	2,94	65	1,43	47	4,09	73	2,56	425	3,06
Schaffung eines bedarfsgerechten und wohnortnahen Förderschulangebots	112	1,33	128	1,94	65	1,07	47	0,91	73	10,11	425	3,63
Zusätzlicher Personal- und Sachaufwand der Verwaltung	112	5,56	128	5,56	65	2,50	47	5,00	73	4,44	425	4,57
Sonstiges	112	7,78	128	0,00	65	0,00	47	1,36	73	0,00	425	1,21

Tabelle 29: Frage 17 "Mit welchen Ausgaben rechnen Sie für die von Ihnen geplanten, die schulische Inklusion unterstützenden, Maßnahmen in den Jahren 2015 und 2016?"
2015

	Einwohnergrößenklassen											
	2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Zusätzlicher Raumbedarf	112	17,10	128	1,30	65	9,52	47	1,31	73	2,99	425	5,62
Bauliche Herstellung von Barrierefreiheit	112	25,31	128	4,48	65	51,31	47	1,94	73	37,61	425	22,07
Zusätzliche Lehr- und Lernmittel	112	7,12	128	0,60	65	19,87	47	0,17	73	9,68	425	6,39
Einstellung von zusätzlichem Personal	112	3,57	128	1,31	65	0,43	47	1,07	73	1,70	425	1,48
Behindertengerechte Schülerbeförderung	112	0,87	128	0,39	65	0,28	47	1,18	73	3,63	425	1,27
Behindertengerechte Verpflegung	112	0,31	128	0,01	65	0,00	47	0,00	73	0,01	425	0,06
Bereithaltung eines inklusiven Ganztagsangebots	112	2,79	128	0,22	65	0,05	47	0,06	73	0,05	425	0,59
Durchführung eines inklusiven Ferienangebots	112	1,42	128	0,04	65	0,02	47	0,00	73	0,01	425	0,26
Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau von Vorbehalten / Intoleranz	112	0,32	128	0,03	65	0,09	47	0,00	73	0,00	425	0,07
Einbeziehung / Information der Eltern	112	0,48	128	0,06	65	0,05	47	0,00	73	0,01	425	0,11
Schaffung eines bedarfsgerechten und wohnortnahen	112	0,87	128	0,24	65	0,51	47	0,11	73	1,22	425	0,55
Zusätzlicher Personal- und Sachaufwand der Verwaltung	112	1,34	128	0,33	65	0,28	47	0,10	73	2,61	425	0,78
Sonstiges	112	0,00	128	0,00	65	0,00	47	0,00	73	0,00	425	0,00
Insgesamt	112	69,16	128	55,16	65	17,32	47	4,35	73	102,00	425	48,55

Tabelle 30: Frage 17 "Mit welchen Ausgaben rechnen Sie für die von Ihnen geplanten, die schulische Inklusion unterstützenden, Maßnahmen in den Jahren 2015 und 2016?"
2016

	Einwohnergrößenklassen											
	2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert	Anzahl	Mittelwert
Zusätzlicher Raumbedarf	112	6,56	128	3,98	65	15,14	47	1,30	73	3,29	425	5,92
Bauliche Herstellung von Barrierefreiheit	112	18,62	128	7,89	65	10,48	47	2,31	73	40,73	425	14,75
Zusätzliche Lehr- und Lernmittel	112	6,10	128	0,73	65	3,67	47	0,18	73	8,97	425	3,34
Einstellung von zusätzlichem Personal	112	3,10	128	1,51	65	0,82	47	1,14	73	1,86	425	1,62
Behindertengerechte Schülerbeförderung	112	1,28	128	0,35	65	0,41	47	1,26	73	3,71	425	1,34
Behindertengerechte Verpflegung	112	0,35	128	0,04	65	0,00	47	0,00	73	0,04	425	0,07
Bereithaltung eines inklusiven Ganztagsangebots	112	3,28	128	0,70	65	0,17	47	0,09	73	0,08	425	0,90
Durchführung eines inklusiven Ferienangebots	112	1,28	128	0,05	65	0,03	47	0,00	73	0,02	425	0,25
Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau von Vorbehalten / Intoleranz	112	0,61	128	0,10	65	0,09	47	0,01	73	0,00	425	0,13
Einbeziehung / Information der Eltern	112	0,52	128	0,08	65	0,05	47	0,01	73	0,01	425	0,12
Schaffung eines bedarfsgerechten und wohnortnahen Förderschulangebots	112	1,00	128	0,59	65	0,67	47	0,11	73	1,24	425	0,70
Zusätzlicher Personal- und Sachaufwand der Verwaltung	112	1,32	128	0,44	65	0,28	47	0,14	73	2,29	425	0,82
Sonstiges	112	0,00	128	0,00	65	0,00	47	0,00	73	0,00	425	0,00
Insgesamt	112	27,66	128	9,57	65	29,00	47	4,53	73	92,40	425	29,44

Tabelle 31: Frage 17 "Mit welchen Ausgaben rechnen Sie für die von Ihnen geplanten, die schulische Inklusion unterstützenden, Maßnahmen in den Jahren 2015 und 2016?"
Weitere Entwicklung (geschätzt)

		Einwohnergrößenklassen											
		2.000 bis 5.000		5.000 bis 20.000		20.000 bis 50.000		mehr als 50.000		Landkreise		Gesamt	
		Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Zusätzlicher Raumbedarf	Eher sinkend	3	23,1 %	1	3,3 %	1	4,3 %	0	0,0 %	0	0,0 %	5	4,7 %
	Gleich bleibend	5	38,5 %	19	63,3 %	10	43,5 %	5	23,8 %	10	50,0 %	49	45,8 %
	Steigend	5	38,5 %	10	33,3 %	12	52,2 %	16	76,2 %	10	50,0 %	53	49,5 %
Bauliche Herstellung von Barrierefreiheit	Eher sinkend	2	14,3 %	2	5,9 %	2	7,7 %	0	0,0 %	2	9,5 %	8	6,7 %
	Gleich bleibend	6	42,9 %	18	52,9 %	10	38,5 %	8	32,0 %	12	57,1 %	54	45,0 %
	Steigend	6	42,9 %	14	41,2 %	14	53,8 %	17	68,0 %	7	33,3 %	58	48,3 %
Zusätzliche Lehr- und Lernmittel	Eher sinkend	1	7,7 %	1	2,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	1,8 %
	Gleich bleibend	6	46,2 %	22	64,7 %	12	48,0 %	10	47,6 %	9	52,9 %	59	53,6 %
	Steigend	6	46,2 %	11	32,4 %	13	52,0 %	11	52,4 %	8	47,1 %	49	44,5 %
Einstellung von zusätzlichem Personal	Eher sinkend	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Gleich bleibend	8	66,7 %	14	56,0 %	6	31,6 %	6	31,6 %	5	33,3 %	39	43,3 %
	Steigend	4	33,3 %	11	44,0 %	13	68,4 %	13	68,4 %	10	66,7 %	51	56,7 %
Behindertengerechte Schülerbeförderung	Eher sinkend	1	8,3 %	2	9,5 %	0	0,0 %	1	5,9 %	0	0,0 %	4	4,6 %
	Gleich bleibend	8	66,7 %	16	76,2 %	15	71,4 %	8	47,1 %	3	18,8 %	50	57,5 %
	Steigend	3	25,0 %	3	14,3 %	6	28,6 %	8	47,1 %	13	81,3 %	33	37,9 %
Behindertengerechte Verpflegung	Eher sinkend	0	0,0 %	1	5,6 %	1	5,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	3,2 %
	Gleich bleibend	7	70,0 %	13	72,2 %	10	58,8 %	7	77,8 %	8	88,9 %	45	71,4 %
	Steigend	3	30,0 %	4	22,2 %	6	35,3 %	2	22,2 %	1	11,1 %	16	25,4 %
Bereithaltung eines inklusiven Ganztagsangebots	Eher sinkend	1	9,1 %	0	0,0 %	1	5,9 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	2,6 %
	Gleich bleibend	5	45,5 %	14	60,9 %	6	35,3 %	5	33,3 %	6	60,0 %	36	47,4 %
	Steigend	5	45,5 %	9	39,1 %	10	58,8 %	10	66,7 %	4	40,0 %	38	50,0 %
Durchführung eines inklusiven Ferienangebots	Eher sinkend	1	9,1 %	0	0,0 %	1	6,7 %	0	0,0 %	0	0,0 %	2	3,0 %
	Gleich bleibend	6	54,5 %	15	75,0 %	9	60,0 %	4	36,4 %	8	88,9 %	42	63,6 %
	Steigend	4	36,4 %	5	25,0 %	5	33,3 %	7	63,6 %	1	11,1 %	22	33,3 %
Abbau von Vorbehalten / Intoleranz vor Ort	Eher sinkend	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Gleich bleibend	8	72,7 %	20	90,9 %	15	75,0 %	9	81,8 %	9	90,0 %	61	82,4 %
	Steigend	3	27,3 %	2	9,1 %	5	25,0 %	2	18,2 %	1	10,0 %	13	17,6 %
Einbeziehung / Information der Eltern	Eher sinkend	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Gleich bleibend	8	66,7 %	21	91,3 %	16	80,0 %	8	66,7 %	12	92,3 %	65	81,3 %
	Steigend	4	33,3 %	2	8,7 %	4	20,0 %	4	33,3 %	1	7,7 %	15	18,8 %
Schaffung eines bedarfsgerechten und wohnortnahen Förderschulangebots	Eher sinkend	0	0,0 %	0	0,0 %	2	11,1 %	2	18,2 %	1	9,1 %	5	7,1 %
	Gleich bleibend	8	80,0 %	16	80,0 %	13	72,2 %	7	63,6 %	8	72,7 %	52	74,3 %
	Steigend	2	20,0 %	4	20,0 %	3	16,7 %	2	18,2 %	2	18,2 %	13	18,6 %
Zusätzlicher Personal- und Sachaufwand der Verwaltung	Eher sinkend	0	0,0 %	0	0,0 %	1	4,8 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	1,2 %
	Gleich bleibend	10	76,9 %	16	64,0 %	9	42,9 %	5	35,7 %	7	58,3 %	47	55,3 %
	Steigend	3	23,1 %	9	36,0 %	11	52,4 %	9	64,3 %	5	41,7 %	37	43,5 %
Sonstiges	Eher sinkend	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %
	Gleich bleibend	3	75,0 %	4	100,0 %	2	100,0 %	1	100,0 %	1	100,0 %	11	91,7 %
	Steigend	1	25,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	8,3 %
Insgesamt	Eher sinkend	1	14,3 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	0	0,0 %	1	2,6 %
	Gleich bleibend	4	57,1 %	7	63,6 %	4	44,4 %	1	33,3 %	2	25,0 %	18	47,4 %
	Steigend	2	28,6 %	4	36,4 %	5	55,6 %	2	66,7 %	6	75,0 %	19	50,0 %

Kommunale Investitionen
– Investitionsbedarf, Investitionstätigkeit, Finanzierungsmöglichkeiten –
KfW–Kommunalpanel 2016

– durchgeführt vom Deutschen Institut für Urbanistik von August bis Oktober 2015 –

Bitte bis zum **30.09.2015** zurücksenden an:

Deutsches Institut für Urbanistik
Bereich Infrastruktur und Finanzen
Zimmerstr. 13 – 15
10969 Berlin

Ganz kurz:
- Wenn genaue Angaben nicht möglich sind, geben Sie bitte **Schätzungen** an.
- Ihre Angaben unterliegen selbstverständlich dem **Datenschutz**.
- Bitte unterstützen Sie dieses Projekt mit der vollständigen Beantwortung des Fragebogens.

Rückfragen bitte an:

Stefan Schneider, Tel. 030 39001-261, kommunalpanel@difu.de oder
Detlef Landua, Tel. 030 39001-196, kommunalpanel@difu.de

Die **KfW Bankengruppe (KfW)** hat das **Deutsche Institut für Urbanistik (Difu)** beauftragt, auch im Jahr 2015 eine Umfrage bei Städten, Landkreisen und Gemeinden zum Thema: „Kommunale Investitionen – Investitionsbedarf, Investitionstätigkeit, Finanzierungsmöglichkeiten“ durchzuführen (KfW-Kommunalpanel 2016). Das Schwerpunktthema der aktuellen Befragung betrifft das Themenfeld „Schule und Inklusion“ und deren Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte.

Die Vorgehensweise und der Fragebogen wurden mit den kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Städtetag (DST), Deutscher Landkreistag (DLT) und Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) abgestimmt. Sie unterstützen die Umfrage.

Ihre Kommune hatte sich freundlicherweise im Rahmen unserer Vorabbefragung im Jahr 2014 bereit erklärt, als Teilnehmer am KfW-Kommunalpanel mitzuarbeiten. Für Ihre Unterstützung möchten wir uns nochmals herzlich bedanken!

Die Ergebnisse der Befragung dienen dazu
- belastbare Fakten für die öffentliche Diskussion der Finanzsituation und Investitionstätigkeit der Kommunen bereitzustellen,
- die Förderprogramme der KfW besser auf den kommunalen Bedarf zuzuschneiden,
- den Kommunen selbst die Möglichkeit zu geben, sich hinsichtlich der Investitionsbedarfe und der Finanzierung einzuordnen.

Zu diesem Zweck erheben wir auch Einzelangaben zur Haushaltssituation. Diese sind notwendig, um beispielsweise den Investitionsrückstand mit den strukturellen Finanzierungsdefiziten der Kommunen in Beziehung setzen zu können. Sollten Sie einzelne Angaben nicht machen können oder wollen, senden Sie uns den Fragebogen bitte dennoch zurück, ggf. auch unvollständig ausgefüllt. Sollten Sie zu einzelnen Fragen keine exakten Angaben machen können, bitten wir Sie um **Schätzungen**.

Ihre Teilnahme an der Befragung ist freiwillig. **Alle Einzeldaten werden streng vertraulich behandelt.** Eine Weitergabe von Daten an die KfW erfolgt ausschließlich anonymisiert; ein Rückschluss auf einzelne Kommunen ist daher nicht möglich. Eine Übermittlung von Daten an außerhalb der Projektpartner stehende Stellen erfolgt nicht. Die ausgefüllten Fragebögen werden maschinell erfasst und anschließend vernichtet. Die Ergebnisse der Befragung werden ausschließlich in anonymisierter Form dargestellt.

Wir bitten Sie, den Fragebogen **bis zum 30.09.2015 an das Difu** zurückzusenden.

Dieser Fragebogen wurde ausgefüllt von:
(Bitte nur Angaben für Landkreis **oder** Stadt/Gemeinde machen.)

☐ einem Landkreis		☐ einer Stadt oder Gemeinde
Landkreis-Name:	oder	Stadt/Gemeinde-Name:
		PLZ:

Gemeinde- bzw. Landkreisschlüssel: |__|__|__|__|__|__|__|__|

Name:

Dienststelle:

Anschrift:

E-Mail:

A Investitionen

Unter 1. bis 3. stellen wir Ihnen Fragen nach verschiedenen kommunalen Investitionsbereichen – unabhängig davon, ob Investitionen in diesen Bereichen von der Kommune selbst (also aus dem kommunalen Kernhaushalt) getätigt werden oder von kommunalen Unternehmen. Bitte machen Sie Angaben für die Kommune insgesamt mit ihren Beteiligungsunternehmen.

Sollten einzelne Investitionsbereiche für Sie nicht relevant sein, weil sie nicht zu den Aufgaben Ihrer Kommune gehören, haben Sie die Möglichkeit, dies in Frage 4 anzugeben; in den Fragen 1. bis 3. lassen Sie in diesem Fall bitte die jeweiligen Angaben aus.

1. In welchen Bereichen sehen Sie in Ihrer Kommune insgesamt einen Investitionsrückstand*? Wie hoch schätzen Sie diesen ein? (Kreuzen Sie in jeder Zeile das zutreffende Feld an und tragen Sie jeweils einen Wert für den Investitionsrückstand ein – ggf. als Schätzwert. Ist kein Investitionsrückstand zu verzeichnen, tragen Sie bitte den Wert „0“ ein.)

		Gravierender** Rückstand	Nennenswerter Rückstand	Geringer oder kein Rückstand	Soweit bekannt: Rückstand (ggf. geschätzt)	Weiß nicht
a	Straßen und Verkehrsinfrastruktur (ohne ÖPNV)	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
b	ÖPNV	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
c	Öffentliche Verwaltungsgebäude	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
d	Energieerzeugung und -versorgung	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
e	Abfallwirtschaft	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
f	Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
g	Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
h	Kinderbetreuung	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
i	Kultur (z.B. Theater)	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
j	Sportstätten und Bäder	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
k	Krankenhäuser/Pflegeeinrichtungen/ sonstige Gesundheitsinfrastruktur	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
l	Wohnungswirtschaft	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
m	Informations- und Kommunikationsinfrastruktur	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
n	Sonstiges, und zwar:	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐
ges	Investitionsrückstand insgesamt	☐	☐	☐	..... Mio. EUR	☐

* „Investitionsrückstand“ entsteht dadurch, dass – gemessen an den jeweils geltenden Standards/Normen – notwendige Investitionen in der Vergangenheit nicht ausreichend getätigt wurden/werden konnten. Die Höhe des Investitionsrückstands wird durch das Investitionsvolumen beschrieben, das notwendig wäre, um die Infrastruktur auf den heute notwendigen Erhaltungszustand (in Quantität und Qualität) zu bringen.

** Ein gravierender Rückstand beeinträchtigt die kommunale Aufgabenwahrnehmung im entsprechenden Aufgabenbereich erheblich.

2. Inwieweit konnten Sie die laufende Unterhaltung in den genannten Infrastrukturbereichen im Durchschnitt der letzten 5 Jahre im notwendigen Umfang gewährleisten?
(Kreuzen Sie in jeder Zeile das am ehesten zutreffende Feld an.)

		Vollständig	Weitgehend	Teilweise	Nur in geringem Umfang	Gar nicht
a	Straßen und Verkehrsinfrastruktur	☐	☐	☐	☐	☐
b	ÖPNV	☐	☐	☐	☐	☐
c	Öffentliche Verwaltungsgebäude	☐	☐	☐	☐	☐
d	Energieerzeugung und -versorgung	☐	☐	☐	☐	☐
e	Abfallwirtschaft	☐	☐	☐	☐	☐
f	Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	☐	☐	☐	☐	☐
g	Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	☐	☐	☐	☐	☐
h	Kinderbetreuung	☐	☐	☐	☐	☐
i	Kultur (z.B. Theater)	☐	☐	☐	☐	☐
j	Sportstätten und Bäder	☐	☐	☐	☐	☐
k	Krankenhäuser/Pflegeeinrichtungen/ sonstige Gesundheitsinfrastruktur	☐	☐	☐	☐	☐
l	Wohnungswirtschaft	☐	☐	☐	☐	☐
ges	Infrastruktur insgesamt	☐	☐	☐	☐	☐

3. Wenn Sie einen Investitionsrückstand in einzelnen Bereichen sehen: Sehen Sie Möglichkeiten, den Investitionsrückstand in den nächsten fünf Jahren zu vermindern oder wird er weiter anwachsen? (Kreuzen Sie in jeder Zeile das am ehesten zutreffende Feld an.)

		Wird weiter deutlich anwachsen	Wird noch etwas anwachsen	Wird auf gleichem Niveau bleiben	Wird etwas abgebaut	Wird deutlich abgebaut
a	Straßen und Verkehrsinfrastruktur	☐	☐	☐	☐	☐
b	ÖPNV	☐	☐	☐	☐	☐
c	Öffentliche Verwaltungsgebäude	☐	☐	☐	☐	☐
d	Energieerzeugung und -versorgung	☐	☐	☐	☐	☐
e	Abfallwirtschaft	☐	☐	☐	☐	☐
f	Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	☐	☐	☐	☐	☐
g	Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	☐	☐	☐	☐	☐
h	Kinderbetreuung	☐	☐	☐	☐	☐
i	Kultur (z.B. Theater)	☐	☐	☐	☐	☐
j	Sportstätten und Bäder	☐	☐	☐	☐	☐
k	Krankenhäuser/Pflegeeinrichtungen/ sonstige Gesundheitsinfrastruktur	☐	☐	☐	☐	☐
l	Wohnungswirtschaft	☐	☐	☐	☐	☐
m	Informations- und Kommunikationsinfrastruktur	☐	☐	☐	☐	☐
n	Sonstiges, und zwar: ……	☐	☐	☐	☐	☐
ges	Investitionsrückstand insgesamt	☐	☐	☐	☐	☐

WICHTIG: Bei allen folgenden Fragen geht es – anders als bisher im Fragebogen – nur um Investitionen und Finanzierungen, die von der Kommune selbst – aus dem kommunalen Kernhaushalt – getätigt werden.

4. In welchem Umfang werden Sie im Jahr 2015 Investitionen (Sachinvestitionen, Erwerb von Beteiligungen sowie Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen) in den unten aufgeführten Bereichen (aus dem Kernhaushalt) tätigen? Und wie hoch sind Ihre geplanten Investitionen in diesen Bereichen für das Jahr 2016? (Kreuzen Sie in jeder Zeile die für Ihre Kommune zutreffenden Felder an und tragen Sie jeweils Werte für Investitionsvolumen ein – ggf. als Schätzwerte.)

		Aufgabenbereich ist … überwiegend ausgelagert*	für uns nicht relevant**	Investitionen **2015** Nein / Ja	Investitionsvolumen **2015** Mio. EUR	Geplante Investitionen **2016** Nein / Ja	Voraussichtliches Investitionsvolumen **2016** Mio. EUR
a	Straßen und Verkehrsinfrastruktur	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
b	ÖPNV	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
c	Öffentliche Verwaltungsgebäude	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
d	Energieerzeugung und -versorgung	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
e	Abfallwirtschaft	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
f	Wasserversorgung und Abwasserentsorgung	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
g	Schulen (inkl. Erwachsenenbildung)	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
h	Kinderbetreuung	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
i	Kultur (z.B. Theater)	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
j	Sportstätten und Bäder	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
k	Krankenhäuser/Pflegeinrichtungen/ sonstige Gesundheitsinfrastruktur	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
l	Wohnungswirtschaft	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
m	Informations- und Kommunikationsinfrastruktur	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
n	Sonstiges, und zwar: ……	☐	☐	☐ / ☐➔	.....	☐ / ☐➔	.....
ges	Investitionen insgesamt				.....		.....

* Die Bereitstellung der Infrastruktur erfolgt überwiegend durch beauftragte Dritte (z.B. kommunale Unternehmen, private Dienstleister).
** Eine entsprechende Infrastruktur steht nicht zur Verfügung bzw. wird nicht in der Aufgabenhoheit der Kommune betrieben.

B Investitionsfinanzierung und Kassenkredite

5. Welche Finanzierungsinstrumente beabsichtigen Sie 2015 und 2016 einzusetzen, und mit welchem Anteil werden diese zur Finanzierung Ihrer Investitionen beitragen?
(Bitte schätzen Sie die jeweiligen Anteile auf der Basis der geplanten Investitionen Ihrer Kommune.)

		Wird eingesetzt	Beabsichtigter Anteil an der Investitionsfinanzierung **2015**	Voraussichtliche Entwicklung des Anteils an der Investitionsfinanzierung **2016**		
		Nein / Ja	(Summe 100 %)	Eher mehr als 2015	Bleibt gleich	Eher weniger als 2015
a	Allgemeine Deckungsmittel	☐ / ☐➔	..... %	☐	☐	☐
b	Zweckgebundene Zuschüsse von Bund und Land	☐ / ☐➔	..... %	☐	☐	☐
c	Zuwendungen EU	☐ / ☐➔	..... %	☐	☐	☐
d	Kommunalkredite	☐ / ☐➔	..... %	☐	☐	☐
e	Kommunale Anleihen	☐ / ☐➔	..... %	☐	☐	☐
f	Schuldscheine	☐ / ☐➔	..... %	☐	☐	☐
g	Sonstiges, und zwar:	☐ / ☐➔	..... %	☐	☐	☐
	Investitionsfinanzierung insgesamt:		Summe = 100 %			

6. In welchem Umfang hatte Ihre Kommune mit Stand 31.12.2014 <u>Kassenkredite / Kredite zur Liquiditätssicherung</u> aufgenommen?

	Bestand Kassenkredite und Kredite zur Liquiditätssicherung zum 31.12.2014:	|___|___|___|___| Mio. Euro

7. Welche Entwicklung erwarten Sie bei Ihren <u>Kassenkrediten/Krediten zur Liquiditätssicherung</u>? Wird der Bestand zum Jahresende 2015 bzw. 2016 jeweils gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich …

		… deutlich ausgeweitet?	… etwas ausgeweitet?	… unverändert bleiben?	… etwas abgebaut?	… deutlich abgebaut?
a	Kassenkreditbestand Ende **2015** (gegenüber Ende 2014)	☐	☐	☐	☐	☐
b	Kassenkreditbestand Ende **2016** (gegenüber Ende 2015)	☐	☐	☐	☐	☐

C Aktuelle und kurzfristig absehbare finanzielle Lage

8. War Ihnen 2014 der Haushaltsausgleich im Sinne der Gemeindeordnung Ihres Bundeslandes möglich und wird dies im aktuellen Jahr voraussichtlich möglich sein?

	Haushaltsausgleich:	Ja	Nein	Weiß nicht
a	2014	☐	☐	☐
b	2015 (voraussichtlich)	☐	☐	☐

9. Kam oder kommt 2014/2015 in Ihrer Kommune ein Haushaltssicherungskonzept oder Entsprechendes im Sinne der Gemeindeordnung ihres Bundeslandes zur Anwendung?

	Haushaltssicherungskonzept:	Ja	Nein	Weiß nicht
a	2014	☐	☐	☐
b	2015	☐	☐	☐

D Finanzierungsbedingungen für Ihre Kommune

10. Wie haben sich die Bedingungen der Kreditaufnahme (z.B. Zahl der Angebote, beizubringende Unterlagen, Konditionen) **bei Kreditinstituten für Ihre Kommune in den vergangenen 12 Monaten in der Tendenz entwickelt? Wie werden sie sich in den nächsten 12 Monaten voraussichtlich entwickeln?**

Die Bedingungen für die Kreditaufnahme haben sich für Ihre Kommune in den vergangenen 12 Monaten…		Deutlich verbessert	Leicht verbessert	Nicht/kaum verändert	Leicht verschlechtert	Deutlich verschlechtert	Keine Inanspruchnahme
a	… bei Krediten mit Laufzeiten von 10 und mehr Jahren …	☐	☐	☐	☐	☐	☐
b	… bei Krediten mit Laufzeiten von 3 bis 10 Jahren …	☐	☐	☐	☐	☐	☐
c	… bei Krediten mit Laufzeiten von 1 bis 3 Jahren …	☐	☐	☐	☐	☐	☐
d	… bei Krediten mit Laufzeiten von weniger als 1 Jahr …	☐	☐	☐	☐	☐	☐
Die Bedingungen für die Kreditaufnahme werden sich für Ihre Kommune in den nächsten 12 Monaten…		**Deutlich verbessern**	**Leicht verbessern**	**Nicht/kaum verändern**	**Leicht verschlechtern**	**Deutlich verschlechtern**	**Keine Inanspruchnahme**
e	… bei Krediten mit Laufzeiten von 10 und mehr Jahren …	☐	☐	☐	☐	☐	☐
f	… bei Krediten mit Laufzeiten von 3 bis 10 Jahren …	☐	☐	☐	☐	☐	☐
g	… bei Krediten mit Laufzeiten von 1 bis 3 Jahren …	☐	☐	☐	☐	☐	☐
h	… bei Krediten mit Laufzeiten von weniger als 1 Jahr …	☐	☐	☐	☐	☐	☐

E Schwerpunktthema: Schule und Inklusion

Das Thema "Schulische Inklusion" ist derzeit von großer Bedeutung für die Kommunen und wurde aus diesem Grund als Schwerpunktthema der diesjährigen Befragung ausgewählt.

Sollten die Fragen aus Sicht der Kämmerei/Finanzverwaltung nicht ausreichend beantwortet werden können, wären wir dankbar, wenn Sie ergänzend die fachliche Einschätzung, etwa der Schulverwaltung, einholen.

11. Welche der folgenden Handlungsfelder im Bereich Schulen und Bildung waren und sind für die finanzielle Entwicklung Ihrer Kommune von besonderer Bedeutung? (Bitte zwei Kreuze pro Zeile. Falls einzelne Antwortvorgaben für Ihre Kommune nicht relevant sind, kreuzen Sie das bitte in der letzten Spalte an.)

		Finanzielle Bedeutung in der Vergangenheit				Voraussichtliche zukünftige Bedeutung				nicht zutreffend
		Sehr groß			Keine	Sehr groß			Keine	
a	Neubau und Erweiterung durch veränderte Standards und Betreuungskonzepte (Ganztagsschule, Raumbedarfe, Verpflegung, Nachmittagsbetreuung)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
b	Digitalisierung und Multimediaausstattung	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
c	Integration von Zuwanderern und Flüchtlingskindern (erhöhter sozialpädagogischer Bedarf, Sprachförderung)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
d	Inklusion (behindertengerechter Umbau, zusätzliche Betreuungskräfte, Schülerfahrkosten, Verpflegung, zusätzlicher Personal- und Sachaufwand der Verwaltung)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
e	Erhalt kleiner Schulen (z.B. im ländlichen Raum)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
f	Schülertransport	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
g	Renovierung alter Bausubstanz, auch energetische Sanierung, Brandschutzertüchtigung	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
h	VHS und Erwachsenenbildung	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
i	Rückbau oder Umwidmung nicht mehr benötigter Schulen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

j	Erhalt bestehender Förderschulen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
k	Kindertagesbetreuungsangebote	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
l	Frühkindliche Bildungsangebote	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
m	Sonstiges und zwar: ……..	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

12. Wie haben sich die Ausgaben in den oben genannten Handlungsfeldern (Frage 11) in den letzten fünf Jahren in Ihrer Kommune <u>insgesamt</u> entwickelt?

	stark eher gestiegen		unverändert geblieben	eher stark gesunken	
Die Ausgaben für Schulen und Bildung sind in den letzten fünf Jahren davor insgesamt …	☐	☐	☐	☐	☐

13. Von welchen <u>Entwicklungen</u> der Nachfrage-/Schülerzahlen gehen Sie für die nächsten Jahre in Ihrer Kommune aus und hat dies bereits Auswirkungen auf Ihre Kapazitätsplanung (insb. Gebäude- und Raumbedarfe)?
(Bitte zwei Kreuze pro Zeile. Falls einzelne Antwortvorgaben für Ihre Kommune nicht relevant sind, kreuzen Sie das bitte in der letzten Spalte an.)

		Entwicklung der Nachfrager-/Schülerzahlen					Auswirkungen auf Kapazitätsplanung (Mehrfachantworten möglich!)			
		stark steigend			stark sinkend	Stadträumlich unterschiedlich	Ausbau	keine Auswirkung	Rückbau	nicht zutreffend
a	Grundschulen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
b	Hauptschulen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
c	Realschulen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
d	Gymnasien	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
e	Gesamtschulen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
f	Zusammengefasste Sekundarstufe I (z.B. Sekundarschulen/Stadtteilschulen/Oberschule, usw)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
g	Berufsschulen (alle Formen der Sekundarstufe II, auch Fachschulen, Berufskollegs usw)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
h	Förderschulen	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
i	Volkshochschulen und Erwachsenenbildung (auch Abendschulen)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
j	Sonstiges und zwar: ……	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

14. Hat Ihre Kommune bereits mit der Umsetzung <u>verbindlicher</u> schulischer Inklusion begonnen?

☐ Ja, seit dem Jahr: _____ [in ___ von insg. ___ Schulen] ➔ weiter mit Frage 15

☐ Nein, eine verbindliche Umsetzung ist geplant ab dem Jahr:_____ ➔ Ende der Befragung

☐ Nein, eine verbindliche Umsetzung ist noch nicht geplant ➔ Ende der Befragung

15. Für wie wichtig halten Sie die folgenden qualitativen Maßnahmen bzw. Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Einführung/Umsetzung der schulischen Inklusion in Ihrer Kommune? (Bitte zwei Kreuze pro Zeile.)

		Bedeutung für die erfolgreiche Inklusion					Tatsächliche Umsetzung				
		sehr wichtig			eher unwichtig	weiß nicht	wird erfüllt			wird nicht erfüllt	weiß nicht
a	Zusätzlicher Raumbedarf (Therapieraum, Rückzugsräume, ...)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
b	Bauliche Herstellung von Barrierefreiheit (Rampen, Schallisolation, visuelle/taktile Orientierung, Aufzüge, Sanitärräume, ...)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
c	Zusätzliche Lehr- und Lernmittel (Sehen, Hören, Kommunikation), behindertengerechte Möblierung	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
d	Einstellung von zusätzlichem Personal (z.B. Integrationshelfer, Sozialarbeiter, Pädagogen)	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
e	Behindertengerechte Schülerbeförderung	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
f	Behindertengerechte Verpflegung	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
g	Bereithaltung eines inklusiven Ganztagsangebots	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
h	Durchführung eines inklusiven Ferienangebots	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
i	Abbau von Vorbehalten/Intoleranz vor Ort	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
j	Einbeziehung/Information der Eltern	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
k	Konkretere gesetzliche Regelungen qualitativer Standards durch Bund/Land	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
l	Bessere finanzielle Förderung/Finanzierung von Inklusion durch Bund/Länder	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
m	Schaffung eines bedarfsgerechten und wohnortnahen Förderschulangebots	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐
n	Sonstiges, und zwar: ……	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

16. Welche <u>zusätzlich</u> bereitgestellten Ressourcen werden für die schulische Inklusion in Ihrer Kommune bereits eingesetzt und mit welchen Anteilen haben sich diese Aufwendungen ungefähr auf die genannten Bereiche verteilt (jährlicher Durchschnitt)? (Wenn Sie jeweils ankreuzen, dass in Ihrer Kommune zusätzliche Ressourcen für die schulische Inklusion eingesetzt werden, schätzen Sie bitte den jeweiligen Anteil, gemessen am Gesamtaufwand.)

		Zusätzliche Ressourcen werden eingesetzt Nein / Ja	Geschätzter Anteil an den jährlich für Inklusion zusätzlich eingesetzten Ressourcen (Summe 100 %)
a	Zusätzlicher Raumbedarf (Therapieraum, Rückzugsräume, ...)	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
b	Bauliche Herstellung von Barrierefreiheit (Rampen, Schallisolation, visuelle/taktile Orientierung, Aufzüge, Sanitärräume, ...)	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
c	Zusätzliche Lehr- und Lernmittel (Sehen, Hören, Kommunikation), behindertengerechte Möblierung	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
d	Einstellung von zusätzlichem Personal (z.B. Integrationshelfer, Sozialarbeiter, Pädagogen)	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
e	Behindertengerechte Schülerbeförderung	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
f	Behindertengerechte Verpflegung	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %

g	Bereithaltung eines inklusiven Ganztagsangebots	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
h	Durchführung eines inklusiven Ferienangebots	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
i	Abbau von Vorbehalten/Intoleranz vor Ort	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
j	Einbeziehung/Information der Eltern	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
k	Schaffung eines bedarfsgerechten und wohnortnahen Förderschulangebots	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
l	Zusätzlicher Personal- und Sachaufwand der Verwaltung	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
m	Sonstiges, und zwar:	Nein ☐ Ja, in geringem Umfang ☐➔ Ja, in großem Umfang ☐➔	..... %
			Summe = 100 %

17. Mit welchen Ausgaben rechnen Sie für die von Ihnen <u>geplanten</u>, die schulische Inklusion unterstützenden, Maßnahmen in den Jahren 2015 und 2016? (Bitte schätzen Sie die Ausgaben grob ab und kreuzen Sie an, wie Sie die Entwicklung über 2016 hinaus einschätzen.)

		2015 in Tausend EUR	2016 in Tausend EUR	Weitere Entwicklung (geschätzt) eher sinkend / gleichbleibend / steigend
a	Zusätzlicher Raumbedarf (Therapieraum, Rückzugsräume, ...)	.....	.....	☐ / ☐ / ☐
b	Bauliche Herstellung von Barrierefreiheit (Rampen, Schallisolation, visuelle/taktile Orientierung, Aufzüge, Sanitärräume, ...)	.....	.....	☐ / ☐ / ☐
c	Zusätzliche Lehr- und Lernmittel (Sehen, Hören, Kommunikation), behindertengerechte Möblierung	.....	.....	☐ / ☐ / ☐
d	Beschäftigung von zusätzlichem Personal (z.B. Integrationshelfer, Sozialarbeiter, Pädagogen)	.....	.....	☐ / ☐ / ☐
e	Behindertengerechte Schülerbeförderung	.....	.....	☐ / ☐ / ☐
f	Behindertengerechte Verpflegung			☐ / ☐ / ☐
g	Bereithaltung eines inklusiven Ganztagsangebots			☐ / ☐ / ☐
h	Durchführung eines inklusiven Ferienangebots			☐ / ☐ / ☐
i	Öffentlichkeitsarbeit zum Abbau von Vorbehalten/Intoleranz	.....	.....	☐ / ☐ / ☐
j	Einbeziehung/Information der Eltern	.....	.....	☐ / ☐ / ☐
k	Schaffung eines bedarfsgerechten und wohnortnahen Förderschulangebots			☐ / ☐ / ☐
l	Zusätzlicher Personal- und Sachaufwand der Verwaltung	.....	.....	☐ / ☐ / ☐
m	Sonstiges, und zwar:	.....	.....	☐ / ☐ / ☐
	Ausgaben Inklusion insgesamt:	.....	.....	☐ / ☐ / ☐

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!